

Preussische Allgemeine



Nr. 37 · 15. September 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

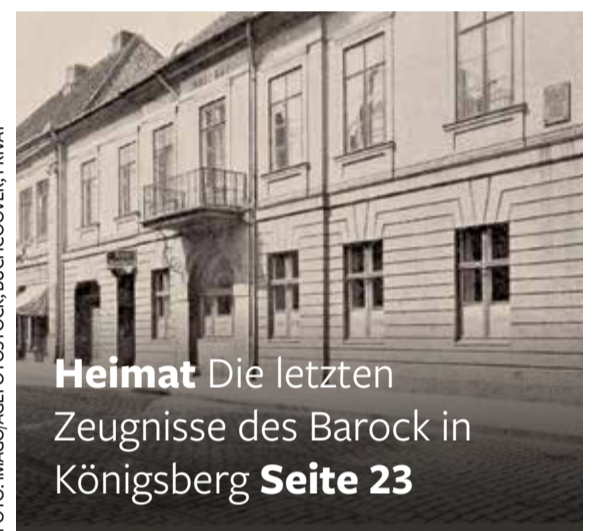
Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Offenbarungseid statt Zeitenwende

Nach Ausbruch des Ukrainekriegs versprach Kanzler Scholz, die Bundeswehr wieder flott zu machen. Anderthalb Jahre später ist kaum mehr geschehen als eine Vergrößerung der Abhängigkeit von den USA Seite 3



Kulturgeschichte
Die Graphikerin Gertrud Lerbs-Bernecker Seite 10



Heimat Die letzten Zeugnisse des Barock in Königsberg Seite 23

VON WERNER J. PATZELT

POLITISCHE KULTUR

Das entlarvende Schweigen deutscher Journalisten

Im unterschiedlichen Umgang mit den Affären Scholz und Faeser einer- sowie Aiwanger andererseits zeigt sich die fatale Schlagseite der Haltungsvermedien

Jeder weiß, dass Eltern ihre Kinder und Lehrer ihre Schüler nicht immer gleich behandeln. Das ist nicht gerecht, doch im Einzelfall nachvollziehbar. Und jeder weiß auch, dass die Medien unsere Politiker und Parteien immer wieder ungleich behandeln. Ursache dafür ist unser parteiergreifender, anwaltschaftlicher Journalismus. Gerecht wäre das aber nur, wenn die Medienlandschaft politisch ausgewogen wäre, also unsere Journalistenschaft nicht – ausweislich mehrerer Umfragen – zu weit über zwei Dritteln den Grünen, Sozialdemokraten oder Linken zuneigte.

Beispiele gefällig? Da führte der jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz, als er noch Hamburger Bürgermeister war, etliche Gespräche mit Vertretern einer Bank, deren Geschäfte unseren Staat zuvor um hohe dreistellige Millionenbeträge schädigten. Dabei gab er – nach Aussagen Dritter – nützlichen Rat, wie sich allzu hohe Rückzahlungen ungesetzlicher Gewinne an den Fiskus vermeiden ließen. Dazu vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zweimal vernommen, konnte Scholz sich aber an entsprechende Gespräche oder gar an deren Einzelheiten leider nicht mehr erinnern – und das, obwohl sein Büro doch gewiss Terminvereinbarungen traf, obschon sich aus den Gesprächen dienstlicher Schriftverkehr ergab, und trotz der Tatsache, dass diese Vorgänge nur wenige Jahre zurücklagen.

Schonung für Scholz und Faeser

Gewiss, viele Medien berichteten darüber mehrfach und scharf, ebenso auch zu nachweislich kriminellem Verhalten im Umfeld dieser Vorgänge. Doch merklicher politischer Handlungsdruck wurde seitens von Journalisten nicht aufgebaut. Auch die Berliner Ampelparteien meinten, zu lange läge dies alles zurück, als dass man sich heute noch parlamentarisch damit befassen sollte.

Das war, als CDU und CSU das frühere Verhalten des Kanzlers durch einen Bundestagsuntersuchungsausschuss aufklären wollten. Zwar ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein Minderheitenrecht. Doch es ginge, so das dagegehaltene und medial nicht wirklich bestrittene Argument der Parlamentsmehrheit, den Bundestag schlicht nichts an, was der Kanzler einst als Hamburger Regierungschef tat.

Sehr anders verhielt es sich mit dem, was sich vor dreieinhalb Jahrzehnten auf einem niederbayerischen Gymnasium vollzogen hat. Ein dortiges Flugblatt führte unlängst zu einem medial üppig begleiteten Staatsschauspiel samt Sondersitzung des Bayerischen Landtages. Es wollte sich Bayerns stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger nämlich nicht an alle Einzelheiten unrühmlichen Verhaltens zu Gymnasialzeiten öffentlich erinnern. Anscheinend wiegen nachweisliche Pflichtverletzungen als Spitzenpolitiker viel weniger schwer als vermutliche Geschmacklosigkeiten und Haltungsmängel eines pubertierenden Schuljungen.

Am jeweiligen Tun oder Lassen kann das kaum liegen. Den Unterschied macht, wie sehr tonangebende Leute aus Medien und Politik jemanden beschädigt sehen wollen – und wie geschmiert dabei die politische Kraftübertragung zwischen politischen Gegnern und Kampfjournalisten verläuft.

Das wird auch deutlich beim Vergleich des politischen Schicksals zweier Bundesinnenminister. 1993 kamen beim Zugriff auf vermutliche RAF-Täter ein Terrorist und ein GSG 9-Beamter zu Tode. Dazu führten Unzulänglichkeiten polizeilichen Vorgehens sowie eine Verkettung unglücklicher Umstände. Doch nicht nur für den „Spiegel“ lag eine „Tötung wie eine Exekution“ vor, also die Aktion eines sich bloßstellenden Unrechtsstaates. Welche Politiker waren daran wohl schuld? Geradezu enttäuscht zeigte sich mancher, als der CDU-Bundesinnenminister Seifers einfach zurücktrat, bevor man ihm mit Vorwürfen kommen konnte. Das minderte nämlich sehr den Spaß an hartnäckiger journalistischer Regierungskontrolle.

Ein nicht skandalisierter Skandal

Doch nicht einmal Vorfreude auf derlei Wirkungstreffer scheint es hinsichtlich des jetzigen, sehr wohl persönlich fehlerhaften Verhaltens der SPD-Bundesinnenministerin zu geben. Durch verleumderisches Raunen des ZDF-Spaßmachers Böhmermann inspiriert zur tatkräftigen Reinigung ihres Verantwortungsbereichs von angeblich unzuverlässigen Russophilen, feuerte sie kurzerhand den Präsidenten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Der fiel zwar weich, weil man ihn in eine ziemlich unwichtige Behörde versetzte, nachdem der dortige Dienstposten – aus offensichtlich nicht

allzu sachrationalen Gründen – auf eine präsidiale Besoldungsstufe angehoben worden war. Doch leider fanden sich außer Böhmermanns Anschuldigungen keine Beweise für Dienstpflichtverletzungen, die derlei ministerielle Maßnahmen gerechtfertigt hätten. Obendrein wurde ruchbar, die Innenministerin habe den ihr unterstehenden Verfassungsschutz eingesetzt, um doch noch belastendes Material zu finden, das ihr Handeln gerechtfertigt hätte. Ob derlei Vorgehen sich wohl für einen Rechtsstaat schickt?

Weil diese Vorgänge erst wenige Monate zurückliegen, konnte sich die Ministerin schlecht auf ein überfordertes Gedächtnis berufen, als ein Bundestagsausschuss ihr Verhalten aufklären und politisch bewerten wollte. Also schwänzte sie dessen Sitzungen, indem sie sich krank oder anderweitig unabkömmlich meldete. Sehr fleißig tourt sie zwar als Wahlkämpferin durch Hessen, kümmert sich aber seit Amtsantritt nicht wirklich um die Steuerung jenes Zuwanderungsgeschehens, das unserem Land übel bekommt.

Dass sich solches Verhalten kaum mit einem Amtseid vereinbaren lässt, der gewissenhafte Pflichterfüllung, Gerechtigkeit gegen jedermann und die Abwendung von Schaden vom Volke verlangt, dürfte klar sein. Dennoch bleibt ohne Medien-echo, wer Faesers und Scholzens tatsächliche Fehlleistungen für schlimmer hält als Aiwangers vermeintliche Jugendsünden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Ukraine fahndet im Ausland nach getürmten Wehrpflichtigen Seite 6

Kultur

100 Jahre Bärenreiter Verlag – ein Stück deutsche Musik- und Literaturgeschichte Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Streifzüge durch die Geschichte Rastenburgs von 1329 bis 1946 Seite 18

Lebensstil

Ein Lehrpfad durch das Grüne Band an der alten innerdeutschen Grenze Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Pandemie Auffällig verbissen sperren sich die damals Verantwortlichen gegen eine Aufarbeitung der zahlreichen Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19. In Potsdam kamen jetzt zumindest Bruchstücke ans Licht

Verschweigen, Vernebeln, Wegducken

Der Auftritt von Ex-RKI-Chef Lothar Wieler vor dem Brandenburger Corona-Ausschuss lässt zahlreiche Fragen offen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Brandenburg ist das bislang einzige Bundesland, in dem zwei parlamentarische Ausschüsse zur „Untersuchung der Krisenpolitik der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19“ eingesetzt wurden. Im ersten Fall soll es um „das Handeln (oder Unterlassen) der Brandenburger Landesregierung, der politischen Leitungen der zuständigen Ministerien und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Behörden“ bis September 2020 gehen und im zweiten um die Zeit danach. Das Ganze erfolgte auf Initiative der AfD, welche im Potsdamer Landtag eine qualifizierte Minderheit bildet und dadurch Untersuchungsausschüsse erzwingen kann.

Die siebte und diesmal teils öffentliche Sitzung des UA Corona 2 mit etwa 30 Beobachtern und 21 Abgeordneten fand am 1. September statt. Sie diente der Vernehmung der Zeugen Lothar Wieler, ehemals Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), und Brigitte Keller-Stanislawski, früher Leiterin der Abteilung Sicherheit von biomedizinischen Arzneimitteln und Diagnostika am Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Dabei verlief die Befragung von Wieler in mancherlei Hinsicht skandalös.

So ließ der Ausschussvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) viele Fragen von AfD und CDU nicht zu, weil sie angeblich keinen Bezug zu Brandenburg oder zur Aufgabe des UA Corona 2 aufwiesen. Somit blieb beispielsweise die fälschlich behauptete Überlastung der Intensivstationen unerörtert.

Eskortiert vom Ministerium

Zudem legte Wieler eine drei Seiten lange „Aussagegenehmigung“ des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vor, welche seine Antwortmöglichkeiten erheblich einschränkte. Dieses Papier war den Ausschussmitgliedern erst am Vorabend der Befragung zugegangen. Darüber hinaus wurde der Antrag der AfD zurückgewiesen, die Genehmigung öffentlich zu verlesen, um so transparent

zu machen, worüber der Zeuge nicht reden darf.

Schließlich kam Wieler in Begleitung des Leiters der Unterabteilung 61 (Gesundheitssicherheit) im Hause Lauterbach, Heiko Rottmann-Großner. Der hatte ganz offensichtlich die Aufgabe, darüber zu wachen, dass der Ex-RKI-Chef sich an seine Aussagegenehmigung hielt. In diesem Zusammenhang stand Rottmann-Großner auch im ständigen Kontakt mit Wieler (siehe unten).

Dennoch waren dessen Aussagen entlarvend, denn sie enthielten zahlreiche problematische Behauptungen. So meinte der ehemalige RKI-Chef, Ungeimpfte hätten ein acht Mal höheres Risiko gehabt, auf der Intensivstation zu landen als Geimpfte. Den Nachweis hierfür blieb er

aber schuldig. Das galt gleichermaßen für das Postulat von den 10.000 Menschen in Deutschland und 14,4 Millionen Personen weltweit, welche durch die Corona-Vakzine gerettet worden seien. Des Weiteren sprach der Veterinärmediziner und Fachtierarzt für Mikrobiologie von einer Corona-Letalität von einem Prozent, obwohl diese deutlich darunter lag, und leugnete das Bestehen einer natürlichen Immunität gegen SARS-CoV-2, welche sich in Wahrheit aber darin zeigt, dass die Mehrheit der Infizierten keine nennenswerten Symptome entwickelte. Ebenso hielt Wieler die Probleme nach der Impfung von Schwangeren für „vernachlässigbar“. Aufschlussreich war des Weiteren das Pochen des heutigen Sprechers des Clusters Digital Health am privaten Hasso-Plattner-In-

stitut in Potsdam auf die vermeintlich hohe Wirksamkeit von Lockdowns.

Dabei betonte Wieler aber zugleich, keinerlei Verantwortung für die Lockdowns zu tragen: Das RKI sei immer nur beratend tätig gewesen. Daher dürfe man die „Empfehlungen“ des Instituts nicht als bindend für die Politik beziehungsweise Justiz und Verwaltung ansehen. Und hinsichtlich der Frage der Impfnutzenwirkungen könne er nur auf die Ständige Impfkommission und das Paul-Ehrlich-Institut verweisen.

Weder willens noch in der Lage

Bei anderer Gelegenheit verschanzte sich Wieler hinter seiner beschränkten Aussagegenehmigung, so beispielsweise, als es um die Rolle des Generalstabsarztes

Hans-Ulrich Holtherm ging, der im März 2020 zum Leiter der neuen Abteilung 6 (Gesundheitsschutz, Gesundheitssicherheit, Nachhaltigkeit) im Bundesgesundheitsministerium avancierte und zugleich als Chef des Krisenstabes Corona-Pandemie des BMG und Chief Medical Officer (CMO) der Bundesrepublik fungierte. Zwar bejahte der ehemalige RKI-Präsident, dass er Holtherms Anweisungen zu folgen hatte, verweigerte aber die Auskunft darüber, wie diese lauteten.

Zunächst gelang es Wieler recht gut, die Contenance zu bewahren, bis ihn die Abgeordnete Saskia Ludwig von der CDU mit seinen unzutreffenden Aussagen über Ungeimpfte und den willkürlichen Anordnungen über den Genesenenstatus konfrontierte. Da stilisierte er sich vehement zum Opfer bössartiger Unterstellungen.

Letztendlich konnte die Einvernahme Wieliers keinen Beitrag zur Beantwortung der Frage liefern, bei wem denn nun während der Corona-Pandemie die konkrete Verantwortung für die verhängten Maßnahmen lag – und zu einem klaren Eingeständnis von Fehlern kam es auch nicht. Allerdings musste Wieler zumindest zugeben, dass das RKI weder willens noch in der Lage war, für eine zuverlässige Datenerfassung rund um Corona und die Impfungen zu sorgen, weswegen unter anderem der Impfstatus von 75 Prozent der COVID-19-Kranken ungeklärt blieb. Ebenso bestätigte er die mangelnde Eignung von PCR-Tests für den Nachweis, ob jemand infektiös sei. Auch musste Wieler zugeben, dass das RKI die Wirksamkeit der Corona-Impfungen bislang durch keine Vorlage eigener Studien belegen konnte.

Insofern könnten auch die bruchstückhaften Äußerungen des einstigen RKI-Präsidenten durchaus noch Wirkung entfalten, wenn es zu einer juristischen Aufarbeitung der Corona-Pandemie und -Impfkampagne kommt. Das gilt gleichermaßen für die Einlassungen von Keller-Stanislawski. Aus diesen ging sehr deutlich hervor, dass das PEI angesichts der Vielzahl der Impfnutzenwirkungen überrascht und zugleich organisatorisch komplett überfordert war.



Versteckt sich hinter der Politik: Der damalige RKI-Chef Lothar Wieler (l.) mit Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) in einer ihrer zahlreichen gemeinsamen Pressekonferenzen
Foto: imago/Chris Emil Janßen

UNTERSUCHUNG

„Weil er eiskalt lügt“

Der AfD-Obmann im Fachausschuss des Brandenburger Landtags erhebt schwere Vorwürfe gegen Lothar Wieler

Lars Hünich von der AfD-Fraktion im Potsdamer Landtag gehört beiden brandenburgischen Corona-Ausschüssen an und war maßgeblich an deren Einsetzung beteiligt. Er wohnte auch der Befragung von Lothar Wieler und Brigitte Keller-Stanislawski am 1. September im UA Corona 2 bei. Über seine Eindrücke von dieser Einvernahme gab er dem Online-Portal des Schriftstellers und Journalisten Alexander Wallasch ein Exklusiv-Interview.

In dessen Verlauf bezeichnete Hünich die drei DIN-A4-Seiten umfassende Aussagegenehmigung des Bundesgesundheitsministeriums für den früheren RKI-Chef Wieler als Leitfaden zur Aussageverweigerung, als „Maulkorb“. Dabei verwies er zum Vergleich auf die Aussagegenehmigung von Keller-Stanislawski vom Paul-Ehrlich-Institut, welche lediglich „vier

oder fünf Zeilen“ umfasste. Ebenso kritisierte Hünich die Rolle von Heiko Rottmann-Großner.

Der Unterabteilungsleiter aus dem Hause Lauterbach habe direkt neben Wieler gesessen und diesem ständig Zettel zugeschoben beziehungsweise gar laut interveniert, um Fragen als unzulässig zurückzuweisen. Das führte zu einer Beschwerde der AfD im nichtöffentlichen Teil der Anhörung, woraufhin Rottmann-Großner in größerem Abstand zu Wieler Platz nehmen musste.

Auf die Frage von Wallasch, ob Wieler ins Gefängnis gehöre, meinte Hünich zunächst: „Aus meiner Sicht ist Lothar Wieler nicht so unschuldig, wie er tut. Wieler ist jemand, der das bewusst mitgemacht hat und auch nach außen bewusst eskaliert hat.“ Dem fügte er dann im weiteren

Lars Hünich sieht bei der SPD, der Linkspartei und vor allem bei den Grünen nur wenig Interesse an einer Aufklärung

Verlauf des Interviews hinzu: „Gestern Abend hat mir jemand die Frage gestellt, ob Lothar Wieler Opfer oder Täter sei. Also Opfer im Sinne von einem Mitläufer, der alles mitmacht. Ich habe geantwortet, der Mann sei Täter. Ich wurde gefragt, woran ich das festmache. Und da habe ich gesagt, weil er eiskalt lügt. Aus meiner Überzeugung hat er bei zwei, drei Studien gelogen, und zwar eiskalt.“

Auf die Rolle der anderen Parteien angesprochen, beklagte Hünich, dass er nicht überall einen „echten Willen zur Aufklärung“ sehe. Dabei sei es eminent wichtig, herauszufinden, „ob das Robert-Koch-Institut mit dem Paul-Ehrlich-Institut ... als eine Art Ersatzgesetzgeber agiert hat“. Wie der AfD-Obmann gegenüber Wallasch äußerte, bestehe in diesem Punkt weiterhin der meiste Klärungsbe-

darf. Deshalb war Hünich sofort nach dem überraschenden Abbruch der Befragung am 1. September und deren Vertagung auf den 13. Oktober in die Offensive gegangen: „Es sind jetzt anderthalb Monate Zeit bis zur nächsten Sitzung. Man hätte auch morgen früh weitermachen können. Das ist eine massive Behinderung des Ausschusses.“

Dabei kommt die Blockade in diesem Fall wohl eher von innen als von außen. Denn ein ernsthaftes Bemühen um Aufarbeitung der Corona-Zeit in Brandenburg war bisher nur bei den Ausschussmitgliedern mit AfD- und CDU-Parteilichung zu erkennen, während die Abgeordneten der Linkspartei, der SPD und vor allem der Grünen durch mehr oder minder deutlich gezeigtes Desinteresse auf fielen. W.K.

Ein Menetekel sondergleichen

Zum Nachteil der heimischen Rüstungsindustrie wurde entschieden, das US-Kampfflugzeug F-35 zu beschaffen. Die Rutschbahn weg aus Deutschland nimmt auch im Bereich des Militärischen Fahrt auf. Zu Lasten der Souveränität des Landes

VON RICHARD DREXL

Was sogenannte wertegeleitete Politik anrichtet, kann bereits heute in der Ausrüstung der Bundeswehr abgelesen werden. Der Drucksache 20/4525 des Deutschen Bundestages vom 17. November 2022 zufolge stammen lediglich acht Prozent der Bundeswehrausrüstung aus europäischer Rüstungskoope­ration. Die ehemalige Verteidigungsministerin Lam­brecht hatte noch 35 Prozent als ehrgeiziges Ziel verkündet.

Die acht Prozent sind das Ergebnis jahrzehntelanger Geringschätzung des Militärischen. Abrüstung und Einfahren der „Friedensdividende“ einerseits sowie andererseits die weitgehende Verweigerung von Rüstungsexporten haben die deutsche Rüstungsindustrie zu einem Schattendasein schrumpfen lassen. Sie kam für europäische Rüstungskonzerne als Kooperationspartner nur noch infrage, wenn Milliarden deutscher Steuergelder lockergemacht wurden. In völliger Verkennung technologischer Entwicklungen stritten die Deutschen noch um die Bewaffnung von Drohnen, als selbst Länder wie die Türkei bereits ihre Armeen damit ausrüsteten. Sieht man von Unterseebooten und wenigen anderen Ausrüstungsbereichen ab, sind technologische Spitzenstellungen verloren gegangen. Die Verantwortung dafür können sich die Bundesregierungen der letzten zwanzig Jahre an die Brust heften.

Die Folgen der langjährigen irrationalen Abrüstungseuphorie werden nun offenbar. Der Abstieg der deutschen Rüstungsindustrie ist an den aktuell großen Rüstungsprojekten der Bundeswehr abzulesen. Die schweren Transporthubschrauber CH-53 G der Luftwaffe werden durch die Boeing Vertol CH-47F („Chinook“) ersetzt. Mindestens acht Milliarden Euro werden für 60 Hubschrauber aufzuwenden sein. Eine unseriös hohe Stange Geld für dieses Militärgerät. Der einzelne Flieger ist damit einschließlich logistischer Leistungen mit über 133 Millionen Euro zu veranschlagen. Und das für einen Transporthubschrauber, von dem aus keine Waffen eingesetzt werden. Ein Konkurrenzangebot gab es lediglich von Sikorsky, wiederum ein US-Rüstungskonzern.

US-Rüstungsindustrie braucht kaum Konkurrenz zu fürchten

Wäre man eine Klasse tiefer eingestiegen, hätte es auch bei Airbus Beschaffungsmöglichkeiten und damit einen Wettbewerber gegeben. So war man den Amerikanern ausgeliefert – und die langen kräftig zu. Allein für Verwaltung, Verpackung und Versand werden über 230 Millionen US-Dollar berechnet. Wer sich durch jahrelanges Zögern und das Kaprizieren auf ein Modell in eine schlechte Verhandlungsposition bringt, muss eben die versalzene Suppe zu Lasten der Steuerzahler auslöffeln.

In diesem Takt geht es mit der Beschaffung des Tarnkappenbombers F-35 Lightning II weiter. Im Unterschied zu den Deutschen wird der angebliche Wundervogel in den USA kontrovers diskutiert. Der Kampfflieger wird einem Bericht des US-Rechnungshofes zufolge nochmals deutlich teurer werden und sich weiter verspäten. Dessen Entwicklung mutierte zum teuersten Rüstungsprogramm in der Geschichte der Vereinigten Staaten – und das will bekanntlich etwas heißen. Dennoch soll die Luftwaffe für zehn Milliarden Euro 35 Stück erhalten. Die Systemkosten summieren sich auf über 285 Millionen Euro je Fluggerät.

Diese halsbrecherischen Zahlen beeindrucken anscheinend niemanden. Kleine Fehler der Besatzung oder eine gegnerische



Abhängig von Übersee: Die Beschaffung des Tarnkappenbombers F-35 Lightning II steht beispielhaft für die verfehlte deutsche Rüstungspolitik. Anstatt die heimische Industrie zu fördern, werden teure US-Systeme gekauft
Foto: Shutterstock

Luftabwehrrakete für vergleichsweise wenige Zehntausend Euro können ausreichen, um eine Viertelmilliarde Euro statt in die Luft sich ins Erdreich bohren zu lassen. Der Krieg in der Ukraine zeigt hingegen überdeutlich, dass die Masse und die Anzahl von Waffensystemen entscheidend sind.

Ohne Hochtechnologie ist kein Krieg zu gewinnen

Selbst das Bundesverteidigungsministerium sah offenbar große Risiken bei der geplanten Beschaffung wegen „zeitlicher Verzögerungen und Mehrkosten“ unter anderem infolge aufwendiger Vorbereitungsarbeiten. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags billigte das Vorhaben dennoch. Dagegen verweigert Belgien die Abnahme der ersten F-35-Maschinen, weil sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt „technisch unbefriedigend“ sind, schreibt das Fachblatt „Flugrevue“.

Die F-35 soll das in die Jahre gekommene Waffensystem Tornado für den taktischen Einsatz von Atombomben ersetzen. Die nukleare Teilhabe mit Kampfflugzeugen ist in der heutigen Zeit aber reine Symbolpolitik und militärisch völlig unglaubwürdig. In Zeiten des weltumspannenden Einsatzes unbemannter Drohnen ist dieses Einsatzkonzept noch unsinniger geworden. Als Alternativen drängen sich Raketen oder Marschflugkörper auf, die entweder von mobilen Startrampen oder Unterseebooten aus die Aufgabe nuklearer Abschreckung zu deutlich geringeren Betriebskosten wahrnehmen können. Flugzeuge sind die übungs- und personalaufwendigste Lösung mit gleichzeitig der geringsten Erfolgswahrscheinlichkeit.

Aber was interessierender schon überhöhte Betriebskosten in Zeiten, in denen mit mehrstelligen Milliardenbeträgen freihändig jongliert wird und zusätzliche Schulden zu „Vermögen“ umdeklariert werden. Nachdem inzwischen eine ganze Reihe europäischer Länder auf die F-35 setzt, zeigen die Amerikaner der hiesigen Rüstungsindustrie mal wieder,

was eine Harke ist. Wenn das wenigstens alles wäre. Für die Marine wurde bereits vor zwei Jahren die Beschaffung des Seeüberwachungsflugzeugs P-8A Poseidon für einen Milliardenbetrag entschieden. Eine Neuentwicklung zusammen mit den Franzosen kommt durch die zögerlichen Deutschen Jahrzehnte zu spät.

Anstatt die europäische Rüstungskoope­ration zu fördern, werden die potentiellen Partner immer noch mehr vergrault. In ganz Europa hat es in den vergangenen zwanzig Jahren kein Programm zur Entwicklung von Kampfflugzeugen der fünften Generation gegeben. Die USA sichern sich Marktanteile, die auch durch Airbus besetzt werden könnten.

Hinzu kommen noch ganz andere, strategisch möglicherweise entscheidende Punkte. „Die Europäer haben sich mit der F-35 sehenden Auges eine Blackbox gekauft“, so der Airbus-Manager Michael Schöllhorn in einem Interview mit der „NZZ“. Seiner Ansicht nach werde man einige Beschränkungen erst im laufenden Betrieb sehen. Die USA können per Softwaresteuerung ihre ins Ausland verkauften F-35 programmtechnisch einschränken. Diesen Punkt ahnt jeder, der schon mal mit Software zu tun hatte. Der programmgesteuerte Computerflieger F-35 hat über 30 Millionen Programmierzeilen („lines of code“) an Bord. Die europäischen Nutzer sind damit für die Dauer des Betriebes unlösbar vom US-Hersteller abhängig.

Restriktionen für Änderungen am Flugzeug beispielsweise bei der Integration neuer Waffen inklusive. Ergebnis: Auch bei der Bewaffnung wird man auf US-Bomben und Raketen angewiesen sein.

Fehlende Souveränität über kostbares Kriegsgerät

Entscheidend wichtige Punkte, die im Kern auch für Seefernaufklärer und Transporthubschrauber zutreffen. Nun könnte eingewendet werden, dass die Europäer ja bereits seit dem Zweiten Weltkrieg US-Waffen eingesetzt haben. Auch ein F-104 Starfighter wollte

schließlich von den Flugzeugführern und Technikern von Luftwaffe und Marine beherrscht werden. Damals gab es aber noch keine unüberschaubaren Rechnerprogramme, die im Zweifel den Einsatz Erfolg ausmachen. Wer heute die Programme beherrscht, sitzt am längeren Hebel, egal wie viele Milliarden ausgegeben werden. Auf die Amerikaner sind wir auf absehbare Zeit militärisch angewiesen, diese Abhängigkeit soll aber auch aus deren Sicht durch vermehrte europäische Anstrengungen verringert werden. Zudem weiß niemand, wer in den USA in fünf oder zehn Jahren regiert.

Wer dies als Antiamerikanismus abtut, macht es sich zu einfach. Es geht um die Vermeidung von kurzfristig unauflösbaren Abhängigkeiten in elementaren Situationen, wie sie Kriege nun mal darstellen. Das nationale Interesse der Bundesrepublik Deutschland kann so unter die Räder geraten.

Die Deutschen geben sich indessen mit den Brosamen zufrieden, die vom reichlich gedeckten US-Rüstungstisch abfallen. Man klopf sich auf die Schulter, weil bei der Firma Rheinmetall in Nordrhein-Westfalen 450 Arbeitsplätze und weitere bei Zulieferern für die Fertigung von F-35-Rumpfmittelteilen entstehen sollen.

Der Flugzeugbauer Airbus hatte von diesem Auftrag aus wirtschaftlichen Gründen Abstand genommen, schreibt die „Berliner Zeitung“. Könnte gut sein, dass dies auch damit zu tun hat, das wackelige deutsch-französische Kampfflugzeugprojekt FCAS nicht zusätzlich gefährden zu wollen. Die Franzosen waren und sind aus guten Gründen strikte Gegner der Beschaffung von US-Kampfflugzeugen. Bei Rheinmetall sieht man das offensichtlich anders. Es wird von deren Chef Armin Papperger wie auch seitens des NRW-Landesfürsten Hendrik Wüst der Eindruck erweckt, als könnte damit ein neuer Nukleus der Luft- und Raumfahrttechnologie in NRW entstehen. Beifall kommt auch von den Medien. Man begnügt sich mit Krümeln vom Tisch der Großen und klopf sich gegenseitig auf die Schulter. So weit sind wir gesunken, dass wir ein bisschen Metallbearbeitung und Blechbiegen als Strukturpolitik und technologische Herausforderung verkaufen. Auf diesem Feld ist jedoch der deutsche Mittelstand stark genug und Nachhilfe der Amerikaner überflüssig. Die jedoch sind schlau genug, technologisch interessante und sicherheitstechnisch kritische Komponenten der eigenen Industrie vorzubehalten.

Der deutschen Rüstungspolitik droht der Offenbarungseid

Die politischen Instanzen doktern derweil an den Rüstungsverfahren herum, das Kernproblem sind aber falsche und zu späte Beschaffungsentscheidungen. Der Niedergang der deutschen Wehrtechnik setzt sich trotz aller Milliarden fort. Die Folgen sind für gemeinsame europäische Rüstungsvorhaben desaströs. Die großen Programme haken allesamt, „in die USA beschaffen und gleichzeitig für teures Geld in Europa entwickeln“ ist nicht leistbar. Nicht zuletzt geht mit den US-Beschaffungen der Abschied nationaler Souveränität über Waffensysteme und damit über einen souveränen Einsatz europäischer Streitkräfte einher. Für die Rüstungswirtschaft wie auch für Spannungs- und Kriegzeiten ein Menetekel sondergleichen.

● **Richard Drexel** ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien die komplett überarbeitete Neuauflage seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch Verlag 2021).
www.m-vg.de

—
So weit sind wir gesunken, dass wir ein bisschen Metallbearbeitung und Blechbiegen als Strukturpolitik und technologische Herausforderung verkaufen

● MELDUNGEN

8. Mai 2025 soll Feiertag sein

Berlin – Der schwarz-rote Senat hat am 5. September einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem der 8. Mai 2025 in der Hauptstadt zu einem gesetzlichen Feiertag gemacht werden soll. Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sagte zu dem Vorstoß, die jüngste Geschichte zeige, dass Kriege auch in Europa nicht dauerhaft ausgeschlossen seien. Aus Sicht der Senatorin solle dieses Bewusstsein anlässlich des 80. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa durch einen Feiertag gewürdigt werden. Über das Vorhaben des Senats, den 8. Mai 2025 in Berlin einmalig zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen, wird noch das Abgeordnetenhaus abstimmen müssen. Die Linkspartei hatte bereits im Mai dieses Jahres von der Bundesregierung und den Ländern gefordert, den 8. Mai generell zu einem gesetzlichen „Feiertag für Befreiung und Antifaschismus“ zu machen. H.M.

Ausufernde Bürokratie

Berlin – Wie eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag an die Ampel-Regierung ergab, galten Ende vergangenen Jahres auf Bundesebene 1773 Gesetze mit 50.738 Einzelnormen sowie weitere 2795 Rechtsverordnungen mit 42.590 Einzelnormen. Dazu kommen viele weitere Gesetze der Länder sowie kommunale und Gemeindefestsetzungen. Darüber hinaus haben auch Rechtsvorschriften der EU und Vorgaben supranationaler Organisationen wie der UN oder der Weltgesundheitsorganisation in Deutschland juristische Bindungswirkung. Obwohl diese Regelungswut durch mittlerweile schon vier „Bürokratieentlastungsgesetze“ gestoppt werden sollte, nimmt die Zahl der Rechtsnormen immer weiter zu. Für den stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden und wirtschaftspolitischen Sprecher im Bayerischen Landtag, Franz Bergmüller, ist die ausufernde Bürokratie mittlerweile eines der Haupthindernisse für eine positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft. W.K.

Grüne denken beim Wolf um

Berlin – Angesichts steigender Zahlen von sogenannten Wolfsrissen ist die Debatte über einen erleichterten Abschuss der Wildtiere neu entbrannt. Nach Angaben der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf wurden 2022 bundesweit mehr als 4000 Nutztiere gerissen. Die Regierungschefs der Bundesländer haben der EU-Kommission in Brüssel kürzlich eine Forderung zur Lockerung des Schutzstatus für den Wolf vorgelegt. Ursprünglich war der Anstieg des Wolfsbestands in den deutschen Wäldern vor allem von den Grünen begrüßt worden. Doch auch dort gibt es mittlerweile ein Umdenken. Bundesumweltministerin Steffi Lemke will den Abschuss von Wölfen in bestimmten Fällen erleichtern. „Abschüsse von Wölfen nach Rissen müssen schneller und unbürokratischer möglich sein.“ Wenn Dutzende Schafe gerissen werden und verendet auf der Weide liegen, dann sei das eine Tragödie für jeden Weidetierhalter. P.E.



Hubert Aiwanger contra Katharina Schulze: Wenn der Chef der Freien Wähler politisch vernichtet wird, wäre für die Spitzenkandidatin der Grünen bei der Landtagswahl der Weg zur Regierung möglicherweise frei
Foto: imago/Lindenthaler

BAYERN

Aiwanger steht im Wege

Die Freien Wähler sollen weg, damit die Grünen mit der CSU koalieren können

VON FLORIAN STUMFALL

Bayerns Wahlkampf zur Landtagswahl hatte noch nicht richtig Fahrt aufgenommen, als der Aufruhr die Sache änderte: der Skandal um ein Flugblatt, um den Vorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, oder um die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) – je nachdem, wie man die Sache betrachten will.

Die „SZ“ gehört insofern dazu, als sie im dringenden, unwidersprochenen Verdacht steht, mit der Veröffentlichung der Flugblatt-Affäre solange gewartet zu haben, bis der strategische Zeitpunkt vor dem Wahltag am 8. Oktober günstig erschien. Was als günstig betrachtet wurde, stand angesichts der links-rot-grünen Einfärbung des Blattes außer Frage.

Vor geraumer Zeit nämlich ließ CSU-Ministerpräsident Markus Söder erken-

nen, dass er gesonnen sei, die Koalition mit den Freien Wählern fortzusetzen. Als Mitteilung war sie ungeeignet, um Überraschung und Aufregung auszulösen. CSU und Freie Wähler hatten über eine Legislaturperiode schieflich miteinander regiert, und gerade dieses selten gestörte Miteinander mündete eben in einen schlaftrigen Wahlkampf.

Dass aber die vereinigte Linke aus der Causa Aiwanger noch den letzten Tropfen Feuchtigkeit herauspressen will, hat nicht nur mit der Aussichtslosigkeit der SPD und der Grünen in Bayern zu tun, sondern auch mit der Besonderheit, welche die Freien Wähler im bayerischen Parteiengefüge darstellen.

Pragmatischer als die CSU

Viele Jahre lang gab es in Bayern den „Landesverband der Freien Wähler“, dessen einzelne Gliederungen ausschließlich

in der Kommunalpolitik tätig waren. Vor allem auf dem Land waren sie weit verbreitet. Wer sich dort engagierte, durfte keiner Partei angehören, zumal sich die Freien Wähler zunächst nicht als solche verstanden. Sie wollten im Gegenteil den Parteienhader aus den Rathäusern heraushalten, ein Bestreben, das vielen Leuten vor allem in ländlichen Gemeinden sehr entgegenkam. Bei der Kommunalwahl bekamen also die Freien Wähler viel Zustimmung von eben den Bürgern, die dann bei der Landtags- oder Bundestagswahl selbstverständlich CSU wählten. Das bürgerliche Lager marschierte getrennt und kämpfte vereint.

Doch zu Beginn der 90er Jahre lockte dann der Landtag, und anno '97 wurde aus den Reihen der bisherigen Gruppen eine Wählervereinigung gegründet, die zum Landtag kandidieren konnte. Vorsitzender war zunächst Armin Grein, seit 2006

ist es Aiwanger. Mit ihm an der Spitze gelang zwei Jahre später den Freien Wählern in Bayern erstmals der Einzug in den Landtag. Seit 2018 sind sie Koalitionspartner der CSU, und Aiwanger bekleidet seither die Ämter des stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie des Wirtschaftsministers.

Die beiden Koalitionspartner teilen sich viele Gemeinsamkeiten. Doch es gibt auch trennende Felder. Die Freien Wähler zeigen gerne etwas Skepsis bei Großvorhaben wie bei der dritten Startbahn auf dem Münchner Flughafen. Doch im Gegensatz zu den Oppositionsparteien lassen sich die Freien Wähler dabei nicht von ideologischen Vorgaben leiten, sondern zeigen oftmals mehr politischen Pragmatismus als die CSU.

SPD beansprucht Artenschutz

Insgesamt aber sind beide Partner von der liberal-konservativen Art, die tief in Bayerns politischem Boden wurzelt. Zwar bildet ein kurzer Blick auf die Wahlergebnisse der beiden Parteien nicht alle Wählerbewegungen ab, aber es ist doch bemerkenswert, dass seit 2008 die beiden jeweils zusammen eine Prozentzahl erreichten, wie sie vor den Freien Wählern die CSU allein hatte.

Und als die CSU 2018 ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 einfahren musste, erreichten die Freien Wähler ihren ersten Höhepunkt. Verständlich, dass die Oppositionsparteien SPD und Grüne daran verzweifeln möchten.

In der äußeren Wahrnehmung nämlich stehen die Freien Wähler zwischen der AfD und der CSU, ob das nun in allen Belangen der Wirklichkeit entspricht oder aber nicht. So entheben die Freien Wähler die CSU der Nachbarschaft zur AfD, die bekanntlich allenthalben als schwer kompromittierend dargestellt wird. Da sich aber nun die Freien Wähler selbst in dieser Nachbarschaft befinden, muss es ihr Bemühen sein, sich umso enger an die CSU zu halten.

Drüben, auf der linken Seite, vegetiert die SPD bei unter zehn Prozent und beansprucht Artenschutz. Für die Grünen ergibt sich daraus, dass sie die Hoffnung aller verkörpern, für die der Rechtsextremismus beim Seeheimer Kreis der SPD beginnt, und das sind viele, wobei sich die Erinnerung an die „SZ“ aufdrängt. In den wahnhaften Träumen ihrer Macher sollen die Landtagswahlen im Oktober ein Ergebnis bringen, welches die CSU zwingen soll, mit den Grünen zu koalieren. Doch dem steht Aiwanger mit seinen Leuten im Weg, trotz allem.

ASYLFLUT

SPD-Politiker sperren sich gegen Grenzkontrollen

Schleierfahndung der Landespolizeien verringern nicht die Zahl illegaler Einreisen

Zur Eindämmung der illegalen Einwanderung nach Deutschland hat die damalige schwarz-rote Bundesregierung im Jahr 2015 an der bayerisch-österreichischen Grenze stationäre Kontrollen eingeführt. Die punktuellen Kontrollen werden seitdem in regelmäßigen Abständen verlängert, sie gelten als Erfolg.

Erst im August hatte Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch in Salzburg die Kontrollen an der bayrisch-österreichischen Grenze als „unverzichtbar“ bezeichnet und eine Aufhebung der Kontrolle abgelehnt. Die Innenminister Sachsens und Brandenburgs (beide CDU) fordern mittlerweile seit Monaten, auch an ihren Landesgrenzen zu Polen stationäre Kontrollen einzuführen.

Auf entsprechende Forderungen von Unionspolitikern entgegnete das von Nancy Faeser geführte Bundesinnenministerium, die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum sei eine „ultima ratio“. Auch der Ostbe-

auftragte der Bundesregierung, der SPD-Politiker Carsten Schneider, bezeichnete gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland stationäre Grenzkontrollen als „nicht angemessen“. Es wäre ein starker Eingriff für die grenznahen Regionen und die vielen Berufspendler“, so Schneider. Er verwies dabei auch auf Schleierfahndungen, die bereits durchgeführt werden.

Tatsächlich haben diese Fahndungen im grenznahen Bereich bislang nicht dazu geführt, dass die Zahl illegaler Einreisen abnimmt. Nach Angaben der Bundespolizei sind von Januar bis Juni insgesamt 45.340 Menschen ohne Einreise-Erlaubnis ins Land gekommen. Das waren 56 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Angesichts der Weigerung von Bundesinnenministerin Faeser, Kontrollen wie an der bayerisch-österreichischen Grenze durchzuführen zu lassen, setzen Brandenburg und Sachsen inzwischen verstärkt ihre Landespolizei ein.

Sachsen schickt bereits mehr Landespolizisten in die Grenzregionen. Auch Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) kündigte an, zur Unterstützung der Bundespolizei demnächst auch Landespolizisten in den grenznahen Bereich schicken zu wollen.

Landespolizei stößt an ihre Grenzen

Anita Kirsten, Chefin der Gewerkschaft der Polizei Brandenburg, warnte angesichts der Ankündigung allerdings bereits vor einer zusätzlichen Belastung der Landespolizisten durch mehr Arbeit und mehr Aufgaben. Kirsten bezweifelte zudem, ob es mit der angekündigten Entsendung von Polizeibeamten in den grenznahen Bereich gelingen wird, „die Flüchtlingsströme zu beenden“.

Tatsächlich stellte der Einsatz von Landespolizei keinen vollwertigen Ersatz für stationäre Grenzkontrollen durch die Bundespolizei dar. Der Bundesvorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft,

Heiko Teggatz, machte Anfang September darauf aufmerksam, dass es einen gravierenden Unterschied macht, ob Landespolizisten im grenznahen Raum Schleierfahndung nach Schleusern und illegal Eingereisten machen oder ob die Bundespolizei direkt an der Grenze der Bundesrepublik kontrolliert.

Die Bundespolizisten, die seit 2015 an der bayerisch-österreichischen Grenze im Einsatz sind, agieren nämlich in juristischer Sicht als Grenzbehörde. Dies ist bei anderen Schengen-Binnengrenzen ohne stationäre Kontrollen nicht der Fall. Als Grenzbehörde darf die Bundespolizei sogenannte grenzpolizeiliche Maßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz treffen. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem auch Zurückweisungen und das Zurückschieben von Ausländern.

An der bayerisch-österreichischen Grenze hat die Bundespolizei im Jahr 2022 in etwa 14.500 Fällen von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. H.M.

LINKS-AKTIVISMUS

Soros streicht massiv Gelder

Amadeu-Antonio-Stiftung spricht von „Katastrophe“ – Auch Bundesregierung plant Kürzungen

VON HERMANN MÜLLER

Die Stiftungen des amerikanisch-ungarischen Milliardärs George Soros haben angekündigt, ihre Arbeit in Europa stark zu reduzieren. Bislang finanziert die Soros Stiftungsgruppe „Open Society Foundations“ mit jährlich rund 1,5 Milliarden Dollar weltweit die Aktivitäten vieler Organisationen und Gruppen. Gefördert werden unter anderem Human Rights Watch, Transparency International und Amnesty International.

Wie der Sender „Radio Free Europe“ unter Berufung auf einen Brief des Stiftungsrates berichtet, soll dieser das Zurückfahren der Aktivitäten in Europa damit begründet haben, dass die EU und auch die Mitgliedstaaten selbst viel Geld in soziale Bereiche wie „Menschenrechte, Freiheit und Vielfalt“ investierten. Der angekündigte Teilrückzug der Open Society Foundations hat aus Sicht von Beobachtern mit dem Führungswechsel im Soros-Geschäftsimperium zu tun. Bereits vor Wochen wurde bekannt, dass George Soros die Kontrolle über seine Stiftungen an seinen Sohn Alexander übergibt.

Konzentration auf US-Wahlkampf

Dieser hat es sich nach eigenen Angaben als wichtiges Ziel gesetzt, im November 2024 eine Wiederwahl Donald Trumps zu verhindern. Dabei sollen offenbar die Open-Society-Stiftungen eine wichtige Rolle spielen: „Ich wünschte, dass Geld nicht so eine große Rolle in der Politik spielen würde, aber solange die andere Seite es tut, müssen auch wir es weiter tun“, so Soros junior.

Der Kurswechsel der Stiftungsgruppe kann auch auf den in Berlin ansässigen Ableger der Open-Society-Stiftungen massive Folgen haben. Bislang beschäftigen die Soros-Stiftungen in Berlin rund 160 Mitarbeiter. Bereits im Juli soll die Belegschaft erfahren haben, dass 80 Prozent des Personals in der Hauptstadt ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Auch bei einigen der bislang geförderten Organisationen herrscht Alarmstimmung. Die in Berlin beheimatete Amadeu-Antonio-Stiftung spricht von einer „Katastrophe“.

Die schlechte Stimmung hat möglicherweise nicht nur mit dem drohenden Wegfall von Geldern der Soros-Stiftungen



In akuter Geldnot: Tahera Ameer, Chefin der Amadeu-Antonio-Stiftung

Foto: pa

zu tun. Auch Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) plant offenbar, der von der früheren Stasi-Agentin Anetta Kahane gegründeten Stiftung Gelder aus dem Bundeshaushalt zu streichen. Konkret soll es um Mittel für das Projekt „Firewall“ (zu Deutsch: Brandmauer) gehen. Im Zuge des Projekts hatte die stramm links orientierte Amadeu-Antonio-Stiftung seit 2021 nach eigenen Angaben ein bundesweites Trainer-Netzwerk aufgebaut, das sich in Behörden und Schulen gegen angebliche Hetze in den sozialen Netzwerken einsetzen soll.

Bislang war allein dieses Vorhaben vom Bund mit rund 260.000 Euro jährlich gefördert worden. Wie eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums mitteilte, läuft das Projekt „Firewall“ jedoch planmäßig zum Ende dieses Jahres aus. Bislang profitiert die Amadeu-Antonio-Stiftung ganz erheblich von Staatsgeldern. Wie eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner (AfD) ergeben hat, sind allein vergan-

genes Jahr mehr als 2,2 Millionen Euro Bundesmittel an die Stiftung geflossen.

Neben dem drohenden Verlust von Fördermitteln plagt die Amadeu-Antonio-Stiftung derzeit noch ein weiteres Problem. Im Zuge einer Spendenkampagne hat die Stiftung rund 826.000 Euro eingesammelt. Zugutekommen sollte das Spendengeld Frauen, die dem Rammstein-Sänger Till Lindemann sexuelle Übergriffe vorwerfen. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat allerdings die entsprechenden Ermittlungen gegen den Musiker eingestellt. Damit stellt sich nun die Frage, was mit den von der Amadeu-Antonio-Stiftung eingesammelten Spendengeldern passieren soll.

Zweifelhafte Spendenkampagne

Auch der Fall der Brandenburger Grünen-Politikerin Barbara Domke könnte für den einen oder anderen Anlass sein, künftig etwas zögerlicher zu sein, wenn an seine Spendenbereitschaft appelliert wird. Die Cottbusser Kommunalpolitike-

rin hatte im Herbst vergangenen Jahres einen Prozess vor dem Landgericht verloren. Mit der Entscheidung verbunden war, dass Domke auch die Gerichtskosten tragen musste.

Im Zusammenhang mit den Kosten stellte sie auf Twitter die Frage: „Hat jemand eine Ahnung, was man so als Sozialarbeiterin verdient?“ Wie die „taz“ weiter berichtet, erhielt Domke Unterstützung vom Verein Opferperspektive und richtet auf GoFundMe zur Begleichung der Gerichtskosten eine Spendenseite ein.

Möglicherweise irritieren könnte damalige Spender indes, dass die Politikerin unlängst in einer Online-Diskussion zur Corona-Politik äußerte: „Ich verdiene 25.000 Euro im Monat, ich muss mir von Dir doch nicht irgendeine wissenschaftliche Abhandlung anhören.“ Dies war nicht die einzige Äußerung der Grünen-Politikerin in der Online-Diskussion, die für Aufsehen sorgte. Domke hat inzwischen ihren Rückzug aus der Kommunalpolitik bekannt gegeben.

VERKEHR

Ideologischer Widerstand bremst U-Bahn-Bau

Politiker von Grünen und Linkspartei bevorzugen Straßenbahn-Erweiterung – Argument: Klimaschutz

Berlins Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) gab dieser Tage ihre Pläne zum Ausbau der Berliner U-Bahn bekannt. Neben der Verlängerung einiger bestehender Linien soll eine neue bereits seit Ende der 1920er Jahre geplante Linie 10 ausgebaut werden.

Die Berliner Politik propagiert eine Verkehrswende hin zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weg vom motorisierten Individualverkehr. Die U-Bahn der Hauptstadt hat eine Länge von 149 Kilometern erreicht. Das ist verglichen mit Hamburg (106 Kilometer) und München (103) schon nicht viel, wenn man die Einwohnerzahlen heranzieht. Bis 2030 wird Paris sein Streckennetz auf 450 Kilometer Länge verdoppeln.

Der weitere Ausbau von U- und S-Bahn wurde bisher in Berlin als angeblich schädlich verhindert, weil bei den Bauar-

beiten zu viel CO₂ produziert werde. Stattdessen sollte das Straßenbahnnetz erweitert werden. Dieses Verkehrsmittel löst Verkehrsprobleme an der einen Stelle, indem es an anderer Stelle zusätzliche Schwierigkeiten schafft, denn die Straßenbahn belastet den ohnehin vielerorts stockenden Straßenverkehr.

Doch genau darum scheint es ihren Verfechtern gerade zu gehen. Grüne Politiker und ihnen nahestehende Organisationen finden immer neue Argumente gegen den U-Bahn-Bau. In einem Gutachten heißt es: „Geplanter U-Bahn-Bau in Berlin schadet dem Klima“, U-Bahn-Bau verschärfe die Klimakrise, sie lindere sie nicht.

Fakt ist, dass es in Berlin ein Ungleichgewicht zwischen den früheren Westsektoren und dem Ostteil der Stadt gibt. Das Kombinat VEB Berliner Verkehrsbetriebe

(BVB) im Ostteil der Stadt plante zwar einen großzügigen Aus- und Neubau von U-Bahn-Strecken. Aus Kostengründen unterblieb dies aber, und in Ost-Berlin wurden stattdessen billigere, aber weit weniger leistungsstarke Straßenbahn-Strecken errichtet. Darunter leiden die Menschen dort bis heute. Es wird Zeit, gleiche Lebensverhältnisse in Berlin zu schaffen. Die Berliner Straßenbahn erreicht eine Geschwindigkeit von durchschnittlich 19 Kilometern pro Stunde, die Berliner U-Bahn kommt bei den Kleinprofilstrecken auf 27 und bei den Großprofilstrecken auf 32. Ein U-Bahn-Zug transportiert mehr Fahrgäste. Damit ist eigentlich alles gesagt.

Die Linie 10 würde den Nordteil Ost-Berlins mit dem Südwesten der Stadt verbinden. Zahlreiche Bauvorleistungen in Form von Bahnhöfen, aber auch komplet-

ten Tunneln und Gleisanlagen bieten sich für einen raschen Beginn der Bauarbeiten an. Die frühere grüne Verkehrssenatorin Bettina Jarasch bekämpfte die Linie 10 als „verspinnerte Vision“. Der Pankower Bezirksbürgermeister Sören Benn (Linkspartei) sprach von „Unsinn“.

Beispielgebend für die Berliner Zustände bei der Verkehrsplanung und Bauausführung ist die beabsichtigte Verlängerung der Linie 3 in Berlin-Zehlendorf um 800 Meter, von denen 200 im Rohbau fertig sind. Bereits am 22. Dezember 1929, als die U-Bahn-Station Krumme Lanke eröffnet wurde, war diese Verlängerung zur Verknüpfung mit der S-Bahn vorgesehen. Nach einer „Machbarkeitsstudie“ sollen 2026 die Bauarbeiten endlich beginnen und 2031 die ersten Züge fahren. Von heute an gerechnet sind das also 800 Meter U-Bahn in acht Jahren. Frank Bücker

KOLUMNE

CDU-Querelen

VON VERA LENGSEFELD

Kai Wegner, der vermutlich mithilfe von AfD-Stimmen zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, hat nicht nur beim Koalitionspartner offene und heimliche Feinde. Auch in der CDU ist der Parteichef nicht unumstritten. Im Gegenteil: Seine innerparteilichen Gegner bei der Jungen Union (JU) keilen gegen Wegner, dass die Fetzen fliegen. Als vorläufiger Höhepunkt gilt der kürzliche Showdown um den Vorsitz der JU vor dem Landesparteigericht.

Das Gremium hatte neun (!) anhängige Verfahren zu klären, wie der „Tagesspiegel“ berichtete. Das Hauptstadtblatt fühlt sich an eine Vorstellung à la „House of Kärtchen“ erinnert. Die untalentierten Underwoods sind der Abgeordnete Lukas Schaal und der amtierende JU-Vorsitzende Harald Burkart.

Beide Seiten beschuldigen einander manipulierter Nominierungen und Wahlen. Jeder, der die CDU Berlin kennt, weiß, dass sowohl die Aufstellung der Wahllisten als auch der Ablauf von Wahlen allein in den Händen der Parteifunktionäre liegt.

Wegner, der Burkart nicht als JU-Vorsitzenden anerkennt, steht auf der Seite von Schaal und hat dafür schon eine Niederlage vor dem Kreisparteigericht Charlottenburg-Wilmersdorf erlitten, als er die Wahl des JU-Vorsitzenden für nichtig erklären wollte. Das sei keine Wahl, sondern ein unverbindliches Gespräch „in bierseliger Atmosphäre in einer Kneipe“ gewesen.

Beim schwul-lesbischen Motzstraßenfest soll es dann zum Eklat gekommen sein. Burkart, der im Festgewühl zu seinem Parteivorsitzenden vordringen wollte, angeblich, um mit ihm zu sprechen, sei von Wegners Personenschützer mit einem harten Schlag auf den Rücken abgedrängt worden. Auf Anfrage teilte die Senatskanzlei dazu mit, der Regierende habe „keinerlei körperliche Auseinandersetzung“ wahrgenommen. Die CDU hüllte sich in Schweigen. Die Polizei indes widerspricht der Darstellung der Senatskanzlei. Wie peinlich.

MELDUNG

Aktion gegen Jahn-Denkmal

Berlin – Ein „Frauen-Netzwerk“ aus Berlin-Neukölln fordert gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks, Sylvia Edler, die Entfernung des Denkmals für den „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn, welches seit 1872 in der Hasenheide steht. Konkret heißt es dazu auf der Internetseite des Netzwerks: „Schluss mit der Ehrung für einen Urheber ausgrenzender und menschenverachtender Ideologien. Jahn war Militarist, Nationalist und Antidemokrat, Antisemit, Rassist und Antifeminist. Die Rolle von Frauen begrenzte er auf die ‚Schöpferin des häuslichen Glücks‘ ... Auch heute berufen sich Nazis auf die Kampfsport-Ertüchtigung Jahns und seine völkische, Deutschland verherrlichende Ideologie. Für rechtes Gedankengut darf es keinen Platz in unserer Gesellschaft und im Stadtbild geben.“ Tatsächlich hat die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln beschlossen, dass die Schleifung des Denkmals „kein Tabu“ sei. W.K.

● MELDUNGEN

EU größter LNG-Kunde

Brüssel – Die EU ist der mit Abstand größte Abnehmer von russischem Flüssigerdgas (LNG). Mittlerweile geht mit 52 Prozent über die Hälfte der LNG-Exporte Moskaus in die EU, wobei Spanien an erster Stelle steht, das aufgrund seiner diplomatischen Anerkennung der illegalen Besetzung der Westsahara durch Marokko keine Lieferungen mehr aus Algerien erhält. Laut den Berechnungen der Nichtregierungsorganisation Global Witness importierten die EU-Staaten in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres 22 Millionen Kubikmeter LNG aus der Russischen Föderation und zahlten dafür 5,3 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum von 2021 um vier Zehntel. Global Witness kritisiert: „Es ist schockierend, dass die EU-Länder so hart daran gearbeitet haben, sich von russischem fossilem Pipeline-Gas unabhängig zu machen, nur um es dann durch das verschifft Äquivalent zu ersetzen.“ W.K.

Gesunkene Temperaturen

Alabama – Die University of Alabama in Huntsville (UAH) hat ein neues Verfahren zur Ermittlung der realen Temperaturverhältnisse auf der Erde entwickelt, mit dem sich auch die Zustände in der unteren Troposphäre, die für die Bestimmung des Ausmaßes des angeblichen Klimawandels von zentraler Bedeutung sind, präzise abbilden lassen. Dabei werden pro Monat 15.000 durch Satelliten erhobene Datensätze für Messpunkte an Land und zu Wasser berücksichtigt. Da die Nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde der USA seit 1979 über entsprechende Satelliten verfügt, konnten die UAH-Forscher die Entwicklung der globalen Temperaturen in den letzten 44 Jahren modellieren. Die so erzielten Ergebnisse stehen im Widerspruch zu den Angaben des Weltklimarates IPCC, aus denen ein „Klimanotstand“ abgeleitet wird: Die Durchschnittstemperaturen gingen seit 2016 signifikant zurück – sogar am Nordpol und über den Ozeanen. W.K.

Japaner nähren Verdacht

Osaka/Kyoto – In dem Fachartikel „Unnatürlichkeiten im Evolutionsprozess der SARS-CoV-2-Varianten und die Möglichkeit einer bewussten Selektion“, von dem ein Vorabdruck auf der von der EU finanzierten wissenschaftlichen Speicherplattform Zenodo erschienen ist, schreiben die Virologen Atsuki Tanaka von der Medizinischen Universität Osaka und Takayuki Miyazawa von der Universität Kyoto, dass die Omikron-Variante des Coronavirus nicht erst im November 2021, sondern bereits ein Jahr zuvor aufgetaucht sei. Deshalb könne der Omikron-Subtyp nicht auf normalem Wege durch Mutationen der Delta-Variante entstanden sein. Das deute auf eine künstliche Herkunft hin. Darüber hinaus vermisse die beiden Japaner auch bei den anderen Corona-Varianten ab Alpha die typischen „stillen“ oder „synonymen“ Mutationen, die ein Beweis für die natürliche Fortentwicklung des Erregers wären. W.K.

UKRAINE

Auf der Jagd nach neuen Soldaten

Kriegsdienstverweigerer – Kiew bemüht sich bei den Nachbarn um die Abschiebung wehrfähiger Ukrainer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 24. Februar vergangenen Jahres wurde in der Ukraine die allgemeine Mobilmachung verkündet. Parallel dazu wurde wehrfähigen Männern im Alter zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise verboten, damit sie sich nicht dem Kriegsdienst entziehen können. Dennoch versuchten in der Folgezeit zahlreiche Ukrainer, ins Ausland zu gelangen.

Nach Auskunft von Andrij Demtschenko, dem Sprecher der ukrainischen Grenzschutzbehörde DPSU, hinderte diese seit Kriegsbeginn über 20.000 potentiell Wehrpflichtige an der Flucht. Von denen waren 6200 im Besitz gefälschter Ausreisegenehmigungen. Der Rest wollte meist über die grüne Grenze in die Nachbarländer Rumänien und Moldau fliehen.

Das endete für einige tödlich. Manche der Männer ertranken in Flüssen, andere erfroren bei der Überquerung der bis zu 2000 Meter hohen Waldkarpaten.

Hunderttausende Abtrünnige

Nach Berichten der BBC bildeten sich in der Ukraine mehrere Social-Media-Gruppen mit teilweise bis zu 100.000 Mitgliedern, die untereinander Ratschläge austauschten, wie man am besten ins Ausland gelangen oder der Einberufung auf andere Weise entgehen könne. Ein probates Mittel für Letzteres sind Bescheinigungen über die Dienstuntauglichkeit aus gesundheitlichen Gründen. Die gab es zunächst für rund 5000 US-Dollar zu kaufen. Inzwischen kosten sie bis zu 10.000 Dollar, weil zahlreiche Festnahmen von Mitarbeitern der Einberufungsstellen das Angebot deutlich verknappt haben.

Über 650.000 Ukrainer im wehrfähigen Alter sind laut der EU-Statistikbehörde Eurostat in den 27 Staaten der Europäischen Union sowie Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein als Flüchtlinge registriert. Davon leben 203.640 in Deutschland.

Diese große Zahl an möglichen Rekruten hat vor dem Hintergrund des aktuellen Soldatenmangels zu Überlegungen in Kiew geführt, diese potentiellen Soldaten zur Rückkehr in die Ukraine zu zwingen. So erklärte der Fraktionsvorsitzende der Präsidentenpartei „Diener des Volkes“ in der Werchowna Rada, der 44-jährige Dawyd Arachamija, Ende August im ukrainischen Staatsfernsehen, die Behörden seines Landes besäßen die Möglichkeit, mit anderen Staaten zu kooperieren, um jener Wehrpflichtigen habhaft zu werden, die sich dem Kriegsdienst entzogen hätten.

Die Ukraine arbeite derzeit aktiv an „internationalen Rechtshilfe-Mechanismen“, sagte Arachamija hierzu und fügte an: „Unsere Strafverfolgungsbehörden können in fast jedem Land der Welt außer Russland Auslieferungersuchen für solche Personen stellen.“ Die Frage, was den Betroffenen nach ihrer Überstellung drohe, beantwortete er mit den Worten: „Sie werden strafrechtlich verfolgt: wegen Bestechung, Urkundenfälschung und Umgehung der Mobilmachung.“

Polen prescht vor

In vergleichbarer Weise äußerte sich das Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Geheimdienste Fjodor Wenislawski gegenüber der ukrainischen Zeitung „Klymenko Time“. Allerdings sprach er auch die Schwierigkeiten des Unterfangens an: „Was das rechtliche Prozedere betrifft, so gibt es keine Massenauslieferung von Bürgern. Man muss jeden Fall einzeln beantragen und die relevanten Dokumente liefern, dass die Person sich ... versteckt.“

Zudem sei zu bedenken, „dass die Entscheidung über die Abschiebung vor Gericht angefochten werden kann, wenn man die europäischen Rechtsnormen berücksichtigt ... Das ist ein sehr kompliziertes Verfahren, und wir werden darüber nachdenken, wie wir es flexibler gestalten können. Das erfordert jedoch gründliche Analysen und Diskussionen.“ Was Wenislawski damit genau meinte, sagte er nicht.

Auch ohne eine spezielle Aufforderung aus Kiew hat Polen diesen Monat mit der Abschiebung von Ukrainern begonnen, die im wehrpflichtigen Alter sind und nach dem 24. Februar 2022, also mutmaßlich kriegsbedingt, ihr Land verlassen haben. Das hat die Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“ gemeldet. Der polnische Polizeisprecher Mariusz Czarka fügte hinzu: „Wenn wir so einen Ukrainer zum Beispiel bei einer normalen Verkehrskontrolle antreffen, zeigt unser nationales Polizei-Informationssystem an, dass er von der ukrainischen Staatsanwaltschaft gesucht wird, weil die entsprechenden Interpol-Daten erscheinen. Wir nehmen so eine Person fest, informieren die Staatsanwaltschaft, und das Gericht entscheidet über die Auslieferung.“

Ob weitere EU-Mitgliedstaaten dem polnischen Beispiel folgen werden, ist noch nicht abzusehen.



In den letzten Monaten auffällig viele jüngere männliche Personen: Ukrainische Flüchtlinge an polnischer Grenze

Foto: pa

SYRIEN

Drusen-Proteste gegen Assad flammen auf

Mit Demonstrationen gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise fing es an

Schon seit Wochen demonstrieren die Drusen in ihrer Hochburg Sweida gegen das Regime von Baschar al-Assad. Sie verbrennen Transparente des syrischen Präsidenten und protestieren gegen die jüngsten Beschlüsse der Regierung zur Erhöhung der Treibstoffpreise. Damit tun sie ihren Ärger über die Regierung kund.

Über den Demonstranten wehte die drusische Flagge, Demonstranten stürmten mehrere Büros der regierenden Baath-Partei in der Drusen-Hochburg, warfen Parteimitglieder aus ihren Büros, schweißten die Türen zu und sprühten regierungsfeindliche Parolen an die Wände.

Die Proteste richteten sich zunächst nur gegen die steigende Inflation und die sich verschlechternde Wirtschaftslage in dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land, verlagerten sich aber schnell auf die For-

derung nach dem Sturz der Regierung Assad. Die Proteste in der von der Regierung kontrollierten Provinz Sweida, dem Kernland der syrischen Drusen, die sich in dem Konflikt zwischen Assad und seinen Gegnern neutral verhalten hatten, kommen auch für Assad unerwartet.

Untragbare Wirtschaftslage

Während Assads außenpolitischer Erfolg in den letzten Monaten zugenommen hat – Syrien wurde erstmals seit zwölf Jahren wieder zu einem Gipfel der Arabischen Liga eingeladen –, ist das Leben für einen Großteil der Bevölkerung des Landes immer untragbarer geworden.

Mindestens 300.000 Zivilisten wurden in dem Bürgerkrieg getötet, die Hälfte der 23 Millionen Einwohner Syriens, die vor dem Krieg lebten, flüchtete – darunter

fast zwei Millionen ins 4000 Kilometer entfernte Deutschland – und große Teile der Infrastruktur wurden zerstört. Da der Bürgerkrieg nie ein Ende hatte und es keine Versöhnung und Frieden gibt, gibt es auch keinen Wiederaufbau, wie etwa in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb folgt dem Krieg jetzt der wirtschaftliche Ruin, der für viele Menschen schlimmer ist als der Krieg. Dies ist die eigentliche Ursache der Proteste.

Noch sind keine Toten zu beklagen

Dass der Aufruhr diesmal in Sweida begann, überrascht nicht, denn in der benachbarten Provinz Deraa hatten die ersten Proteste beim Bürgerkrieg von 2011 stattgefunden. Auch in Damaskus, Latakia, Tartus, Hassake und anderen städtischen Regierungshochburgen äußern ei-

nige ihren Unmut, aber eher im Stillen. Sie schreiben Botschaften zur Unterstützung der Proteste auf Papier, machen Fotos von diesen Zetteln auf den Straßen ihrer Städte und teilen diese in den sozialen Medien.

Die Proteste gegen die Regierung Assad kommen zu einer Zeit, in der die Regierungstruppen ihre Kontrolle über den größten Teil des Landes gefestigt haben und Damaskus in die arabische Gemeinschaft zurückgekehrt ist. In der von der Regierung kontrollierten Stadt Deraa wurden nach Angaben des in Großbritannien ansässigen Syrian Network for Human Rights mindestens 57 Personen festgenommen. Anders als 2011 haben die Regierungstruppen diesmal jedoch keine tödliche Gewalt angewendet. Diese hatte 2011 zum Krieg geführt. Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Die Sommerpause ist vorbei, und es ist mal wieder Wahlkampfzeit. So ist es wenig überraschend, dass sich CDU-Chef Friedrich Merz mit einem Vorschlag in Sachen Steuergerechtigkeit zu Wort meldete. Überraschend ist allerdings, dass es sogar aus den eigenen Reihen Widerstand gibt, und zwar auch von der FDP, mit der die Union in Finanzfragen eigentlich immer auf Linie liegt.

„Ob der Spitzensteuersatz bei 42 oder 45 Prozent liegt, ist nicht entscheidend. Wichtig ist eine Entlastung der Mittelschicht“, hatte Merz in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gesagt. Die Schlagzeile wurde freilich ein wenig verkürzt wiedergegeben. Und Merz sah sich plötzlich mit dem Vorwurf konfrontiert, er sei auf einer Linie mit dem SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert. „Schon Leute, die nur ein bisschen mehr verdienen als der Durchschnitt, erfahren eine enorme Belastung durch Abgaben und Steuern. Wir müssen die Belastungskurve abflachen, denn Leistung muss sich lohnen“, hatte Merz einleitend erklärt und danach den mittlerweile viel zitierten Satz nachgeschoben.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann war seinem Chef zur Seite gesprungen und erklärte, es sei schlicht nicht fair, dass die Mittelschicht den Spitzensteuersatz zahle. „Befeuert durch die hohen Inflationsraten gerät in Deutschland die Steuergerechtigkeit in Schieflage. Zentrales Element dieser Steuerreform muss eine breite Entlastung für die Mitte dieses Landes sein.“

Finanzminister Christian Lindner äußerte sich prompt und einigermaßen irritiert. „Die Rechnung von Herrn Merz geht nicht auf“, sagte der FDP-Politiker und packte gleich den Rechenschieber aus. Der Spitzensteuersatz müsste von derzeit 42 Prozent auf 57 Prozent erhöht werden, wenn er erst ab einem Einkommen von 80.000 Euro gelten würde. Derzeit wird er ab einem Einkommen von 63.000 Euro erhoben. Lindner sprach von einer „Strangulierung der wirtschaftlichen Entwicklung“. Mehr abgeben müssen von dem, was man erarbeitet, an den Staat, als man behalten darf, habe nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, sagte Lindner weiter.

Der sogenannte Spitzensatz, der von Merz und Linnemann genannt wurde, ist vom Reichensteuersatz zu unterscheiden. Der wird ab einer Höhe von 280.000 Euro Jahresgelt erhoben und liegt derzeit bei 45 Prozent. SPD-Generalsekretär Kühnert wäre für eine Steuerreform, bei dem die Reichen stärker belastet werden, auf je-



Wenn der Spitzensteuersatz das Einkommen übersteigt: Gegner befürchten negative Folgen für die deutsche Wirtschaft

FINANZPOLITIK

JU und CDU streiten über Steuererhöhung

Hoher Spitzensteuersatz – Deutschland unattraktiv für ausländische Fachkräfte

den Fall zu haben. „Die SPD kämpft dafür, die Einkommensteuer aufkommensneutral zu reformieren. Wir wollen 95 Prozent der Beschäftigten im Land entlasten und im Gegenzug den Spitzensteuersatz für die obersten fünf Prozent moderat erhöhen. Der Spitzensteuersatz würde somit erst bei deutlich höheren Einkommen greifen, als dies bislang der Fall ist.“

Die Steuerpolitik ist innerhalb der CDU seit einiger Zeit ein Thema, das durchaus kontrovers diskutiert wird. Finanzexperte Linnemann brachte wiederholt eine große Steuerreform ins Spiel. Dabei gilt aber auch zu beachten, dass die Handlungsspielräume des Staates begrenzt sind und das Steuersystem komplex ist.

Der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, sieht eine mögliche An-

hebung des Spitzensteuersatzes gar als mögliches Hemmnis bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte.

„Um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des demografischen Wandels einigermaßen abfedern zu können, müssen wir dringend attraktiver für ausländische Fach- und Spitzenkräfte werden“, sagte Winkel dem „Spiegel“. „Mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes kann dies im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe nicht gelingen.“

Man müsse zudem auch über das Thema Abwanderung von Fachkräften sprechen. Generell gilt die Steuerlast für Gutverdienende im europäischen Vergleich als relativ hoch. Winkel sieht daher keinen Anlass für Steuererhöhungen. Im Zehn-Jahres-Vergleich seien die Steuer-

einnahmen um zirka 33 Prozent gestiegen, sagte Winkel und ergänzte: „Deutschland hat damit kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“

Für die Union ist die Debatte nicht einfach. Die SPD hatte versucht, einen ähnlichen Vorschlag innerhalb der Ampelkoalition durchzusetzen, war aber am Veto der FDP gescheitert. Entsprechend zufrieden äußerte sich Parteichefin Saskia Esken über die Äußerung von Merz. Dies wiederum kam im Konrad-Adenauer-Haus gar nicht gut an. Die SPD versuche gerade, „uns zu einer Steuererhöhungspartei umzuframen“, hieß es aus der CDU-Zentrale. Um das zu erreichen, würde die SPD unzulässigerweise einen Punkt aus dem Vorschlag von Parteichef Merz herausgreifen und alle anderen Punkte unterschlagen.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Neuer Boom in der Oder-Neiße-Region

Große Investoren interessieren sich zunehmend für Standorte nahe der polnischen Grenze

Städte wie Guben, Görlitz oder Pasewalk haben nach dem Mauerfall in großer Zahl Unternehmen und Arbeitsplätze verloren und mussten die Abwanderung von zu meist jungen Menschen verkraften. Mittlerweile entdecken Unternehmen, dass die Randlage auch Vorzüge hat. Der Schuhhersteller Birkenstock etwa hat eine neue Fabrik in Pasewalk in Betrieb genommen.

Wie das Unternehmen aus Rheinland-Pfalz mitteilte, hat es in das neue Werk in Vorpommern 110 Millionen Euro investiert. Dies stellt die größte Einzelinvestition in der Firmengeschichte dar. Auch für Mecklenburg-Vorpommern ist der Bau des Birkenstock-Werkes eine der größten Firmeninvestitionen seit 1990.

Gebaut wurde das Werk im „Industriepark Berlin-Szczecin“ unweit der Autobahn 20 innerhalb von 17 Monaten. Mittelfristig sollen in Pasewalk 1000 Arbeitsplät-

ze entstehen. Nach Angaben von Birkenstock soll durch das neue Werk in Pasewalk vor allem der Hauptproduktionsstandort Görlitz entlastet werden. Dort habe man positive Erfahrungen mit einer Produktion im deutsch-polnischen Grenzgebiet gesammelt, so das Unternehmen. Birkenstock ist kein Einzelfall. In Pasewalk hat sich bereits das europaweit tätige Familienunternehmen Topregal, ein Hersteller von Schwerlastregalen, angesiedelt.

Bei der Standortwahl des Autobauers Tesla hat die Nähe zum polnischen Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle gespielt, wie Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) dem Onlinemagazin „Teslamag“ bestätigt hat. Der Standort liegt lediglich 60 Kilometer von der Oder entfernt und liegt verkehrsgünstig an der Bahnstrecke Berlin – Frankfurt/Oder und auch direkt an der Autobahn.

Auch Guben zieht immer öfter Investoren an. Im März war in der Neißestadt der erste Spatenstich für eine Lithium-Fabrik des deutsch-kanadischen Unternehmens Rock Tech Lithium entstanden. Das Unternehmen will 650 Millionen Euro investieren. Den Hochlauf des ersten Lithiumkonverters in Europa erwartet man im Jahr 2025.

Spatenstich für Lithium-Fabrik

Die Produktion von Lithiumhydroxid in Batteriequalität soll laut Unternehmensangaben zu Beginn des Jahres 2026 in der Neißestadt anlaufen. Vergangenes Jahr entschieden sich ebenso zwei weitere Großinvestoren für Guben. Das US-amerikanische Unternehmen Jack Link's, Hersteller der Minisalami Bifi, zieht bereits eine erste Produktionshalle hoch. Die Produktion soll laut Zeitplan der Amerikaner

im Sommer 2024 mit rund 80 Mitarbeitern starten. Jack Link's investiert 50 Millionen Euro in den Standort. Rund 100 Millionen Euro will ein chinesisches Unternehmen in Guben investieren. Ziel der Chinesen ist es, eine Recyclinganlage für Batterien aufzubauen. Zudem will „Botree Cycling“ in der Neißestadt Fachkräfte für Batterie-Recycling ausbilden. „Botree Cycling“ knüpft laut Gubens Bürgermeister Fred Mahro (CDU) mit seinem Vorhaben an Rock Tech Lithium an. Neben der Wirtschaftsförderung Brandenburg hat auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Germany Trade and Invest die Chinesen bei ihrer Standortwahl beraten.

Bislang noch kein Thema für die Politik ist es, nach dem Vorbild der polnischen Wirtschaftsförderung, westlich von Oder und Neiße sogenannte Sonderwirtschaftszonen einzurichten. H.M.

MELDUNGEN

Preistreiberei beim Diesel

Berlin – Die Preise für Benzin und Diesel waren im August so hoch wie lange nicht. Begründet wird der Anstieg mit dem Ende der Sommerferien in einigen Bundesländern. Zum anderen ist Dieselmotorkraftstoff seit Ausbruch des Ukrainekriegs auf dem europäischen Markt ein knappes Gut. Obwohl Diesel aufgrund von Steuervorteilen im Normalfall günstiger ist als Benzin, wird der Abstand zum Benzinpreis immer kleiner. „Das ist ungewöhnlich, da der Dieselmotorkraftstoff rund 18 Cent weniger besteuert wird“, sagt Alexander von Gersdorff, Pressesprecher des Wirtschaftsverbandes Fuels&Energie enzx. Der Autofahrerverband ADAC sieht Preistreiberei als Ursache für die hohen Preise und spricht von einer ungerechtfertigten Belastung der Autofahrer. „Entscheidende Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Spritpreise sind der Rohölpreis sowie der Euro-Dollar-Wechselkurs. Beides ist in einer Größenordnung, die in der Regel deutlich geringere Spritpreise ausmachen“, sagt Katrin van Randenborgh vom ADAC. P.E.

Erfolgreiche Briten

London – Angesichts der häufig geäußerten Vermutung, dass sich die britische Wirtschaft nach dem Brexit schlechter von der Corona-Krise erholt habe als die der anderen G-7-Staaten, ist die Wirtschaft des Vereinigten Königreiches überraschend stark gewachsen. Wie aus nun veröffentlichten Daten des Office for National Statistics in London hervorgeht, stieg das britische Bruttoinlandsprodukt etwa in der Größenordnung des französischen und deutlich stärker als das deutsche. Diesen Umstand kommentierte der britische Finanzminister Jeremy Hunt mit den Worten: „Das zeigt einmal mehr, dass jene, die Großbritanniens Wirtschaft schlecht reden wollen, widerlegt sind.“ In dem Zusammenhang verwies Hunt auf eine Prognose des IWF, der zufolge die Wirtschaftsleistung seines Landes in den nächsten Jahren nicht nur schneller zunehmen werde als die Deutschlands, sondern auch als die Frankreichs und Italiens. W.K.

BA mit geringer Erfolgsquote

Nürnberg – Die Bundesagentur für Arbeit (BA) bringt immer weniger Langzeitarbeitslose direkt in reguläre Beschäftigung. Laut einem Bericht der „Epoch Times“ lag die Vermittlungsquote bei Beziehern von Hartz IV, jetzt Bürgergeld, im vergangenen Jahr bei nur noch knapp sechs Prozent. 2014 hatte die Quote noch fast 14 Prozent erreicht. Möglicherweise spielt der hohe Ausländeranteil hier eine Rolle. Von den derzeit knapp vier Millionen Empfängern von Bürgergeld haben etwa 1,8 Millionen keinen deutschen Pass, darunter fast eine halbe Million ukrainische Kriegsflüchtlinge. Doch selbst wenn man die Ukrainer herausrechnet, sind immer noch 34 Prozent der Bürgergeld-Empfänger Ausländer. Dabei beträgt der Anteil ausländischer Staatsbürger an der Bevölkerung Deutschlands insgesamt nur 14,6 Prozent. H.H.

KOMMENTAR

Anregung zum Nichtstun

BODO BOST

Wer bis dahin Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld hatte, hat seit dem 1. Januar 2023 einen auf Bürgergeld. Während Rentner 2023 mit einer Rentenerhöhung zwischen drei und fünf Prozent weit unter der Inflationsrate abgespeist wurden, liegt das neue Bürgergeld um zehn Prozent über dem bisherigen ALG II oder Sozialgeld, eine Steigerung weit über der Inflationsrate.

Ab dem 1. Januar 2024 soll das Bürgergeld um weitere zwölf Prozent steigen, hat jetzt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angekündigt. Wie hoch die Rentenerhöhung für langjährige Beitragszahler 2024 ausfallen wird, ist noch nicht bekannt, aber die Renten werden ganz sicher nicht in dem Maße steigen wie das Bürgergeld. Denn irgendetwas muss für die steigenden Bürgergeldzahlungen ja aufkommen.

Die Ampel fördert Arbeitslosigkeit und verhindert „Integration durch Arbeit“

Schon vor der Einführung des Bürgergeldes hatten Kenner des Milieus gewarnt, dass dies für eine weitere Demotivation bei denjenigen sorgt, die für ein geringes Gehalt arbeiten. Mit dem Bürgergeld wird Nicht-Arbeit belohnt, obwohl es in vielen Bereichen viele offene Stellen auch für Minderqualifizierte gibt und diese jetzt durch zusätzliche Einwanderer besetzt werden sollen. Der Handwerksverband sieht im Bürgergeld-Konzept der Bundesregierung falsche Anreize für Geringverdiener. „Es sorgt für Demotivation bei denjenigen, die mit einem geringen Gehalt regulär arbeiten“, sagte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Hans Peter Wollseifer, der „Rheinischen Post“.

Ein großer Teil, etwa ein Drittel der Bürgergeldbezieher, sind anerkannte Flüchtlinge aus dem Irak oder Syrien, die zum großen Teil seit sieben und

mehr Jahren in Deutschland sind, aber kein Interesse zeigen, sich durch Arbeit zu integrieren. Viele kinderreiche Immigranten haben durch das Bürgergeld höhere Bezüge ohne Arbeit, als sie durch ungelernete Arbeit je erzielen könnten. Durch die jetzt geplante weitere Erhöhung des Bürgergeldes werden nicht nur diese Leute sich weiter in der sozialen Hängematte ausruhen, sie werden auch ihren Angehörigen in ihren Herkunftsländern davon berichten und dadurch einen neuen Pull-Effekt für die Migration in die sozialen Hängematten auslösen.

Während Helmut Kohl die Maxime „Arbeit muss sich wieder lohnen“ prägte und Gerhard Schröder seine Agenda 2010 mit der Maxime „Fordern und Fördern“ unters Volk brachte, machte sich unter Angela Merkel bereits im Sozialbereich eine Selbstbedienungsmentalität breit, die nun unter der Ampel zu einer klaren Klientelpolitik geführt hat. SPD und Grüne haben erkannt, dass sie unter Rentnern und Besserverdienenden keine zusätzlichen Wähler mehr gewinnen können. Deshalb sehen sie in dem Heer der Einwanderer in die Sozialsysteme eine zentrale neue Klientel ihrer Politik. Damit die entsprechende Population auch bei der nächsten Wahl ihren Parteien für die Wohltaten danken kann, hat die Ampel bereits die Sanktionsmöglichkeiten bei Arbeitsverweigerungen faktisch abgeschafft und das Einbürgerungsrecht auf Sozialhilfebezieher erweitert.

Allein aus den Reihen der CDU kam in der Person von Jens Spahn Widerstand gegen die geplante Erhöhung des Bürgergeldes. Spahn kritisierte vor allem, dass das Bürgergeld stärker steigen soll als die Löhne, dies sei ein falsches Signal. „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“, sagte Spahn der „Bild“-Zeitung. Spahn rechnete vor, dass nach heutiger Rechtslage eine Familie mit zwei Kindern im Schnitt 2311 Euro Bürgergeld erhalte, und damit faktisch so viel wie eine Durchschnittsverdienendefamilie in Deutschland. Viele Migrantenfamilien haben jedoch mehr als zwei Kinder. Mit der Erhöhung des Bürgergeldes fördert der Staat faktisch die Arbeitslosigkeit und verhindert „Integration durch Arbeit“. Ein fatales Signal in Zeiten weiter steigender Armutszuwanderung und Rezession in Deutschland.



Hat mit mehreren Oppositionspolitikern und Minderheitenaktivisten die Rüge ausgelöst: Sejm-Abgeordneter Ryszard Galla

LEITARTIKEL

Europarat rügt Warschau

FRANZ BACCHUS

Der Europarat hat die Republik Polen dazu verurteilt, größere Anstrengungen zur Sicherung des Gebrauchs von Regional- oder Minderheitensprachen zu unternehmen. Polen muss einen „proaktiveren“ und „strukturierteren“ Ansatz zur Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen verfolgen. Dies geht aus einem am 31. August veröffentlichten Bericht des Experten Ausschusses hervor, der über die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates wacht.

Obwohl die polnische Gesetzgebung einen Rahmen für die Verwendung von Regional- oder Minderheitensprachen in Bereichen wie Bildung, Verwaltung, Medien und Kultur bietet – und die polnischen Behörden Aktivitäten und Initiativen in den von der Charta erfassten Sprachen finanziell unterstützen –, stellte der Bericht erhebliche Mängel bei der Umsetzung der Charta fest, die 2009 in Polen in Kraft trat. Kritisiert wurde auch das Entfernen von zweisprachigen Ortsschildern

im Bezirk Oppeln, dem Zentrum der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen. Der Bericht stellt „eindeutige negative Auswirkungen“ fest, nachdem Polen den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache seit September letzten Jahres auf nur eine Stunde pro Woche reduziert

hat. Die Rücknahme dieser Maßnahme ist eine der wichtigsten Empfehlungen des Europarat-Berichts.

Schon seit dem September des Jahres 2022 erhalten die rund 40.000 Kinder der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen, die vorher Anspruch auf drei Stunden muttersprachlichen Deutschunterricht hatten, nur noch eine Wochenstun-

de Deutsch. Das Parlament in Warschau beschloss die Kürzung im Haushaltsgesetz im Dezember 2021 mit den Stimmen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Das sollte die Strafe dafür sein, dass der Bund kein Geld für die polnische Minderheit ausbebe.

Bei seiner diesbezüglichen Kritik ignoriert Bildungsminister Przemysław Czarnek (PiS), dass in der Bundesrepublik Bildung Ländersache ist. Während das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBWF) keinen Euro für den Sprachunterricht an den Schulen ausgibt, übersteigen die Ausgaben der Bundesländer für Polnischunterricht das, was Polen umgekehrt für Deutschunterricht zahlt, um ein Vierfaches. Czarnek rechnete darüber hinaus auch die deutschen Spätaussiedler, die meist kein Interesse an Polnischunterricht haben, zu den Deutschpolen.

Ryszard Galla, der einzige Abgeordnete der deutschen Volksgruppe im polnischen Parlament, sowie mehrere Oppositionspolitiker und Minderheitenaktivisten, hatten Beschwerde beim Europarat gegen den Beschluss der polnischen Regierung eingelegt.

Polen hatte den muttersprachlichen Deutschunterricht drastisch reduziert

NACHRUF AUF HANS-ULRICH KLOSE

Der Hanseat aus Breslau

Am 6. September verstarb in Berlin, von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, der SPD-Politiker Hans-Ulrich Klose. Wie andere führende Sozialdemokraten – unter anderem Ferdinand Lassalle, Paul Löbe, Karl Schiller, Heinrich Albertz und Wolfgang Thierse – wurde Klose in Breslau beziehungsweise Schlesien geboren, was einmal mehr belegt, dass die Landschaften östlich von Oder und Neiße keineswegs so reaktionär geprägt und eingestellt waren, wie es ihnen heute von historisch kaum noch gebildeten Nachfahren unterstellt wird.

Nach dem Verlust der Heimat kam Klose als Zehnjähriger 1947 nach Bielefeld. Nach bestandem Abitur am dortigen Ratsgymnasium und einem Jura-Studium in Freiburg und Hamburg arbeitete er zunächst als Jugendstaatsanwalt in der Hansestadt, die in den folgenden Jahren zu seinem Lebensmittelpunkt wurde.

1970 ging Klose in die Politik. Nach dem Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft war er unter anderem Vorsitzender der dortigen SPD-Fraktion, Innensenator sowie von 1974 bis 1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt.

Von 1983 bis 2013 gehörte der Sozialdemokrat dem Deutschen Bundestag an

und bekleidete auch hier zahlreiche Führungspositionen, unter anderem den Vorsitz der SPD-Fraktion (1991 bis 1994), den Vizepräsidenten des Parlaments (1994 bis 1998) sowie anschließend den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses.

Die Außenpolitik war Kloses Leidenschaft. Allerdings musste er nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass diese im politischen Tagesgeschäft Deutschlands kaum eine Rolle spielt. Gegenüber dem Autor dieser Zeilen sagte er 2014 in einem Interview: „Was uns heute fehlt sind oft wirkliche Experten, die sich einerseits in der Welt auskennen und somit Entwicklungen frühzeitig erkennen können, und die andererseits als Persönlichkeiten in der Lage sind, ihre Erkenntnisse an geeigneter Stelle zu thematisieren.“

Mit dem Tod Hans-Ulrich Kloses verliert Deutschland einen weiteren jener seltenen Experten. René Nehring



Schlesier, Hanseat und leidenschaftlicher Außenpolitiker: Hans-Ulrich Klose (1937–2023)

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Musik unter einem guten Stern

Was mit Liedern begann, mündete in einem der führenden Musikverlage der Welt – Der Kasseler Bärenreiter Verlag wird 100 Jahre alt

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Jungverleger Karl Vötterle (1903–1975) schaltete in dem am 18. September 1923 erschienenen „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ eine Anzeige, welche die Veröffentlichung des ersten Hefes der „Finkensteiner Blätter“ meldete. Er charakterisierte sie als „lebendiges Liederbuch in monatlicher Folge“.

Seinen Verlag taufte er auf den Namen „Bärenreiter“. Das erste Verlagslogo entwarf der bekannte Graphiker Bruno Goldschmidt nach den Vorgaben Vötterles zum Freundschaftspreis von einer Goldmark. Der trabende Bär verkörpert die Welt. Auf ihm steht der junge Verleger und greift nach einem Stern, der das (scheinbar) Unerreichbare symbolisiert.

Trotz aller Widrigkeiten – zur Zeit der Verlagsgründung grassierte in Deutschland die Hyperinflation – hat Vötterle viel erreicht. Er machte Bärenreiter zu einem der führenden Musikverlage der Welt. Dieser hat Niederlassungen in Basel, Paris, London, Prag und New York. Heute leiten Vötterles Tochter Barbara Scheuch-Vötterle, ihr Mann Leonhard Scheuch und deren Sohn Clemens den Verlag.

Eine zentrale Figur der ersten Verlagsjahre war Julius Janiczek, der sich aus Verehrung für den Minnesänger Walther von der Vogelweide und den Nürnberger Meistersinger Hans Sachs den Namen „Walther Hensel“ gab. Der in Mährisch-Trübau geborene Musikwissenschaftler und Volksliedsammler gab in Vötterles Heimatstadt Augsburg einen Vortrags- und Liederabend. Den fand Vötterle so mitreißend, dass er unverzüglich eine Singgruppe gründete. Für die suchte er Lieder aus und vervielfältigte sie.

Daraus entwickelte er die Geschäftsidee, eine professionelle Liederzeitschrift zu verlegen und nahm deshalb Kontakt zu Hensel auf. Der nahm Vötterles Einladung zu einem weiteren Gastspiel in Augsburg an und versprach ihm Unterstützung bei der Verlagsgründung. Die Gelegenheit dazu bot sich auf der ersten Finkensteiner



Verkaufshit bei Bärenreiter: Notenblätter von Beethovens Sinfonie Nr. 9

Foto: pa

Singwoche. Sie fand vom 11. bis 18. Juli 1923 in der Tschechoslowakei statt. Etwa 80 junge Teilnehmer, überwiegend Sudetendeutsche, übten in der kleinen Waldsiedlung Finkenstein unter Anleitung Hensels und seiner Frau Olga den Chorgesang.

Gedruckte Noten sind unentbehrlich

Vötterle stellte den Teilnehmern seinen Plan vor, Liederblätter zu veröffentlichen. Die Sänger waren begeistert. Mit zahlreichen Vorbestellungen und Anzahlungen in der Tasche trat Vötterle die Heimreise an. Aus dem ersten Treffen entwickelte sich die Finkensteiner Singbewegung. Sie breitete sich schnell im ganzen Deutschen Reich aus.

Vötterles erster Verlagssitz war die Wohnung seiner Eltern in Augsburg. Da

man seinerzeit erst mit 21 Jahren volljährig und somit geschäftsfähig wurde, musste Vötterle mit der offiziellen Verlagsgründung bis zu seinem Geburtstag am 12. April 1924 warten. Im Anfangsjahrzehnt waren die Finkensteiner Hefte mit den von Hensel ausgewählten Volksliedern ein wichtiger Bestandteil des Verlagsprogramms. Aber rasch erweiterte Vötterle das Sortiment des 1927 nach Kassel umgezogenen Bärenreiter Verlags.

Bereits 1925 veröffentlichte er die erste Ausgabe von Musik Johann Sebastian Bachs: „Acht Choräle für eine Singstimme“. Die erste Notenausgabe von Heinrich Schütz kam 1928 heraus: „Geistliche Chormusik“. Zum Kassenschlager entwickelte sich unverhofft eine Sammlung von Weihnachtsliedern aus dem Jahr 1930. Erweiterte Ausgaben folgten. Sie sind bis

heute im Programm. Die Gesamtauflage beträgt über drei Millionen Exemplare. Ihr Titel klingt merkwürdig: „Quempas“. Er leitet sich ab vom lateinischen Lied „Quem pastores laudavere“ („Den die Hirten lobeten sehr“).

Viele Editionsprojekte des Bärenreiter Verlags ziehen sich über Jahrzehnte hin und werden in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Vereinigungen wie der in Halle an der Saale beheimateten Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft oder der Internationalen Stiftung Mozarteum Salzburg verwirklicht. Ein weltweit benutztes Standardwerk ist „Die Musik in Geschichte und Gegenwart“. Die erste Lieferung dieser Enzyklopädie erfolgte 1949. Sie wurde mit dem 17. Band 1987 abgeschlossen. In Kooperation mit dem Verlag J. B. Metzler kam 1994 bis 2008 die

27 Bände umfassende zweite Auflage heraus. Die von 1954 bis 2007 veröffentlichte „Neue Bach-Ausgabe“ umfasst alle Werke des Komponisten. Die 1955 begonnene „Neue Mozart-Ausgabe“ wurde erst 52 Jahre später vollendet.

An der Vervollständigung der Werkausgaben von Schütz, Händel und vielen anderen Komponisten wird noch gearbeitet. Sie alle tragen das Qualitätssiegel „Bärenreiter Urtext“. Es handelt sich um wissenschaftlich kommentierte Notenausgaben, die von renommierten Musikforschern herausgegeben werden. Diese von allen fremden Zugaben befreiten Noten geben den Komponisten, Musikern und Sängern die Gewissheit, das Werk dem Willen des Urhebers gemäß aufzuführen.

Neben Editionen alter und zeitgenössischer Musik bringt der Verlag auch an ein breites Publikum gerichtete Musikbücher heraus. Im Band „1923: Musik in einem Jahr der Extreme“ ist der Gründungsphase des Bärenreiter Verlags ein Kapitel gewidmet.

In Konzerten sieht man immer häufiger Musiker, die die Noten vom Tablet ablesen. Wie ist es denn um die Zukunft des Notendrucks bestellt? Johannes Mundry, Pressesprecher des Bärenreiter Verlags, macht sich da keine Sorgen: „Gedruckte Noten wird es immer geben, auch wenn mehr und mehr Musiker Tablets nutzen. Oft haben sie die gedruckten Noten zum Üben zu Hause und nehmen die digitalen mit auf Reisen. Dass einmal ganze Orchester im Konzertsaal oder im Orchestergraben ausschließlich elektronische Geräte nutzen, ist zumindest in der näheren Zukunft nicht zu erwarten.“

● **Lektüretipp** Tobias Bleek: „Im Taumel der Zwanziger. 1923: Musik in einem Jahr der Extreme“, Bärenreiter/J.B. Metzler, Kassel/ Berlin 2023, 315 Seiten, 29,99 Euro, Internet: 100.baerenreiter.com

ALTE MUSIK

Intriganter Langobarde

Händel im Markgräflichen Opernhaus – Nach den Wagner-Fans pilgern die Barock-Liebhaber nach Bayreuth

Die Barockmusik füllt wieder das Markgräfliche Opernhaus in Bayreuth, während des vierten Festivals Bayreuth Baroque, das noch bis zu diesem Wochenende läuft. Zur Eröffnung sah das Publikum das Drama per musica „Flavio, Re de' Longobardi“ von Georg Friedrich Händel aus dem Jahr 1722, als der aus Halle an der Saale stammende Komponist die britische Royal Academy of Music leitete.

Das Stück spielt zu einer mythischen Zeit, als Flavio, der König der Langobarden, gelangweilt von seiner Frau und den Mätressen, sich in Teodata, die Tochter seines Ratgebers Ugone, verliebt. Das Streben des Herrschers nach dem Mädchen verursacht eine Reihe von Unglücken: Die Eifersucht trennt zwei alte Freunde, ihre Kinder lösen die Verlobung auf, es kommt zu einem Verbrechen. Die Oper endet jedoch glücklich mit der Hochzeit der zwei verliebten Paare.

Die Regie führt der künstlerische Leiter des Festivals Max Emanuel Cenčić, der

ebenfalls eine der Hauptrollen darstellt. Neben den Sängern erscheinen auf der Bühne insgesamt 15 Schauspieler und Statisten. Der Zuschauer hat jedoch keinen Eindruck, dass die Bühne überladen ist, und er langweilt sich keinen Moment lang. Selbst die Erotik dosiert man hier unaufdringlich und witzig, vor allem durch das Vorhangverhangene, aber eindeutig wackelnde königliche Himmelbett.

Wenn es um Gesang geht, treten die Countertenöre in den Vordergrund. Der technisch hervorragende und emotional ausdrucksstarke Cenčić unterhält und bewegt, vor allem in der Arie „Amor, il mio penar“. In der Rolle des launischen Königs Flavio ist der Franzose Rémy Brès-Feuillet zu erleben, der mit einer gewissen Lässigkeit singt.

Bei den Damen glänzt die russische Sopranistin Julija Leschnewa (Emilia). Ihre ausgedehnten Kadenzten, die sie je nach Stimmung mit Lachen oder Weinen schmückt, dienen nicht der Angewandtheit,

sondern entsprechen dem Bühnengeschehen. Die Altistin Monika Jägerová (Teodata) schuf eine amüsante Figur in der Art von Molières Dienstmädchen. Am



Alle lieben Teodata: Szene aus „Flavio“

Dirigentenpult steht Benjamin Bayl, der das Orchester Concerto Köln leitet.

Besonders begeistert war das Publikum von Valer Sabadus, der sein eigenes Konzert am 8. September gab. Der Countertenor-Virtuose, begleitet vom polnischen {Oh!} Orkiestra Historyczna, präsentierte Stücke aus Opern von Carl Heinrich Graun (1704–1759), dem Hofkomponist des preußischen Königs Friedrich der Große. Sabadus sang alle Koloraturen technisch perfekt und mit Hingabe. Die Arie „Misero Pargoletto“ aus der Oper „Demofoonte“ erklang sehr emotional, und der Sänger führte sie wieder als die dritte Zugabe auf. Ähnlichen Beifall wie Sabadus erhielten Pastuszka und ihr Ensemble, die Grauns Werke mit Präzision und Wucht zugleich spielten.

Am Sonntag beschließt die letzte Aufführung des „Flavio“ das diesjährige Barockfestival. *Jolanta Lada-Zielke*

● www.bayreuthbaroque.de

● MELDUNG

Lettland als Schwerpunkt

Seebad Heringsdorf – Lettische Geselligkeit kann man beim Usedomer Musikfestival noch bis zum 7. Oktober erleben. Das 30. Jubiläum des Musikfestivals steht im Zeichen großer Stimmen. Ein Höhepunkt ist das lettische Sängerfest mit dem Chor BALSIS aus Riga am 30. September in der St.-Marien-Kirche in Usedom Stadt. Dazu bietet das Festival Gelegenheit, bei Konzerten in Schlössern, Ateliers und Hotels das gesamte Eiland an der Pommerschen Bucht kennenzulernen. In der Heringsdorfer Villa Irmgard ist die Ausstellung „Adeliges Leben im Baltikum – Herrenhäuser in Estland und Lettland“ zu sehen. Musikalische Krönungen sind die großen Peenemünder Konzerte mit dem Baltic Sea Philharmonic und Kristjan Järvi, dem NDR Elbphilharmonie Orchester, der Pianistin Anna Vinnitskaya und dem Dirigenten Mikko Franck. (www.usedomer-musikfestival.de). *Schn.*

GERTRUD LERBS-BERNECKER

Eine Künstlerin mit tragischem Schicksal

Vor 60 Jahren erhielt die Graphikerin den Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen in der Kategorie Bildende Kunst

VON JÖRN BARFOD

In dem etwa 600 Einwohner zählenden Dorf Rogehnen [Rogajny], im Kreis Preußisch Holland, nicht weit von Elbing [Elbląg] gelegen, wurde Gertrud Lerbs am 5. März 1902 als Tochter des Postbeamten Gottlieb Lerbs und seiner Frau Anna geboren. Zusammen mit ihrem drei Jahre jüngeren Bruder Paul lebte sie die ersten sieben Jahre in dem Dorf in kleinbürgerlichen, wohlgeordneten Verhältnissen. Ihre Liebe zur Natur und die Freude an Pflanzen könnten schon hier angelegt worden sein.

1909 wurde der Vater nach Königsberg versetzt, und die Familie zog in ein großes viergeschossiges Mietshaus mitten in der Altstadt, an der Altroßgärter Kirchenstraße. Das wird ein großer Einschnitt im Leben gewesen sein. Später besuchte Lerbs die Mittelschule, wo ihr großes künstlerisches Talent im Zeichnen auffiel. Dies veranlasste die Eltern, sie gleich nach Abschluss der Schule zur Königsberger Kunst- und Gewerkschule gehen zu lassen, 1917, und ein Jahr später dann bereits zur Kunstakademie. Dies wird für die Eltern sicher kein üblicher Weg für eine Tochter gewesen sein. Dass er dennoch begonnen wurde, zumal in den letzten entbehrungsreichen Jahren des Ersten Weltkriegs, zeigt, wie sehr die Begabung von Lerbs beeindruckt haben muss.

Der bestimmende Lehrer an der Kunstakademie wurde für Lerbs der Graphiker Heinrich Wolff (1875–1940). Von hier aus bestimmte sich ihr weiterer künstlerischer Weg. Sie blieb acht Jahre lang an der Akademie, später als Wolffs Meisterschülerin mit eigenem Atelier, als erste und einzige Frau, der dieses Privileg zukam an der Königsberger Kunstakademie. Sie warf sich intensiv in das Studium, wie sie in ihren Erinnerungen später anmerkte: „Ich war immer sehr in meiner Arbeit aufgegangen und hatte auch so viel Erfolg damit gehabt, dass die Freude daran viel Platz in meinem Leben einnahm.“ Ihr Interesse galt anscheinend ganz der Graphik, anderes ist nirgends überliefert.

Das Dunkle verließ sie nie

Schon 1919 konnte sie in der Jahresausstellung des Königsberger Kunstvereins vier Lithographien zeigen: zwei Szenen aus dem Märchen „Gevatter Tod“, ein Blatt „Nachtstück“ und eine Arbeit „Feierabend“. Im frühen Werk sind Märchen-szenen häufig. Wolff stellte auch als Schülersaufgaben in seiner Klasse gern entsprechende Aufgaben, welche die Phantasie anregen konnten. Aber es wird an den Themen der ausgestellten Blätter die düstere Seite der Motive bei Lerbs deutlich. Eine auf einer Eisenbahnschiene balancierende weibliche Person wird vom Tod geführt in einer öden Landschaft. Eine weibliche Gestalt mit überstrecktem Kör-



„Abschied vom ostpreußischen Bauernhof: Lithographie aus dem Jahre 1937



So sah sie ihr Lehrer Heinrich Wolff: Gertrud Lerbs

Bilder (4): OL

per und hochgerekten Armen steht vor einem Zug riesiger ganz verhüllter, überlängter Gestalten, die einem Weg an zwei Telegrafentangen entlang ziehen. Diese Motive aus dem Jahr 1919 stehen für eine Vorstellungswelt bei Lerbs, die sich durch ihr ganzes Werk zieht, soweit es heute noch bekannt ist. Die meisten Arbeiten sind Lithographien, die in erster Linie zeichnerisch gemacht sind. Dabei erkennt man den Zeichenstrich ihres Lehrers Wolff oft gut.

Unter allen druckgrafischen Techniken, die Lerbs bei Wolff lernen konnte – wobei sie in ihm einen der besten Lehrer überhaupt hatte –, wählte sie sich als Spezialität den Kupferstich aus. Das war damals schon recht ungewöhnlich und erregte Aufmerksamkeit. Auch bei den Stichen gestaltete sie oft Märchen-szenen, so schon 1922 ein zauberhaftes Däumelchen, aber auch schon düstere Geistergeschichten und Sagen von Zwergen, welche die Menschen plagten, oder dem Topich, der in masurischen Seen Menschen unter Wasser zieht. Ganz eigenständig ist ihre Phantasie der „Wanderdüne“, ein Kupferstich von 1931, der durch das preußische Kultusministerium ausgezeichnet wurde. „Die Schrecken der ‚Wanderdüne‘ versinnlicht sie durch einen den Sandberg herniederjagenden Frauenkopf, vor dessen unentrinnbarem Gespensterblick sich Baum, Tier und Mensch, gleich wehrlos, gleich demütig, neigen und beugen“, so der Kunsthistoriker und Journalist Ludwig Goldstein im „Königsberger Tageblatt“ vom 22. Mai 1932.

1926 beendete Lerbs ihre Studienzeit an der Königsberger Kunstakademie und arbeitete fortan selbstständig. Zuerst bei den Eltern wohnend zog sie 1930 in eine gemeinsame Wohnung in Königsberg mit dem Maler Kurt Bernecker, den sie 1923 auf der Akademie kennengelernt hatte und 1930 heiratete. Etwas später zogen sie in ein Gartenhaus im Außenbezirk der Stadt (Amalienau), wo die Künstlerin wieder ganz naturnah wohnen konnte. Sie hatte viele Aufträge und Ausstellungen.

1935 füllte eine große Ausstellung sieben Säle im Königsberger Schloss mit ih-

ren Grafiken. Man kann nur ahnen, wie viel von ihrem Schaffen verloren gegangen ist. Jedenfalls waren diese Jahre bis zum Kriegsbeginn 1939 wohl die glücklichsten im Leben der Künstlerin, wie sie später selbst schrieb: „Diese Jahre waren nichts als Glücksjahre, berufliche Erfolge drängten sich um uns, wie auch Freunde und Vergnügen. Unser Wirkungsbereich und unsere Einsicht wurden immer größer. Wir stellten etwas dar. Wir waren jemand, den man selbstverständlich achtete.“

Und doch verließ sie das Dunkle nicht. Eine ihrer berühmtesten Arbeiten ist die 1937 entstandene Lithographie „Abschied vom ostpreußischen Bauernhof“, eine Winterszene. Vorn umarmen sich zwei ältere Frauen, ein Mädchen geht mit einem Paket unter dem Arm, ein Mann macht einen Pferdeschlitten zur Abfahrt bereit. Diese Szene wurde später als Vorahnung der Flucht aus Ostpreußen, die ja in der Tat im Winter geschah, gedeutet. Lerbs schrieb in einem Brief im Oktober 1944: „Ich habe viele Jahre hintereinander, als noch gar kein Krieg war, immer nachts geträumt, wir müssten unser Haus und unsere Heimat verlassen. Immer konnte ich von diesem Traum schwer wieder wach werden. Ich wachte mit strömenden Tränen auf ...“ Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte sie Angst vor einem Krieg. „Ich selber war noch so jung und mitten im Erfolg, und es ging mir so gut ... Aber wenn ich anfang nachzudenken, packte mich immer die Angst.“

Erkrankung an Multipler Sklerose

Im Frühjahr 1939 machte sich die Multiple Sklerose (MS) bei Lerbs zum ersten Mal bemerkbar. „Das war kurz vor dem Kriege, als ich gelegentlich merkte, dass ich nicht mehr so gesund war wie früher.“ Die Ärzte waren ratlos. Zunächst konnte mit Erholungsphasen die körperliche Schwäche kuriert werden, aber die Entwicklung ging schleichend voran.

Seit den ersten Bombenangriffen auf Königsberg nach dem Kriegsbeginn mit Russland verließ sie die Angst eigentlich nicht mehr ganz. Die Krankheit nahm unter den Bedingungen des Krieges ihren

Lauf, 1943 musste Lerbs eine Haushaltshilfe haben. Es entspricht ihrer Bedeutung als Künstlerin, die sie damals schon hatte, dass man ihr die Professur für freie Grafik an der Königsberger Kunstakademie 1943, nach dem Weggang von Wilhelm Heise (1892–1965), anbot. Aufgrund ihrer fortgeschrittenen MS konnte sie das Angebot aber nicht mehr annehmen.

Unterbrochen von Krankheitsschüben arbeitete sie jedoch weiter. Ergreifend ist eine der letzten in Königsberg entstandenen Lithographien von 1944: „Rufende in der Stadt“. Eine helle Frauengestalt, sicher eine Art Selbstdarstellung der Künstlerin, drängt sich zwischen zwei dunkel gekleideten Menschen in der ihrer Lauf- richtung entgegengesetzten Richtung durch. Dahinter sieht man ein städtisches Straßenschild mit vielen Menschen auf den Bürgersteigen. Als ob sie als einzige vor der Gefahr fliehen wollte, die alle anderen nicht wahrzunehmen scheinen.

Kriegsende und Flüchtlingselend

Nach einem Kuraufenthalt in Schlesien kehrte Lerbs in das inzwischen schwer zerbombte Königsberg zurück und wurde von ihrem Mann gedrängt, die Stadt Richtung Westen zu verlassen. Im Oktober fuhr sie schließlich zu ihrer Freundin Hertha Drahl, die aus ihrem Haus in Hamburg schon seit Längerem wegen der Bombenangriffe in ein Dorf bei Lüneburg ausgewichen war. Hier in Brietlingen erlebte sie das Kriegsende und auch das Flüchtlingselend, als sie aus dem Haus in eine Feldscheune ausweichen müssen.

Mit der Darstellung der Flüchtlinge in der Scheune beginnt der letzte Abschnitt im Schaffen von Gertrud Lerbs. Sie schildert das Flüchtlingsschicksal und die brutalen Zustände im Elend der ersten Nach-



„Rufende in der Stadt“: Litho von 1944

kriegszeit. Sie schrieb im September 1945: „Jetzt stehen innerlich vor mir die Flüchtlingsströme aus dem Osten, die ich nicht gesehen habe, von deren unendlichem Leid aber der Rundfunk spricht.“

Ihr Ehemann, der zuletzt noch zum Volkssturm eingezogen worden war, konnte sich retten. Mit ihm zusammen begann Lerbs unter den Bedingungen der Wohnungsnot und der schlechten Versorgung in Lüneburg noch einmal ein künstlerisch wirkendes Leben. Allerdings war die fortgeschrittene MS immer wieder ein großes Hemmnis.

Es gelang Lerbs aber wieder, Ausstellungen zu beschicken und publizistische Aufmerksamkeit zu erlangen. Die einzige größere Veröffentlichung über sie, eine Mappe mit 18 Wiedergaben von ihren Lithographien, erschien 1948. Illustrationsaufträge von Zeitungen und Arbeiten für die Hamburger Kunstliebhaber-vereinigung der „Griffelkunst“ beschäftigten sie



„Der Weg ist noch nicht zu Ende“: Lithographie aus dem Jahre 1946

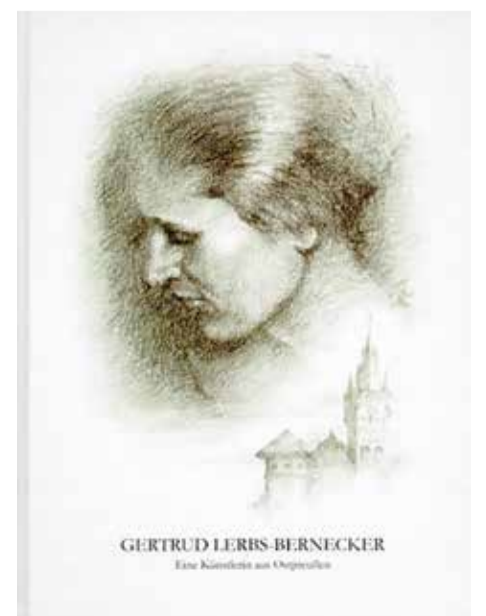
und gaben auch wirtschaftliche Unterstützung. Bernecker begann eine private Kunstschule, wie sie sie in Königsberg auch einige Jahre geführt hatten.

Hatte Lerbs 1946 sogar noch einige Kupferstiche neu schaffen können, so machte sich ihre Krankheit später auch in den Händen bemerkbar. Der Krieg hatte ihr nur einige Druckplatten und eine Mappe mit Drucken, die sie auf ihre Flucht aus Königsberg mitgenommen hatte, übriggelassen. Es kam aber wieder ein eindrucksvolles Werk zustande. Mit enormer darstellerischer Kraft drückt sie in einem Kupferstich von 1946 das unendliche Leid einer hinkniefenden Mutter aus, die einen Aufschrei gen Himmel sendet und ihre beiden toten kleinen Kinder vor sich fasst, während man im Hintergrund eine flüchtende Menschengruppe mit einem schweren Handkarren sieht.

„Der Weg ist noch nicht zu Ende“ heißt eine 1947 entstandene Lithographie, die einen langen, sich durch eine zerstörte Landschaft schlängelnden Zug von elenden menschlichen Gestalten zeigt. An der Spitze des Zuges hält eine Frau eine andere, strauhelnde an den Händen. Ende der 1950er Jahre musste die Künstlerin ihr Schaffen krankheitsbedingt aufgeben. 1963 wurde sie von der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Kulturpreis geehrt.

Ihre letzten Jahre verbrachte Lerbs, an Händen und Füßen fast gelähmt, in einem Lüneburger Heim. Sie starb am 6. Mai 1968.

● Eine Künstlermonografie ist über Gertrud Lerbs noch nicht erschienen. Eine wertvolle Dokumentation verfasste Peter Drahl, der aus der privaten Verbindung der Familien sehr viele Unterlagen zur Künstlerin besaß und immerhin 102 Arbeiten abbildete.



Peter Drahl: „Gertrud Lerbs-Bernecker. Eine Künstlerin aus Ostpreußen“, Wald-dörfer Kunstverlag, Hamburg 2003.

MAX ZIMMERING

Schriftsteller, Journalist und DDR-Funktionär

Der Verfasser des Textes des „Marsches der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ starb vor einem halben Jahrhundert in Dresden

VON MARTIN STOLZENAU

Max Zimmering stammte aus Sachsen, erlangte nach ersten Erfahrungen als linker Autor sowie der Rückkehr aus dem Exil während der NS-Zeit in der DDR als Erzähler, Lyriker und Kinderbuchautor größere Bekanntheit. Seine Gedichte wurden in den Schulbüchern abgedruckt, gehörten zur Pflichtlektüre der Schüler und wurden bei Feierstunden rezipiert. Seine Kinderbücher waren von prägender Bedeutung für die Nachkriegsentwicklung dieses Genres. Er thematisierte Dresdens Untergang und teilweisen Wiederaufbau. Für sein Wirken erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. Die diesbezügliche Palette reicht vom Heinrich-Mann-Preis über den Heinrich-Heine- und den Kunstpreis der DDR bis zum Nationalpreis. Mit seinem hinterlassenen literarischen Werk erreichte der Schriftsteller über seinen Tod vor 50 Jahren hinaus trotz vieler Einschränkungen nach der friedlichen Revolution bei vielen Lesern eine anhaltende Wirkung.

Seine Kinderbücher waren beliebt

Zimmering wurde am 16. November 1909 in Pirna geboren. Seine Eltern stammten aus Horodenka in Galizien. Er war der Sohn eines Uhrmachers, war mit der bekannten Künstlerin Lea Grundig verwandt und wuchs ab dem fünften Lebensjahr bei einem Onkel in Dresden auf. Dort besuchte er auch die Volksschule. Es folgten das Gymnasium in Wettin und die Oberrealschule in Dresden-Johannstadt.

Er war bereits als Schüler in verschiedenen jüdischen und linken Jugendorganisationen aktiv und veröffentlichte als Primaner in der Arbeiterpresse Gedichte, Kurzprosa sowie Glossen. Zimmering wurde 1928 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) und war deshalb Maßregelungen bis hin zur angedrohten Relegation ausgesetzt. Nach dem Abitur in Dresden begann er bei Fortsetzung seiner publizistischen Aktivitäten und Tätigkeit als Agitpropagandist des KJVD in Dresden eine Dekorationslehre. Zimmering schrieb vor

dem Hintergrund der ausufernden Weltwirtschaftskrise und des Erstarkens der Nationalsozialisten radikal sozialistisch.

Er trat der KPD bei und wurde Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands. Als er 1932 arbeitslos wurde, blieb ihm die Mitarbeiter in linken Blättern. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten arbeitete er in Dresden illegal weiter, bis ihm der Boden zu heiß wurde.

Mitte 1933 flüchtete er vor dem Zugriff der neuen Machthaber ins Exil nach Paris. Es folgten verschiedene Exilstationen. Nach einem Aufenthalt in Palästina und Mitarbeit in linken Blättern in Prag flüchtete er vor den Auswirkungen des Münchner Abkommens nach England. Von dort aus unternahm er nach der Internierung als Deutscher wegen des Zweiten Weltkrieges eine „Unfreiwillige Weltreise“, die ihn bis nach Australien führte. Diese Er-

lebnisse verarbeitete der Schriftsteller später im gleichnamigen Buch.

Nach seiner Rückkehr nach Großbritannien erreichten der Autorenverband PEN und linke Parlamentsabgeordnete seine Entlassung aus der Internierung. Zimmering arbeitete danach bei linken Zeitschriften mit, war aktiv in der Londoner Emigrationsgruppe der KPD tätig und engagierte sich im PEN-Club. In London erlebte er das Ende von Krieg und NS-

Herrschaft. 1946 gelang dem gebürtigen Sachsen auf Vermittlung von Egon Erwin Kisch die Heimkehr ins zerstörte Dresden. Durch den Anblick der Trümmerlandschaft fühlte er sich in seiner linken Haltung mit der Forderung: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ bestätigt.

Er thematisierte Dresdens Schicksal

Vom ersten Tag an engagierte sich Zimmering beim Aufbau des Sozialismus in seiner Heimat. Er wurde Mitglied der SED, fungierte als Mitglied des Landtages sowie dann des Bezirkstages in Dresden, übernahm den Vorsitz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Sachsen und wurde zum Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes im Bezirk Dresden gewählt. Zwischendurch gab es Veröffentlichungen. Das reichte von „Buttje Pieter und sein Held“ über die lange unveröffentlichte Fassung von „Die Jagd nach dem Stiefel“ und „Phosphor und Flieder“, einem Roman über die Zerstörung und den teilweisen Wiederaufbau Dresdens, bis zu dem schlichten Gedichtband „Seht, wie uns die Sonne lacht“.

Ab 1950 war er mit seiner langjährigen Lebensgefährtin Zora Weil verheiratet. 1956 wurde der Sachse zum Ersten Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes der DDR gewählt. Zwei Jahre später beriefen ihn die staatlichen Organe zum Direktor des Leipziger Literaturinstitutes „Johannes R. Becher“. Dort erfuhr der Schriftstellernachwuchs der DDR unter seiner Regie Anleitung. Parallel gab es von ihm weitere Veröffentlichungen.

Ab 1964 lebte das Mitglied des PEN-Zentrums der DDR wieder in Dresden als freischaffender Schriftsteller. Er erhielt weitere Ehrungen wie den Nationalpreis und die Ehrenbürgerschaft von Pirna. Doch blieben ihm nur noch wenige Jahre für die schriftstellerische Arbeit. Zimmering starb mit 63 Jahren am 15. September 1973 in der Elbmétropole und fand auf dem Heidefriedhof seine letzte Ruhe. Er hinterließ neben seinem literarischen Lebenswerk eine Tochter, Guliko Zimmering. Der Schauspieler Ron Zimmering ist sein Enkel. Nach seinem Tod erschienen noch zwei Gedichtbände von ihm.



Staatstreuer DDR-Schriftsteller: Max Zimmering in einer Aufnahme aus den 1950er Jahren

Foto: pa

JAN VOGELER

Philosoph, Professor und Sohn berühmter Eltern

Das vor 100 Jahren geborene Kind eines Deutschen und einer Polin lebte in Deutschland wie in Russland samt Staatsangehörigkeit

Jan Vogeler hatte berühmte Eltern, wurde in Moskau geboren, fungierte als Übersetzer von Josef Stalin und arbeitete an der Front mit Markus Wolf als Dolmetscher. Er studierte nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Ehefrau von Michail Gorbatschow, Raissa Gorbatschowa geborene Titarenko, Philosophie, machte in Moskau eine Universitätskarriere und entdeckte im Alter für sich die einstige Wirkungsstätte seines Vaters, Worpsswede in Nordwestdeutschland, als Refugium. Der Künstlersohn und Philosoph war zuletzt ein gefragter Gesprächspartner. Wenn er im Alter aus seinem turbulenten Leben erzählte, war das für die Zuhörer erlebte Geschichte mit vielen Möglichkeiten, Zwängen, Erfahrungen und Irrtümern.

Vogeler wurde vor 100 Jahren, am 9. Oktober 1923, unehelich im Moskauer Kreml geboren. Sein Vater war der deutsche Maler, Graphiker, Architekt, Designer, Pädagoge, Schriftsteller und Sozialist Heinrich Vogeler, ein linker Hauptrepräsentant der Worpssweder Malerkolonie,

der sich von den Neuerungen im Osten mit eigenen Augen überzeugen wollte und deshalb unter schwierigen Umständen nach Moskau gereist war. Seine Mutter war die polnische Schriftstellerin, Übersetzerin, Journalistin und Aktivistin der Arbeiterbewegung Sonja Marchlewska, die Tochter des kommunistischen polnischen Arbeiterführers und Lenin-Vertrauten Julian Marchlewski. Das sorgte für die Aufnahme im Kreml.

1924 wechselten die Eltern mit dem Jungen nach Berlin. Dort erreichte der Vater die Scheidung von seiner ersten Ehefrau, Martha Vogeler geborene Schröder, und heiratete 1926 Jan Voglers Mutter. Die Familie bezog 1927 eine Wohnung in der neuen, von dem Vertreter des Neuen Bauens Bruno Taut erbauten Hufeisensiedlung in Berlin-Britz. Jan besuchte die Volksschule, wurde deutsch erzogen und erlebte die wachsenden Spannungen Ende der Weimarer Republik hautnah.

Seine Eltern waren im sozialistischen Lager politisch aktiv. Noch vor der

„Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1931 zogen sie zurück nach Moskau.

Während der Vater 1932 die Leitung der Propagandaabteilung in Taschkent übernahm, zogen Mutter und Sohn zur Großmutter mütterlicherseits in einem Funktionärskomplex am Moskauer Kreml. Der Junge besuchte erst die Karl-Liebknecht-Schule und anschließend eine russischsprachige Oberschule, wurde sowjetischer Staatsbürger und Mitglied der KPdSU. Er dolmetschte für Stalin, wurde nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges in die Rote Armee eingezogen, die ihn als Dolmetscher einsetzte und gründete mit anderen 1943 das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD), dessen Frontbevollmächtigte er betreute. Dabei kam es zur Zusammenarbeit mit dem jungen Markus Wolf, dem späteren Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, des Auslandsnachrichtendienstes des Ministeriums für Staatssicherheit. 1942 starb sein Vater nach dessen Verschleppung in einem sowjetischen Lager in Kasachstan.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs holte Vogeler sein Abitur nach und studierte anschließend an der Lomonossow-Universität in Moskau Philosophie und Geschichte der Philosophie. Seine Promotionsschrift von 1952 beschäftigte sich mit Martin Heideggers „Sein und Zeit“. Es folgte die Habilitation mit einer Arbeit über Herbert Marcuse und die Frankfurter Schule. Er bekam eine Professur für deutsche und marxistische Philosophie an seiner Alma Mater und hatte Gastprofessuren in Wien und Leipzig.

Zwischendurch dolmetschte Vogeler für die Kremlelite auf Reisen in deutschsprachige Länder. Die berühmte Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU übersetzte er simultan. Vor und während der friedlichen Revolution im sowjetischen Machtbereich begann dann allerdings auch bei ihm ein politisches Umdenken.

Nach seiner Emeritierung 1990 hielt er in vielen Ländern Gastvorlesungen. Nach dem Ende der Sowjetunion, deren

Staatsbürgerschaft er 1937 angenommen hatte, erreichte Vogeler über die deutsche Botschaft in Moskau die Wiederverleihung der deutschen Staatsangehörigkeit. In München übernahm er einen Lehrstuhl. Vogeler galt als Sensation an der Universität. Seine große Sachkenntnis, Erlebnistiefe und Ehrlichkeit machten einen tiefen Eindruck auf die Studenten.

Nach einem Intermezzo am Starnberger See lebte Vogeler ab 2001 in Worpsswede, wo ihn die Nachkommen seines Vaters aus der ersten Ehe mit Martha Vogeler wie ein Familienmitglied begrüßten. Seine Ehefrau Sonja und deren einziges Kind, die noch vor ihrem Vater im Jahre 2004 verstorbene Tochter Natascha, blieben in Moskau.

Vogeler wandelte fortan auf den Worpssweder Spuren seines Vaters, war auf Ausstellungen Stargast und bedauerte sein eigenes malerisches Unvermögen. Zuletzt lebte er in einer kleinen Worpssweder Zweizimmerwohnung, wo er am 23. Januar 2005 starb. M.S.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Kolumbiens neue linksgerichtete Regierung unter Präsident Gustavo Petro hat sich dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, Frieden und gegen den Klimawandel verschrieben. Beim Schutz des Amazonas will das Land eine Vorreiterrolle übernehmen. „Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keinen sozialen Frieden“, sagte Petro am 22. Oktober vergangenen Jahres vor der UN-Vollversammlung. Den Frieden in seinem Land sieht er untrennbar verknüpft mit dem Koka in. Durch die Verdammung des Koka, die heilige Pflanze der Inka, werde die Gewalt im Regenwald angeheizt, erklärte er.

Schuld am weltweiten Drogenkonsum seien nicht die Kokabauern im Amazonasgebiet, sondern es sei die Lebensweise der Menschen in den reichen Industrienationen, die nach Rohstoffen, Soja für die Fleischproduktion und Drogen für die Bewältigung von Leere und Einsamkeit riefen. Hierin liege die Ursache für die Abholzung des Regenwaldes. Er forderte die Weltgemeinschaft auf, den „heuchlerischen Kampf gegen die Drogen“ zu beenden.

In den Medien Kolumbiens ist das Schlagwort „ökologische Transformation“ jetzt allgegenwärtig. Auf der Agenda der Regierung steht neben einem stark forcieren Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien die Förderung lokaler Entwicklungsprozesse. Sozial benachteiligte und vom internen bewaffneten Konflikt besonders betroffene Bevölkerungsgruppen, vor allem indigene und afrokolumbianische Fischer und Kleinbauern, sollen besonders unterstützt werden. Eigentlich.

Volk der Wayúu hat das Nachsehen

Doch bedeutet die Preisgabe des indigenen Volkes der Wayúu im Norden Kolumbiens zur Erfüllung der „Klimaziele“ des Landes erneut einen Verrat ausgerechnet an den Schwächsten der Bevölkerung. Die Wayúu leben verstreut in kleinen Gemeinschaften auf der windreichen Halbinsel La Guajira an der Karibikküste Kolumbiens. Es ist der nördlichste Punkt des südamerikanischen Festlands. Ein schmaler Streifen im Süden gehört zu Venezuela.

La Guajira im gleichnamigen Departamento wurde bereits von der Vorgängerregierung dazu ausersehen, das „Epizentrum der Energietransformation“ Kolumbiens zu werden, obwohl sich hier ein Brennpunkt des Drogenhandels nach Venezuela und in die Karibik befindet. Der im Juni 2022 gewählte Präsident Petro hatte sich im Wahlkampf an die Spitze der Energiewende-Propaganda gestellt. Er versprach, Kolumbien nach seiner Wahl von der „extraktiven“, auf fossilen Energien basierenden Wirtschaft auf „erneuerbare Energien“ umzustellen.

Unter seiner Regierung wurde die Anzahl der für La Guajira vorgesehenen Windpark-Projekte stark aufgestockt, ungeachtet der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen, ökologischen Katastrophen und mikroklimatischen Veränderungen. Das britische Internetportal „openDemocracy“ bezeichnet das Vorgehen der Energieunternehmen im Einklang mit der Regierung als Umwelt-rassismus reinsten Wassers.

Schwerwiegende Folgen

In der kargen und trockenen, teils wüstenähnlichen Landschaft von La Guajira leben die Wayúu in äußerster Armut von der Landwirtschaft und vom Kunsthandwerk. Das Trinkwasser ist knapp und kostbar. Weiter südlich bei Barrancas im Reservat Provincial sind die Gemeinden der Wayúu und Afrokolumbianer von den Auswirkungen des riesigen Steinkohleabbaus betroffen, den das Bergbauunternehmen Cerrejón seit 30 Jahren betreibt. Lärm durch den Kohleabbau, Feinstaubemissionen und eine hohe Quecksilberbelastung haben schwerwiegende Folgen für die Gesundheit der Menschen, insbe-



Von vielen Seiten bedroht: Das Volk der Wayúu, hier beim Pferderennen auf einem Volksfest des indigenen Volkes in Uribia

Foto: imago/stock&people

ÖKO-RASSISMUS

In den Fängen von Gier, Drogen und der „grünen Transformation“

Kolumbiens seit 2022 amtierender linker Präsident Gustavo Petro hat sich in rasanter Geschwindigkeit entzaubert – Ein indigenes Volk gerät in die Mühlen skrupelloser Konzerne

sondere der Kinder, und für die Umwelt. Im Zuge des geplanten massiven Windkraft-Ausbaus werden die Wayúu erneut Opfer rücksichtsloser Energiekonzerne. Am Cabo de la Vela im Nordwesten der Guajira-Halbinsel begann Ende 2021 der Bau des Windparks Guajira 1 des staatlichen Energiekonzerns Isagene direkt neben dem 2004 errichteten Jepíachi-Windpark des Konzerns Empresas Públicas de Medellín (EPM). An den Türmen der ausgedienten Windräder klebt noch das ausgelaufene schwarze Öl. Die Windräder lieferte der Anlagenbauer Vestas.

Ein rechtsfreier Raum

Statt der ursprünglich geplanten 16 Windparks in La Guajira bis 2030 plant die neue Regierung den Bau von 31 Windparks schon in den nächsten drei Jahren. Bis 2034 sollen 40 Windparks mit einer Leistung von mehr als 8000 Megawatt (MW) errichtet sein, was mehr als 40 Prozent der jetzt in Kolumbien installierten Kapazität entspräche. Die Landschaft wird sich aller Voraussicht nach schon in den kommenden Jahren durch Windräder, so weit das Auge reicht, verändert haben. Touristen, die ein wenig zum Einkommen der Wayúu beigetragen haben, werden ausbleiben. Einige Verträge mit indigenen Gemeinschaften sollen bereits geschlossen sein, was nicht anders als mit Hilfe der Verlockungen des Geldes denkbar ist.

Die angestammten Siedlungsgebiete der Wayúu sind wesentlich mit ihrer Identität verknüpft. Ihre Territorien sind per Gesetzeslage „unveränderlich und unveräußerlich“ und können auch nicht verpachtet werden. Die Projektentwickler der Windparks müssen sich zudem mit den spirituellen Traditionen der Wayúu auseinandersetzen. Der Wind und das Land mit den Gräbern ihrer Ahnen sind für sie von existentieller Bedeutung. Sie glauben an die Rache der Ahnen für die Zerstörung ihrer Gräber. Es geht für die Wayúu und andere indigene Gruppen

aber um mehr als um die Verluste der Traditionen. Wenn die Ökosysteme ihrer Siedlungsgebiete durch die Windräder geschädigt werden und der Regen aufgrund der veränderten Windverhältnisse wegen der Windparks ausbleibt, was zu erwarten ist, wäre die Auslöschung dieser Volksgruppen in La Guajira besiegelt.

Kenner des Landes bezeichnen das Grenzgebiet zu Venezuela und die Küstenregion wegen der dort operierenden kriminellen Banden als rechtsfreien Raum. Bei seinem Amtsantritt im Juni 2022 hatte der Ex-Guerillero Petro angekündigt, den Dialog mit allen bewaffneten Gruppen zu suchen und das Land zu befrieden. Die Vernichtung von Kokafeldern wurde eingestellt. Doch die rivalisierenden neuen und alten Guerilla- und paramilitärischen Gruppen gehören zur Drogenmafia, die sich reorganisiert hat. Noch nie wurden in Kolumbien so viele Drogen produziert wie gegenwärtig. Darunter leidet die ländliche Bevölkerung, während die Akteure der Windenergie zunehmend einem Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind.

Geld von der Mafia für Petro?

Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Präsidentensohn Nicolás Petro verhaftet. Ihm werden Geldwäsche und persönliche Bereicherung an den Wahlkampfspenden seines Vaters vorgeworfen. Laut der Aussage des Sohnes ist Gustavo Petros Wahlkampf teilweise mit Geld der Drogenmafia und eines umstrittenen Unternehmers finanziert worden.

Während des Wahlkampfs hatte Petro die Korruption der rechten Eliten des Landes angeprangert. Ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist seine Glaubwürdigkeit durch diese und vorangegangene politische Affären bereits beschädigt. Während zurzeit ein Waffenstillstand des Staates mit der ELN-Guerilla eingeleitet wird, könnte es zur Anklage des Präsidenten kommen. Die möglichen Konsequenzen wären gravierend. Die

von in- und ausländischen Medien gepriesene „ökologische Transformation“ Kolumbiens in eine sogenannte „klimaneutrale Zukunft“ könnte ins Stocken geraten. Investoren aus dem Ausland könnten sich zurückziehen.

Empfehlung zur Korruption

Möglicherweise ist der Rückzug von Italiens größtem Energieversorger Enel schon der Auftakt dieser Entwicklung. Im Mai hat Enel den Bau eines Windparks auf der Halbinsel La Guajira an der Grenze zu Venezuela aufgrund des anhaltenden Widerstands zweier Wayúu-Gemeinden auf unbestimmter Zeit ausgesetzt. Vorgesehen war, 1001 Gigawattstunden (GWh) Strom jährlich für die Versorgung von 500.000 Haushalten zu produzieren. Fast zeitgleich bestellte der kolumbianische Stromversorger Cesia Colombia 63 Windräder für drei Projekte beim deutschen Windkraftbauer Nordex. Das Unternehmen hat schon in Mexiko bewiesen, dass es die Konfrontation mit indigenen Einwohnern nicht scheut.

Aufgrund der sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Windparkprojekte schaltete sich Ende Dezember 2022 das Stockholm Environment Institute (SEI) mit einem weit-schweifigen Artikel ein. Darin wird der „viel beachtete Transformationsprozess“ gelobt, in dem sich Kolumbien befindet. Zugleich wird Verständnis für die Traditionen der Ureinwohner geäußert.

Die Lobbyorganisation bezeichnet sich als internationales Forschungsinstitut für Umweltfragen, das „Analysen für Entscheidungsträger“ erstellt. Im vorliegenden Fall wird den Vorhabenträgern geraten, die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zu suchen, der im Gegensatz zum öffentlichen Sektor „über Wissen, Erfahrung und Präsenz vor Ort verfüge“ – und sich mit Korruption gut auskennt (?). Ferner werden weiche Maßnahmen vorgeschlagen, um den Bau der Windparks durchzusetzen. Wichtig sei es,

Kontakt zu den zahlreichen Autoritäten der Gemeinschaften aufzunehmen. Zwischen den Zeilen steht die Botschaft, dass Menschen bestechlich sind, wenn man ihnen im persönlichen Gespräch ein gutes Angebot macht.

Das SEI wurde im Oktober 1989 von der schwedischen Regierung gegründet, um nach eigener Darstellung „die Entscheidungsfindung zugunsten eines Umbaus zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit“ zu fördern sowie „Politik und Wissenschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammenzubringen“. Um die Gehälter der 140 Mitarbeiter zu bezahlen, sind Großspenden privater Interessenten mutmaßlich aus den USA wie in ähnlich gelagerten Fällen unerlässlich. Darüber ist jedoch nichts Genaues bekannt. Die Höhe der staatlichen Zuwendungen an SEI veröffentlichte das Internetportal „dailyseptic“.

Gewalt und Ungerechtigkeit

Danach wurden 2020 aus Schweden umgerechnet rund elf Millionen Britische Pfund, aus Norwegen 1,5 Millionen und aus Großbritannien 326.000 an das SEI überwiesen. SEI-Direktor Lennart Bage, ehemals Co-Chair des UN Green Climate Fund (GCF), erklärte 2019, er würde jährlich 100 Milliarden US-Dollar benötigen, um die „Geldverschwendung“ des grünen Sektors („green boondoggles“) in aller Welt zu finanzieren. Laut dem Oxford Dictionary of American Political Slang bedeutet „boondoggle“ „teures, nutzloses Projekt“.

Damit hat der notorische Geldverschwender durchblicken lassen, dass er die Profiteure der Industrien mit der Falschbezeichnung „grüne Technologien“ großzügig unterstützt. Industrien, die Gier, Gewalt und Ungerechtigkeit schüren und, was immer noch nicht zum Allgemeinwissen gehört, mit ihren unzähligen raumgreifenden Wind- und Solarstromfabriken das Wetter lokal bis regional verändern.

ALLENSTEIN

Per Straßenbahn in die Schlafbezirke

Teilstrecke soll im Oktober eröffnet werden – es kann jedoch zu Verzögerungen kommen

VON DAWID KAZANSKI

Der Abschlusstermin für den Bau der neuen Straßenbahnstrecke zwischen der Siedlung Pieczewo und dem Zentrum von Allenstein wurde auf den 16. Oktober festgesetzt. In der Zwischenzeit legte die Stadtverwaltung sogenannte Meilensteine fest, um die Arbeiten im Auge zu behalten. Unter anderem wurde vereinbart, dass die Straßen- und Gleisanlage an der Endstation in Pieczewo sowie die Zufahrt zur Wilczyńskiego-Straße bis zum Ende der Sommerferien fertiggestellt sein sollen.

Mitte August beschloss der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz, sich mit dem Bauunternehmer zu treffen, um den Fortgang der Arbeiten zu besprechen. Bevor er sich jedoch zu Gesprächen mit Vertretern des Bauunternehmens Polimex traf, ging er persönlich die Strecke des Bauabschnitts ab und dokumentierte den Fortgang der Arbeiten in knapp 500 Fotos. Grzymowicz erklärte daraufhin, dass die Situation auf der Baustelle für die neue Straßenbahnstrecke nicht zufriedenstellend sei und man mit einer einmonatigen Verzögerung rechnen müsse.

Zeitplan verschiebt sich

In Gesprächen mit dem Bauunternehmer machten Vertreter des Rathauses auf die Mängel aufmerksam und wiesen ihn auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiten zu beschleunigen. Derzeit werden Reparaturen an einem Teil der Bahnsteige in der Nähe des Planetariums und in der Nähe des Kreisverkehrs an der Kreuzung der Wilczyńskiego- und Krasickiego-Straße durchgeführt. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass sich der Bau der zweiten Etappe des Straßenbahnnetzes in Allenstein noch um einige Monate verzögern könnte.

Der Stadtpräsident geht derweil immer noch davon aus, dass die wichtigsten Arbeiten am 16. Oktober abgeschlossen sein werden. Danach müssten nur noch die Landschaftsbauarbeiten ausgeführt werden. „Es kann sein, dass eine Lärm-



Hier soll bald eine Straßenbahn verkehren: Bau einer Brücke in Allenstein

Foto: D.K.

schutzwand in der Synów-Pulku-Straße nicht vollendet wird. Die gesamte Bepflanzung, die Bürgersteige, die Radwege – ich gehe davon aus, dass das meiste davon fertig sein wird, aber leider kann es in dieser Hinsicht zu einigen Verzögerungen kommen“, sagte Grzymowicz in einem Interview mit den lokalen Medien und fügte hinzu, dass der Probetrieb der Straßenbahnen ab dem 16. Oktober aufgenommen werden könne.

Es habe sich jedoch herausgestellt, dass das Bauunternehmen nicht sicher sei, ob die Straßenbahnen tatsächlich am 16. Oktober mit dem Testbetrieb auf der neuen Strecke beginnen könnten. Das Problem sei nicht die Strecke selbst, sondern bestimmte Abschnitte des Oberleitungsnetzes, die von den Konstruktionsänderungen betroffen sind. Die Stadträte erinnerten daran, dass Allenstein einen

EU-Zuschuss für den Bau der neuen Strecke erhalten hatte, der spätestens bis zum Jahresende abgerechnet werden muss. Aus diesem Grund müssten alle Anstrengungen unternommen werden, damit der Ausbau des Straßenbahnnetzes bis spätestens Dezember abgeschlossen ist. Es sei beruhigend zu wissen, dass der Bau der Straßenbahnüberführung, der aufgrund der komplexen Arbeiten und der Umgestaltung des Geländes eine große Herausforderung darstelle, kurz vor dem Abschluss stehe.

Großzügiger EU-Zuschuss

Die Bauleute sind dabei, das Gleisbett zu verlegen. In einigen Monaten wird die Straßenbahn in einer Höhe von etwa fünf Metern über der Straße verkehren. Die Überführung ist mehr als 270 Meter lang und acht Meter breit. Die Konstruktion

besteht aus speziell isolierten Elementen, um die von den vorbeifahrenden Schienenfahrzeugen verursachten Schwingungen zu neutralisieren.

Es sei daran erinnert, dass sich die Stadt Ende letzten Jahres mit dem Auftragnehmer über die Wertsicherung des Auftrags geeinigt hatte. Die Parteien vereinbarten, dass der Höchstbetrag, um den sich der Vertrag erhöhen kann, etwa elf Millionen Euro betragen darf. Der Vertrag für den Ausbau des Straßenbahnnetzes wurde im Juni 2021 unterzeichnet. Die Investition wurde ursprünglich auf über 88 Millionen veranschlagt, wovon rund 75 Millionen ein Zuschuss der Europäischen Union sind. Die mehr als sechs Kilometer lange Strecke soll die Anbindung der südlichen Stadtteile verbessern, die als Schlafviertel von Allenstein bezeichnet werden.

● MELDUNGEN

Brunnen rekonstruiert

Elbing – Bis Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in Elbing im Rosengarten den Puttenbrunnen. Nach dem Krieg wurde er entfernt, jahrelang fehlte jede Spur von ihm. Bei der Renovierung des denkmalgeschützten, in den 1930er Jahren angelegten Rosengartens, heute „Kajka-Park“ nach dem Dichter Michał Kajka, ist eine Rekonstruktion entstanden. Der neue Brunnen hat ähnliche Ziegel wie der alte und ein identisches Becken. Neu sind eine Überwachung, eine Beleuchtung und Windfühler, die den Wasserstrom steuern. Die Rückkehr des Brunnens erfolgte auf Initiative der Einwohner Elbings, die sich im Rahmen des „Bürgerbudgets“, bei dem ein Teil des städtischen Haushalts per Abstimmung an bestimmte Projekte verteilt wird, dafür ausgesprochen hatten. Gesucht wird noch die Engelchen-Skulptur der Elbinger Bildhauerin Erna Becker-Kahns, die dem Brunnen seinen Namen verliehen hat. Sie soll erhalten geblieben und nach dem Krieg aus dem Park entfernt worden sein. U.H.

Landkreis mit neuem Partner

Altenstein – Im Juli wurde eine polnisch-ukrainische Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Erziehung, Gesundheitsschutz, Sport und Tourismus vereinbart. Auf polnischer Seite unterzeichnete Landrat Andrzej Abako für den Landkreis Allenstein, auf ukrainischer Seite Vasyl Tymoshchuk, Vorsitzenden des Rates des Rajons Riwne. Letzterer liegt in der gleichnamigen Oblast im Nordwesten der Ukraine, die im Norden an Weißrussland grenzt und mit der Woiwodschaft Ermland-Masuren seit 20 Jahren kooperiert. Der Rajon Riwne sucht auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, worüber ein Einstieg in den Prozess der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Union möglich wird. U.H.

RAUSCHEN

Der „Sonnenuhr“ droht die Zerstörung

Seit 1974 ein Anziehungspunkt am Strand – Promenadenneubau macht die vorübergehende Entfernung des Tierkreises notwendig

In diesem Sommer hat das Königsberger Gebiet einen noch nie dagewesenen Zustrom von Touristen erlebt. Die Strände an der Küste waren überfüllt, zumal einer der Strände in Rauschen wegen des groß angelegten Baus einer neuen Promenade fast vollständig geschlossen war. Die Hälfte der Strandpromenade sowie die meisten Zugänge zum Meer waren gesperrt. Das gesamte Küstengebiet hat sich in eine große Baustelle verwandelt, die sich über Jahre hinziehen kann.

Die Bauarbeiten haben nicht nur den Zustand der Strände beeinträchtigt, sondern sie gefährden auch den Fortbestand eines der bekanntesten Symbole der Region – den aus Mosaiken zusammengefügt Tierkreis der bekannten Sonnenuhr. Aufgrund ihrer einzigartigen Genauigkeit und Größe wurde diese in das Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen. Sogar in die Liste der denkmalgeschützten Objekte des

regionalen Kulturerbes hielt die Sonnenuhr bereits Einzug.

Das Mosaik wurde 1974 von einer kreativen Gruppe um den Bildhauer Nikolaj



Keine Spur mehr von der einstigen Pracht: Sonnenuhr in Rauschen

Foto: J.T.

Frolow geschaffen. Die Sonnenuhr wurde in der römischen Mosaiktechnik hergestellt. Das Ziffernblatt der Uhr trägt die Abbildungen der zwölf Sternbilder. Neben dem „Zodiak“ (Tierkreis) hat Frolow in Rauschen auch die Skulptur „Meeressymphonie“ und ein Basrelief einer Sonnenuhr am Wasserturm im Zentrum des Kurorts geschaffen. Ein weiteres Mosaik befand sich an der Wand des Bahnhofs Svetlogorsk-2. Doch als das alte Gebäude durch einen Neubau ersetzt wurde, ging das Mosaik unwiederbringlich verloren. Es wird befürchtet, dass die Sonnenuhr das gleiche Schicksal ereilen könnte.

Die Sonnenuhr soll bis Oktober 2024 repariert sein, doch Fachleute sagen, dass die Balken unter den Mosaiken und die Platte, auf der sie liegen, Risse aufweist. Es sei unmöglich, eine neue Promenade zu bauen, ohne die Mosaiken zu entfernen. Die Arbeiten sollen in mehreren Etappen

erfolgen. Zunächst werden die Mosaikplatte, der Gnomon (ein vertikaler Stab, dessen Schatten die Zeit auf der Sonnenuhr bestimmt) und die Kugel in die Werkstatt gebracht. Alle Elemente werden gereinigt und beschädigte Teile des Mosaiks ersetzt.

Das Denkmal wird erst wieder an seinen Platz zurückkehren, wenn der Bau einer neuen Promenade abgeschlossen ist. Es ist schwer zu sagen, wann dies der Fall sein wird. Frolow selbst kommentierte die Entscheidung, das Mosaik abzubauen: „Ein Mosaik ist immer mit dem Untergrund verbunden, auf dem es liegt. Es ist kein Gemälde, das man in die Hand nehmen und übertragen kann. Es ist ein sehr komplexes Element, das sich aus Tausenden von kleinen Elementen zusammensetzt. Ich kann mir keine dümmere und törichtere Lösung vorstellen, als sie zu verschieben. So etwas wird von Leuten vorgeschlagen, die keine Ahnung haben.“ Jurij Tschernmyschew

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Landesdelegiertentagung Stuttgart – Sonnabend, 16. September, 10 bis etwa 12.30 Uhr, Haus der Heimat: Landesdelegiertentagung.

Landeskulturtagung Stuttgart – Sonnabend, 16. September, 14.30 Uhr, Haus der Heimat: Landeskulturtagung mit Vorträgen.

Landesfrauentagung Stuttgart – Sonntag, 17. September, 9.30 Uhr, Haus der Heimat: Landesfrauentagung, ab 11 Uhr, Mahnmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung, Kurpark am Kurssaal: Kranzniederlegung.

Tag der Heimat Stuttgart – Sonntag, 17. September, 14 Uhr, Liederhalle, Hegelsaal: Tag der Heimat.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Deutscher Orden Nürnberg – Dienstag, 26. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1: Der Deutsche Orden und seine Anfänge.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Ausstellung Bremen – Bis Sonnabend, 30. September, montags bis sonnabends, 11 bis 18 Uhr, WeserArt Galerie im Weserpark, Hans-Bredow-Straße 19: Ausstellung „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“. Vertreter der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V. sind während der Dauer der Ausstellung jeweils mittwochs von 11 bis 18 Uhr am Infotisch in der Ausstellung anwesend.

Begleitvortrag Bremen – Donnerstag, 28. September, 18 Uhr, Wall-Saal, Zentralbibliothek Bremen, Am Wall 201: Dr. Michael Leiserowitz „Vom Auftrag, ein jüdisches Museum in Kaliningrad/Königsberg einzurichten“.

Neue Patenschaft Bremerhaven – Sonnabend, 30. September, Haus am Blink: Fortsetzung der Elbinger Treffen.

Im Land Bremen gibt es nur eine kommunale ostdeutsche Patenschaft, die von Bremerhaven zu Stadt und Kreis Elbing. Nachdem der Elbinger Heimatkreisvertreter Günther Kuhn seinen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen angekündigt hatte, überlegte der Vorstand der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V., was nun zu tun sei, besuchten das letzte Treffen doch 82 Personen, eine Zahl, die für die Zukunft Hoffnung macht. Die Elbingerin Ingeborg Rebischke aus Oldenburg wird die Treffen mit Unterstützung Kuhns und der Bremer Landesgruppe fortführen.



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Tag der Heimat Hamburg – Sonnabend, 16. September, 14.30 Uhr (Einlass), Bach-Saal Gemeindehaus St. Michaelis, Krayenkamp 4: Tag der Heimat, veranstaltet vom Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V.



Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Bericht Darmstadt/Dieburg – Als Freunde und Mitglieder der hessischen Landsmannschaften der LOW begrüßte Gerlinde Groß, Vorsitzende der LOW Frankfurt, die Gäste am 22. August zur LOW Kreisgruppe Frankfurt, sprach das Grußwort und verlas die feierliche Erklärung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950. Eine kleine Diskussion wurde auch geführt bei gutem „Plumekoke mit Schmand“. *Christian Keller*

Louis Spohr Kassel – Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-Talstraße 140: „Als Louis Spohr Napoleon sehen wollte“. Anekdotisches aus dem Leben des großen Kasseler Komponisten. Autor Jürgen Pasche trägt aus seiner Schreibwerkstatt vor.

Filmvortrag Wetzlar – Dienstag, 19. September, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, Telefon (06441) 45439: „Der Segen vom Altenberg“, Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen Anklam – Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Landestreffen.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung Lüneburg – Sonnabend, 30. September, 11 bis 16 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38: Jahreshauptversammlung. Diese Einladung erfolgt gemäß Paragraph 8 der Satzung der LO-Gruppe Niedersachsen. Anmeldung bis zum 22. September erbeten. Gäste sind willkommen!

Wir freuen uns über die Teilnahme des Hausherrn, Museumsdirektor Dr. Mähner, der uns über die Arbeit und die zukunftsgerichteten Aktivitäten des Ostpreußischen Landesmuseums, insbesondere über den Kantbau, informieren wird.

Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls der Versammlung am 22. September 2022, Bericht der Vorsitzenden, Berichte der Bezirksgruppen Vorsitzenden, der Vertreter der Kreis- und Ortsgruppen und der Einzelmitglieder, Kassenbericht, Bericht der Kassensprecher, Aussprache zu den Punkten 4 bis 8, Entlastung des Vorstands, Wahlen, der/des Vorsitzenden des Schatzmeisters, Wahl der Vertreter der Landesgruppe für die Landesvertretung 2023, Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Landesgruppe, der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen, Verschiedenes.

Die Landesgruppe lädt zu einem kleinen Imbiss ein. Ab 14 Uhr wird Buchautor Jörg Ulrich Stange zum Thema „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762 – Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg“ vortragen. *Barbara Loeffke*



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ökumenischer Gottesdienst Bonn – Sonnabend, 16. September, 10.30 Uhr, Münster: Ökumenischer Gottesdienst am Sonnabend zum Tag der Heimat mit Stadtdechant Dr. Picken, unter Beteiligung

von Weihbischof Hauke aus Erfurt und dem evangelischen Weihbischof Wollenweber.

Ostdeutscher Markttag Bonn – Sonntag, 17. September, 10 bis 17 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag, Veranstaltung des BdV Kreisverbands Bonn.

Heimatsnachmittag Bielefeld – Montag, den 18. September, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, Heimatsnachmittag der Ost- und Westpreußen mit einem Bildervortrag der Reise zum Sommerfest der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren und der Glockenübergabe in Siegfriedswalde [Zegoty] durch Bischof Fürst aus Stuttgart. Infos bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026.

Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie anderer Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. *Gerhard Scheer*

NRW-Landestreffen Düsseldorf – Zum ersten Mal seit 2019 fand am 19. April 2023 wieder das NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier statt, allerdings nicht auf Schloss Burg. Wegen der Bauarbeiten dort wurde das Treffen nach Düsseldorf ins Gerhart-Hauptmann-Haus verlegt.

Die Feierstunde wurde von der Gruppe „Geigenleut“ unter Leitung von Dr. Winfried Küttner eröffnet, die die musikalische Umrahmung übernahm. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen NRW, Klaus-Arno Lemke, begrüßte die Ehrengäste, die Landsleute und die Mitwirkenden und ging auf die politische Lage

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

ein: Krieg in Europa, der sich besonders auf das Königsberger Gebiet auswirkt. Er warf einen kritischen Blick auf die Entschädigungsforderungen der PiS und auf die sogenannte „Rückgabe“ der „Beutekunst“, um dann auf das Kant-Jahr 2024 zu verweisen. Kants Appell an die Menschen, sich in Mündigkeit ihres eigenen Verstandes zu bedienen, sowie seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ haben heute eine besondere Aktualität erlangt.

Nach Küttners Andacht und der Totenehrung durch den Vorsitzenden der Landsmannschaft Pommern, Adalbert Raasch, sprach Rudi Pawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und des BdV NRW, ein Grußwort. Seine positive Bilanz der Vertriebenenarbeit in NRW machte Mut. Er berichtete von Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten, von Veranstaltungen wie der „Tag der neuen Heimat“ eine Woche zuvor und vom bevor-

stehenden Empfang zum „Tag der Heimat“ in der Staatskanzlei. Gute Kontakte bestehen zu den Ministerien und zu den Oberbürgermeistern der benachbarten Städte. „Wir sind anerkannt!“, lautete sein erfreuliches Fazit.

Raasch rief in seinem Grußwort zur Ehrfurcht vor dem Erbe der Väter auf. „Heimat prägt den Menschen von innen und außen!“ Die Heimat zu bezeugen und diese Stafette weiterzugeben, stellte er als Voraussetzung für etwas Neues in der Zukunft heraus.

Den Festvortrag hielt der Historiker Dr. Guido Hitze. Er wandte sich gegen die Gleichsetzung von Flucht und Vertreibung als Synonyma. Flucht kann die verschiedensten Ursachen haben, Vertreibung bedeutet eine gezielte, „ethnische Säuberung“. Heute gäbe es im öffentlichen Bewusstsein keine Unterscheidung mehr, bedauerte der Redner, „alles in einem Topf“. Zwei verbrecherische Systeme (Stalin-Diktatur und Hitler-Diktatur) hätten im 20. Jahrhundert zu einer gigantischen Völkerverschie-

bung mit Millionen unschuldiger Opfer geführt. Die deutschen Vertriebenen – er sprach von „unserem Schicksal“, da seine Familie selbst vertrieben wurde – sehen ihr Schicksal heute in der Ukraine widergespiegelt. Sie helfen, wie sie immer auch in ihrer Heimat geholfen haben. Als Historiker rief er dazu auf, die Ursachen für dieses Vertreibungsschicksal aufzuarbeiten und gegen jedes totalitäre Regime anzugehen, denn ein totalitärer Staat führe in einen totalen Krieg.

Nach der Mittagspause folgte ein gelungenes Kulturprogramm. Die „Danzdeel Salzkotten“ unter der Leitung von Julian Lienecke trat mit einer Kindergruppe, einer Jugendgruppe, gekleidet in die „Weizsäcker Arbeitstracht“, und einer Erwachsenenengruppe auf. Niederdeutsche und pommersche Volkstänze wurden vorgeführt, aber eine Zigeunerpolka war auch dabei. Eine Musikgruppe und ein Chor, der ein „Pommersches Lügenlied“ vortrug, rundeten den beeindruckenden Auftritt ab.

So ergab sich eine Einstimmung auf die Mundartvorträge, denn Herbert Meske beherrschte perfekt das Pommersche Platt, eine hohe Kunst heute. Bärbel Beutner führte an die Samlandküste. Badefreuden – passend zu dem heißen Augusttag – wurden mit in ostpreußischer Mundart erheitert geschildert. Die Feinheiten der schlesischen Sprache brachte Christa Heinke in Verbindung zu schlesischen Spezialitäten und Festen.

Das reiche ostdeutsche Liedgut pflegt die Sängerin Dr. Petra Behrens, die von Gregor Langheid auf dem Flügel begleitet wurde. Die

Zuhörer dankten bewegt mit der Bitte um Zugabe und mit herzlichem Applaus.

Hans-Peter Mann, der Vorsitzende der LM Schlesien und des BdV Herne, hatte „seinen“ Bläserchor „Herner Bergleute“ für den Festtag gewinnen können und moderierte dessen Programm. In seinem Schlusswort brachte Mann überzeugend zum Ausdruck, dass die Pflege des ostdeutschen Kulturerbes auch weiterhin eine Herzensangelegenheit der Landsmannschaften bleiben werden. B. B.

dessen Flucht berichten. Während der gesamten Ausstellung gibt es sonntags den Ostpreußentisch. Besucher haben die Möglichkeit, über Ostpreußen, ihre genetischen Wurzeln zu erzählen. In der Altmark gibt es einige Namen, die auf Ostpreußen hindeuten.

Weitere Auskünfte erteilt Maximilian Baisel per E-Mail: konig-kaffee@gmail.com oder unter Telefon (03931) 414081 oder (0176) 24716428. Hans Helwig



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offensteth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de Schleswig-Holstein



Sachsen-Anhalt
Vorsitzender: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle, Tel. privat (0172) 3566475

Veranstaltungsreihe

Stendal – Sonntag, 1. Oktober, bis Sonntag, 29. Oktober, König Kaffee, Poststraße 3, (neben der Stadt Sparkasse): vierwöchige Veranstaltungsreihe zum Thema „Ostpreußen einst und jetzt“. Inhaber Maximilian Baisel, der bis vor zwei Jahren ein Restaurant in Königsberg leitete und nun nach Stendal gezogen ist, lädt zu dieser Ausstellung ein. Dabei werden historische Bilder von Ostpreußen vor 1945 und restaurierte Sehenswürdigkeiten der Neuzeit zu sehen sein. Die Bildausstellung wird von Thementagen, einer ist Sonntag, 8. Oktober, begleitet. Der international bekannte Hippologe Hans Helwig wird über das weltbekannte Staatsgestüt Trakehnen (1732-1944) und

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Die Vereinigten Landsmannschaften hatten zum traditionellen Orgelkonzert im August eingeladen, und viele waren der Einladung gefolgt. Der Nachmittag begann im Gemeindesaal der Kirchengemeinde Adelby mit der reichlich gedeckten Kaffeetafel, die von Renate Kunde und Waltraud Grimm vorbereitet worden war. Die Teilnehmer wurden von Wolfgang Kanstorf, dem Stellvertretenden Vorsitzenden, begrüßt; er konnte neben den Mitgliedern auch wieder Gäste der Deutsch-Polnischen Gesellschaft mit der Vorsitzenden Elisabeth Rosner willkommen heißen. Die Zeit verging rasch und wurde lebhaft zum



Zum ersten Mal im Gerhart-Hauptmann-Haus: NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier Foto: LO LG NRW

OL
Ostpreußisches Landesmuseum
Wilhelm von Kügelgen - Der Autor der „Jugenderinnerungen eines alten Mannes“ als Künstler, Donnerstag, 21. September, 18.30 Uhr, Eintritt 4,- Euro.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid for 'So ist's richtig' and a 'Mittelworträtsel' section.

Schüttelrätsel

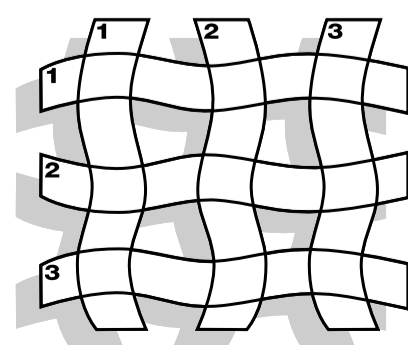
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in question marks and some filled letters.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine reflektierende Fläche.

Grid for Mittelworträtsel with words like FETT, UNTER, EXPORT, KANAL, ESSEN, AUTO, HOCKEY and BANK, BAU, SERIE, KAMMER, KURS, BREMSE, RAND.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 sich fast gleichen
- 2 ein Haus räumlich erweitern
- 3 Musik: schnell, lebhaft

Heimatkreisgemeinschaften



FOTOPRIVATARCHIV EBERHARD NEUMANN-REDLIN VON MEDING

Ausgeliehen an die Parlamentarische Gesellschaft in Berlin im Rahmen der Kant-Dekade 2014–2024: Lorenz Grimoni vor dem Porträtmalerei Immanuel Kants, vermutlich von Johannes Heydeck 1791 gemalt



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg.
Patenschaftsbüro: Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Kant-Bild als Wegweiser

Berlin – Dienstag, 19. September, 17 Uhr, Parlamentarische Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Platz 2: wissenschaftliches Kolloquium über Immanuel Kant.

Neun Jahre – vom 13. Oktober 2014 bis zum 19. September 2023 – hing das Kant-Bildnis der Stiftung Königsberg von Johannes Heydeck aus dem Jahre 1872 in der Bibliothek der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) in Berlin als Wegweiser der Kant-Dekade in das Kant-Jahr 2024, in dem der 300. Geburtstag des Weltweisen in zahlreichen Ländern begangen wird. Die Finissage, die unter der Schirmherrschaft von Stefan Zierke MdB, Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft steht, beendet die Präsenz des Kant-Bildes in der DPG, zugleich aber öffnet sie die Tür in das Kant-Jahr, in dem eine große Zahl von Veranstaltungen auf das Leben und das bis heute noch nicht abschließend erforschte Wirken des großen Königsberger Philosophen hinweisen wird.

Programm der Finissage: Eröffnung und Begrüßung, Dr. Christian Wagner, Lahntal, Kuratorium der Stiftung Königsberg „Immanuel Kants Bedeutung für die Politik“, Christoph de Vries MdB, Hamburg, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler der CDU/CSU-Fraktion, „Kants Gedanken zum ‚ewigen Frieden‘“, Prof. Dr. Steffen Dietzsch, Berlin, „Zum Begriff ‚Aufklärung‘ in der Königsberger Kultur“, Direktor Dr. Jochen Mähner, Lüneburg, „Heydecks Kant-Bild im Rahmen der Exponate zum Kant-Jahr 2024“, Klaus Weigelt, Regensburg, Vorsitzender der Stiftung Königsberg, „Dank als moralischer Imperativ bei Kant“, anschließend kleiner Empfang.

Anmeldungen an: Klaus Weigelt, E-Mail: klaus-w-weigelt@t-online.de; Albertstraße 11, 93047 Regensburg. Mit der Zusage ist das Geburtsjahr anzugeben; notwendig für den Einlass!

Mit der Teilnahme an dieser Veranstaltung drücken Sie Ihr Einverständnis aus, dass Ton- und Bildaufnahmen Verwendung zur

Dokumentation der Veranstaltung finden.

Kant-Seminar

Oeversee – Freitag, 17., bis Sonntag, 19. November, Akademiezentrum Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee: Seminar mit der Stiftung Königsberg: „Immanuel Kant - ein Weltbürger aus Königsberg“. Eine Anmeldung ist über die Internetseite des Akademiezentrum 222.sankelmark.de möglich, Fragen beantwortet Marion Clausen unter Telefon (04630) 55110 oder per E-Mail: m.clausen@sankelmark.de.



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Mitgliedertreffen

Anklam – Sonnabend, 16. September, Mehrzweckhalle Volkshaus: Anlässlich des Landestreffens in Mecklenburg-Vorpommern, werden wir uns am Tisch der Lötzenertreffen. Besonders gut wird es sein, dass unsere Brüder mit dem Chor „Stimme der Heimat“ aus Lötzen auch mit uns am Tisch Platz haben werden. Es werden sicherlich interessante und wiedersehensfreudige Gespräche sein.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.

de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Einlass zur Feier ist nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter (06203) 43229 oder per E-Mail unter memelland@admheddesheim.de bis zum 20. September möglich.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Das Heimattreffen im August, mit der Feierstunde zur 70-jährigen Patenschaft mit der Stadt Bochum, hatte viele Höhepunkte. Zahlreiche Neidenburger und Soldauer waren dem Ruf der Organisatoren gefolgt. Kreisvertreter Pokraka konnte auch zahlreiche Gäste, die ihr Interesse an den Neidenburgern zeigten, begrüßen. Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Vertretern der im Rat vertretenden Parteien, Alt- Oberbürgermeister Ernst Otto Stüber sowie ehemalige Mitarbeiter der Stadt Bochum, zeigten ihre treue Verbundenheit zu den Neidenburgern und Soldauern.

Der Vertreter der Landesregierung NRW Heiko Hendriks, zuständig für Vertriebenenangelegenheiten, der die Festrede hielt, wurde freundlich begrüßt.

Der Chor der Deutschen Minderheit aus Neidenburg weilte das erste Mal in Bochum und untermalte die Veranstaltung durch Beiträge mit deutschen Liedern.

Besonders herzlich wurde Erich Rosslan begrüßt, der einen Tag später seinen 100. Geburtstag feiern konnte. Er stammt aus Schuttschenofen, ein Ort der früher zum Kreis Neidenburg gehörte und nach einer Gebietsreform zum Kreise Ortelsburg kam. Seine Tochter erfüllte ihm den Wunsch zur Teilnahme an diesem Heimattreffen. Der Bürgermeister von Gedwangen [Jedwabno], Slawomir Ambroziak, war ebenfalls aus Masuren angereist, um Rosslan zu ehren und an dem Heimattreffen teilzunehmen. Auch Oberbürgermeister Eiskirch richtete in seinem Grußwort freundliche Worte an Rosslan, der seit 1986 Bochumer Bürger ist. In seinem Grußwort betonte er die sehr gute Patenschaft, die von beiden Seiten ernst genommen wird.

Die geistigen Worte von Pfarrer Herbert Schimanski wurden anlässlich aufgenommen. Beim Totengedenken an alle Verstorbenen, stellvertretend Günther Ernst und Herbert Kalwa, wurde die Glocke vom ehemaligen Kreisvertreter Jürgen Szepanek angeschlagen. Alle Anwesenden verharren stehend einen Augenblick zur Besinnung. Das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ wurde mit dem Neidenburger Chor lautstark und inbrünstig mitgesungen. Viele Ostpreußen bekamen eine richtige Gänsehaut.

Es folgte die Festrede von Hendriks, die man ohne Zweifel auch einen Höhepunkt bezeichnen kann. Sehr bildhaft, untermauert mit Beispielen, zeigte er die Schwächen unserer Zeit auf. Unsere Jugend und auch viele ältere Mitbürger haben Wissenslücken zur Geschichte und Kultur der Ostgebiete. Als aktuelles Beispiel, ist das Fehlen der Presse bei dieser Veranstaltung, trotz Einladung zu werten. Die Festrede wurde mit großer Zustimmung und Beifall bedacht. Das „Lied der Deutschen“ wurde anschließend von allen Teilnehmern stehend, laut und deutlich mitgesungen.

Ein weiterer Höhepunkt, nach der Ehrung Rosslans, war die Auszeichnung von Reinhard Kayss. Er wurde für seine unermüdete Arbeit für ganz Ostpreußen in Sachen Familienforschung vom Bund der Vertriebenen mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Sichtlich gerührt ließ er sich die Ehrennadel unter dem Beifall der Anwesenden von Ute Kondritz anstecken.

Hier endete der offizielle Teil der Feierstunde und man konnte sich bei einem kostenlosen Imbiss stärken. Auch Kaffee und Kuchen konnte man frei genießen. Am Nachmittag waren die Neidenburger Heimattuben zur Besichtigung geöffnet. Ab 14.30 Uhr hat der

Schriftsteller Siegfried Burghardt aus seinem Buch „Die Masurin Caroline“ gelesen. Zahlreiche Zuhörer lauschten seinen Ausführungen. Der Chor der Deutschen Minderheit unterhielt die anderen Gäste beim Plachandern. Eine junge Solistin aus dem Chor, Iga Potapiuk, brachte den Saal zum Kochen. Unter anderem mit dem Lied „99 Luftballons“ standen alle und klatschten im Takt mit. Mit dieser Stimmung endete langsam der Tag, der sich bis fast 17 Uhr hinzog. Das Echo zu dieser Veranstaltung war ausnahmslos positiv.

Der Besuch und die Darbietungen des Chores der deutschen Minderheit aus Neidenburg [Nidzica] wurde durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (MKW NRW) gefördert.

Ulrich Pokraka



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

75 Jahre Kreisgemeinschaft

Herne – Sonntag, 17. September, 9 Uhr (Saalöffnung), 11.30 Uhr (Begrüßung), Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkreistreffen mit Jubiläum.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.
Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 15., bis Sonnabend, 16. September, Hotel Bergström, Bei der Lünener Mühle: Jahrestreffen.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. September: Kreistreffen mit folgendem Programm: Freitag, 22. September: jährliche Gesamt-

Vorstandssitzung. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des gesamten Vorstandes zwischenzeitlich übermittelt worden. Von 9.30 bis 11 Uhr, Landkreis Verden, Eingang Ost, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Heimatmuseum ist für die Delegation aus Ostpreußen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. Für einen Besuch des Archivs bitten wir um Anmeldungen bei Christiane Bilke-Krause per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.

Sonnabend, 23. September, „Landhotel zur Linde“, Thedinghauser Straße 16, 9.30 Uhr: Abfahrt Shuttlebus am Landhotel „Zur Linde“, 10 Uhr: Kranzniederlegung im Bürgerpark und Ansprache von Pfarrer Hermann, 11 Uhr: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden im Landhotel, Ansprachen der offiziellen Vertreter, der Partner und der Kreisvertreterin, Umtrunk mit original Ostpreußischem Pillkaler und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit Vorstandswahlen in dem reservierten Raum im Landhotel mit folgender Tagesordnung:

Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende, Totengedenken, Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung, Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 24. September 2022, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 114, Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries, Jahresbericht der stellvertretenden Kreisvertreterin und Beauftragten des Archivs, Christine Bilke-Krause, Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes für 2024, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2022, Wahl eines neuen Kassenprüfers für das Geschäftsjahr 2023 und 2024, Deutsche Gesellschaft Natangen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen, Neuwahl des Vorstandes, Konstituierung des neuen Vorstandes durch den Wahlleiter, Verschiedenes. 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken. Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft beantwortet Fragen zur Familienforschung und gibt Tipps und Anregungen, gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden, 19.30 Uhr: Heimatabend.

Sonntag, 24. September, 9.30 bis 11 Uhr: Heimatmuseum ist geöffnet, 10 Uhr: „Klein Mittag“ mit Austausch. Evelyn v. Borries

Braunsberg

Münster – Sonnabend, 30. September, 15 Uhr, bis Sonntag, 1. Oktober, Johanner-Akademie, Weißenburgstraße 60-64: Jahrestreffen. Zimmerreservierung direkt bei der Johanner-Akademie. Telefon (0251) 97230145, Stichwort: Braunsberger Kreistreffen



Beklagt Wissenslücken: Festredner Heiko Hendriks (vorne rechts) mit Kreisvertreter Ulrich Pokraka und seine Stellvertreterin Ute Kondritz vor dem Chor Deutschen Minderheit aus Neidenburg Foto: U. P.

RASTENBURG

Hengste, Industrie und Fortuna

Ein Ritt durch die Geschichte der ostpreußischen Stadt von den Anfängen 1329 bis ins Jahr 1946

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die ostpreußische Stadt Rastenburg ist unter anderem dadurch bekannt geworden, dass in ihrer Nähe das legendäre Führerhauptquartier Wolfsschanze lag. Allerdings begann die Geschichte Rastenburgs bereits im Jahre 1329, als der Deutsche Orden hier eine hölzerne Fluchtburg der Prußen übernahm, wonach an deren Fuß die Siedlung Rastekaym entstand. Dieser aus dem Prußischen abgeleitete Name lässt sich in etwa mit „Pfahlbau-Dorf im Moosbruch“ übersetzen.

Rastekaym erhielt 1357 das Stadtrecht. Zu dieser Zeit war die Burg bereits von litauischen Truppen niedergebrannt und hernach in Stein neu errichtet und mit einer Schutzmauer versehen worden. Zwei Jahre später begann der Deutsche Orden zudem mit dem Bau des Vorgängers der örtlichen Sankt-Georgs-Kirche.

Stadtrecht ab 1357

Ab 1410 unterstand das nunmehrige Rastenburg dem Ordenshochmeister. Wie alte Dokumente berichten, gab es damals aufgrund des mittelalterlichen Klimaoptimums zahlreiche Weinberge im Umland.

1440 trat Rastenburg dem Preußischen Bund bei. Dieser Zusammenschluss von 53 adligen Grundherren und 19 Städten, darunter auch Danzig, Elbing und Thorn, fungierte als Bündnis gegen den Deutschen Orden, der sich am Rande des finanziellen Ruins befand und deshalb immer höhere Steuern eintrieb. Zwischen 1454 und 1466 gab es sogar Krieg mit dem Orden, der durch den Zweiten Frieden von Thorn endete. Rastenburg geriet danach wieder unter die Kontrolle des Hochmeisters und gehörte infolgedessen ab 1525 zum Herzogtum Preußen, das aus dem Rest des Ordensstaates entstanden war und 1618 durch Erbschaft an die brandenburgischen Hohenzollern fiel.



Die drittreichste Stadt bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts im Gebiet des späteren Ostpreußens, gleich nach Königsberg und Memel: Rastenburg im Jahre 1648

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Kurz darauf, nämlich im Jahr 1626, ertheilte der Markgraf von Brandenburg und Herzog in Preußen, Georg Wilhelm, dem Obristen Hildebrand von Kracht angesichts der vielfältigen militärischen Bedrohungen den Auftrag, 3000 Mann für die Landesverteidigung zu rekrutieren. Damit schlug die Geburtsstunde des ältesten preußischen Regiments, das später Grenadier-Regiment „König Friedrich der Große“ (3. Ostpreußisches) Nr. 4 hieß und über längere Zeit auch in Rastenburg in Garnison stand. Dieser Truppenverband nahm bis 1918 an insgesamt 13 militärischen Konflikten teil – beginnend mit dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648).

Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts avancierte Rastenburg zur drittreichsten Stadt im späteren Ostpreußen nach Königsberg und Memel. Dadurch kam auch die Bildung nicht zu kurz, wie beispielsweise die Gründung eines der ältesten Gymnasien in der Region im Jahre 1546 zeigte.

Allerdings ging ein Gutteil des Wohlstandes durch Naturkatastrophen, Stadtbrände und Plünderungen verloren. Deshalb fiel Rastenburg bis 1698 auf Platz sechs zurück. Andererseits blieb es vom verheerenden Tatarensturm 1656 und der Großen Pest zwischen 1709 und 1711 verschont.

1782 zählte Rastenburg um die 2000 Einwohner – nicht mitgerechnet die Angehörigen des Stabes und der fünf Kompanien des Infanterie-Regiments. Die Einwohnerzahl wuchs bis 1905 auf fast 12.000, während die Stadt auch sonst eine positive Entwicklung nahm. Marksteine derselben waren unter anderem der Anschluss an das Netz der Ostpreußischen Südbahn von Königsberg nach Lyck am 1. November 1867 sowie der Rastenburg-Sensburg-Lötzener Kleinbahnen ab Mai 1898 und die Gründung eines Gestüttes im Jahre 1877. Letzteres hatte neben den Gestüten in Braunsberg, Marienwerder, Georgenburg und Trakehnen wesent-

lichen Anteil am Erfolg der ostpreußischen Warmblutzucht. Zuletzt verfügte man in Rastenburg über 117 Hengste, die pro Jahr um die 7000 Stuten deckten und damit für ein Sechstel des Nachwuchses an Pferden in Ostpreußen sorgten.

Während des Ersten Weltkrieges stand Rastenburg, das auch zu einem Zentrum der Lebensmittelindustrie geworden war, nur zwei Wochen lang unter russischer Besatzung, weshalb die Kriegsschäden relativ gering blieben.

Das Führerhauptquartier

Im September 1940 begann die Organisation Todt unweit von Rastenburg mit der Errichtung des Führerhauptquartiers Wolfsschanze, wobei die Baustelle den Tarnnamen „Chemische Werke Askania“ trug. Bis 1944 entstanden rund 100 Bunker und Gebäude, darunter auch der Bunker Nr. 13 im streng gesicherten Sperrkreis 1. In diesem verbrachte Hitler zwischen dem 24. Juni 1941 und 30. November 1944 rund 800 Tage, um von hier aus den Feldzug gegen die Sowjetunion zu leiten. Die Wolfsschanze, die besonders durch das fehlgeschlagene Attentat vom 20. Juli 1944 Bekanntheit erlangte, wurde beim Herannahen der Roten Armee am 24. Januar 1945 von deutschen Pioniertruppen gesprengt. Die übriggebliebenen Ruinen dienen seit 1959 als Touristenattraktion, wobei die Besucherzahlen pro Jahr in die Hunderttausende gehen.

Seit dem Kriegsende 1945 steht Rastenburg unter polnischer Verwaltung, weshalb es nun auch einen anderen Namen trägt. Am 7. Mai 1946 verfügten die Behörden eine Umbenennung der alten ostpreußischen Stadt in Kętrzyn, wobei der polnische Historiker Wojciech Kętrzyński als Namenspatre diente. Heute leben hier nach der Flucht oder Vertreibung der deutschen Bevölkerung um die 28.000 Bürger der Dritten Polnischen Republik.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Von kaschubischen Wäschetruhen bis zu deutschen Postkarten

Die „Erbtage“ in der Republik Polen eröffnen deutscher Regionalgeschichte neue Chancen

Was in der Bundesrepublik der „Tag des offenen Denkmals“ ist, wird in der Republik Polen am zweiten und dritten Wochenende im September, und dieses Jahr gleich an allen Septemberwochenenden, als Europäische Tage des Erbes (Europejskie Dni Dziedzictwa, EDD) gefeiert. Der Grund für diese Ausdehnung ist das 20. Jubiläum der Einführung der EDD 1993.

Manche kleineren Orte verbinden die Erbtage mit Erntedankfesten, größere bieten mehrtägige Festivitäten, Vortragsreihen, Objektführungen oder Ausstellungen an. Auf der Internetseite www.edd.nid.pl sind die Veranstaltungen, die 2023 betont Folklorelementen nachgehen, nach Woiwodschaften geordnet auch in englischer Sprache aufgelistet.

Blumenmotive der kaschubischen Volkskunst können zum Beispiel in Petersdorf [Piotrowo] in der Gemeinde Arnsdorf [Lubomino] in einer Ausstellung bewundert werden. In Neustadt [Wejcherowo] in Westpreußen werden handbemalte kaschubische Wäschetruhen gezeigt. Kräuter und Blumen der regionalen Kulinarik sind am 16. September in Nawra bei Culmsee [Chelmska] Thema eines Volksfestes. Ähnliche Veranstaltungen gibt es vielfach auch in Hinterpommern oder in Masuren.

Der „Heimatmaler des Riesengebirges“ Erich Fuchs (1890–1983) ist Thema in Agnetendorf [Jagniątkowo] bei Hirschberg [Jelenia Góra]. Das dortige Gerhart-Hauptmann-Haus „Wiesenstein“, das der Nobelpreisträger 1901 als Wohnsitz bauen ließ und das seit 2001 ein Museum ist, zeigt Fuchs' Graphiken. Der Magdeburger kam Anfang des 20. Jahrhunderts als „Wandernder Maler“ nach Schönbörg [Chelmsko Śląskie], eine alte Weberstadt im Grüssauer Land. Er malte Menschen bei der Arbeit, Städtchen und Landschaften und wurde so zum Maler des Riesengebirges. Die Präsentation im Haus Wiesenstein zeigt die Volkskultur, schlesische Glashütten, das Riesengebirgsbaudenleben und das schlesische Spinn- und Webhandwerk. Letzteres überdauerte in Langenbielau [Bielawa] im Eulengebirge bis heute. Das Erbe der Langenbielauer Weber und der stetige Niedergang der Textilindustrie werden in einer Ausstellung gezeigt.

Auch die oberschlesische Woiwodschaft Oppeln nimmt sich mit der Ausstellung „Webereihandwerk – Wiedergeburt einer Tradition“ im Kulturzentrum Groß Strehlitz [Strzelce Opolskie] der Weberei an. Unter der Aufsicht Schironowitzer [Sieronowice] Landfrauen können



Erinnerung an eine Familientragödie: Die Schaffgotsch-Kapelle in Greiffenberg

Besucher dieses Handwerk am Webstuhl erproben.

An Webstühle, Klöppel- und Nähmaschinen wird auch in Greiffenberg [Gryfów Śląski] am Quais, dem historischen Grenzfluss zwischen Schlesien und der Lausitz, geladen. Dort wurde einst Leinendamast

produziert. Besucher können die Techniken der Leinenverarbeitung kennenlernen. Daneben werden Stadtführungen angeboten, etwa in die St.-Hedwig-Kirche. Besonders interessant ist die Schaffgotsch-Kapelle, denn letztlich trat die Magnatenfamilie von hier aus ihren Siegeszug an.

Greiffenberg wurde im 15. Jahrhundert durch eine Reihe von Katastrophen erschüttert. Stürme, Brände, Überschwemmungen und Seuchen rafften die Einwohner bis auf ein Dutzend dahin. Hinzu kamen die von 1427 bis 1431 andauernden Hussitenkriege. Alldem zum Trotz errichteten die Greiffenberger 1512 ihre Kirche. Im 16. Jahrhundert entstand ein einzigartiges Epitaph derer von Schaffgotsch, das an eine Familientragödie dieses Adelsgeschlechts erinnert. 1584 bis 1589 verstarben Hans Schaffgotsch und seine Gattin Magdalena von Zedlitz, wenig später ihr Sohn Hans Ulrich, die Tochter Magdalena und 1601 deren Mann Christoph. Ein in Sandstein gehauenes Porträt-Ensemble der Verstorbenen in Originalgröße erinnert an diesen Verlust.

Auf dem Veranstaltungsprogramm der Erbtage stehen auch in diesem Jahr zahlreiche Geschichtsspaziergänge. „Heimaths-Grüße“ aus Ottmachau [Otmuchów] ist das Motto eines Spaziergangs auf den Spuren der Stadt von 1901 am 17. September. Als Vorlage dient den Veranstaltern ein Postkartenalbum, das 1901 als Geschenk eines Sohnes zum 70. Geburtstag seines Vaters entstand.

Chris W. Wagner

INDUSTRIE

Einst das größte deutsche Hydrierwerk

Industrieruine in Pölitz – Heute ein „Vergessener Ort“ mit großer Fledermauskolonie

VON TORSTEN SEEGERT

Es liegt im Trend, sogenannte Vergessene Orte aufzusuchen. Ein geschichtsträchtiger Flecken ist dabei zweifelsfrei das Hydrierwerk Pölitz [Police] unweit der Stadt, die 1939 von Groß Stettin eingemeindet wurde und im Norden von Pommerns einstiger Hauptstadt liegt. Sie entwickelte sich schon damals zu einem wichtigen Standort für die chemische Industrie und galt als geeigneter Standort für ein Hydrierwerk.

Hatte man hier zunächst geplant, Crackrückstände, die bei der Erdölverarbeitung entstehen, und Steinkohle zu Treibstoff oder besser zu synthetischem Benzin zu verarbeiten, so war im Kriegsfall und bei fehlender Rohprodukteinfuhr vorgesehen, die Produktion auf Steinkohle und Teer umzustellen. Mit Zustimmung der Reichsbehörden sollte das Projekt mit Royal Dutch Shell und der Standard Oil umgesetzt werden. Allerdings wollte man in diesem Fall den internationalen Mineralölgesellschaften die Finanzierung des Projektes vorschlagen, während die I.G. Farben die Patente und Erfahrungen bereitstellen sollte.

Ende der 1920er Jahre war es gelungen, das Synthetische Benzin – später auch „Deutsches Benzin“ genannt – aus Kohle herzustellen. Der daraus gewonnene Ottokraftstoff wurde zunächst nur in Leuna hergestellt und über die Deutsche Gasolin Aktiengesellschaft vertrieben. Zwar war das dazu angestrebte Verfahren der Herstellung aufwendig und damit deutlich teurer als herkömmliches Benzin, doch wurde dieser Kraftstoff mit 18,5 Pfennig pro Liter gemäß dem sogenannten „Benzinvertrag“ (Feder-Bosch-Abkommen) vom 14. Dezember 1933 subventioniert.

Doch zurück zu den Hydrierwerken Pölitz: Hier brachten die Eigner der Hydrierwerke letztlich 270 Millionen Reichsmark zur Finanzierung des Vorhabens auf. Die Produktion begann im Jahre 1940. Bereits 1943 konnten 577.000 Tonnen synthetischer Kraftstoff hergestellt wer-



Die Natur holt sich alles zurück: Der einst betriebseigene Güterbahnhof auf dem Industriegelände des Hydrierwerks Pölitz

den. Es war, wie die Tageszeitung „Neue Zeit“ 1948 rückblickend feststellte, „das größte Unternehmen dieser Art in Europa“. Die Demontage der intakten Anlagen des Werksgebietes, welches trotz mehrfacher Bombardierung bis 1945 in Betrieb gewesen sein soll, erfolgte bis ins zweite Halbjahr 1946. Die Überreste eroberte sich dann die Natur in den vergangenen Jahrzehnten zurück.

Synthetisches Benzin aus Kohle

Kaum zu glauben, dass dieser Industriebetrieb ungefähr 10.000 Beschäftigten Lohn und Brot gab. Es entwickelte sich eine eigene Infrastruktur, es entstanden Wohnsiedlungen, Ärztehäuser, Kliniken, Erholungsanlagen, Festhallen, Sportplätze, Turnhallen, ein Kino und Vieles mehr.

Das Betriebsgelände umfasste zirka 1500 Hektar.

Heute findet man eine riesige Industriebrache vor, mehrere Ruinen und Bunker, die hier unmittelbar an der Straßenzufahrt vorzufinden sind. Etwas weiter in Richtung Oder geht es über eine abzweigende Nebenstraße mit Wendehammer. Von hier führt nun ein Weg durch das Gelände. Wer ihm folgt, dem zeigen sich schon bald Reste von Kanälen, Behältern und ähnlichen Bauten aus Stahlbeton.

Die zum Teil versteckt liegenden Bauteile der Hydrierwerke sind wohl die letzten noch sichtbaren Zeitzeugnisse: Deutlich erkennbar ist unter anderem der ehemalige Bahnhof mit seiner Rampe, ein Wachturm sowie Reste von Schutzanlagen, die Kohlemühle, Behälterbauten, der

Kompressorraum und mehrere Luftschutzbunker. In den letzten Jahren hat sich ein Verein namens „Skarb“ um die Freihaltung der Wege, die historische Aufarbeitung vor Ort mit dem Aufbau eines Museums und kostenfreien Führungen bemüht. Das Gelände selbst ist übrigens als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen.

Es gilt mit seinen Ruinen und Kanälen als größtes Winterlager von Fledermäusen in Hinterpommern – verschiedene Gattungen wie beispielsweise Abendsegler oder Breitflügelfledermäuse, Mopsfledermaus und Großes Mausohr finden hier ihre Zuflucht. Die Anzahl der überwinternden Säugetiere wird auf etwa 13.000 geschätzt. Im sich anschließenden Frühjahr finden sie reichlich Nahrung in der Brache und Flusslandschaft.

● MELDUNGEN

Sedantag, Panzer und LNG-Terminal

Putbus – Anlässlich des Sedantages am 2. September wurde am Kriegerdenkmal auf dem Markt, das an die Gefallenen der deutschen Einigungskriege erinnert, ein Kranz des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments 42 niedergelegt (Foto). Die 42er verstehen sich als Traditionsträger des Regiments. TS



Rügen – Am 5. September wurden im Sassinitzer Rathaus über 1000 Unterschriften für ein weiteres Bürgerbegehren gegen das LNG-Terminal an die Stadtvertretung übergeben. Ziel des angestrebten Bürgerentscheides ist die Untersagung jeglicher LNG-Aktivitäten im Hafen Mukran. Eine Teilnehmerin einer Anti-LNG-Demo vor dem Bergamt Stralsund wurde unterdessen von Polizisten in Zivil „besucht“. Die Polizei bestätigte ein „Kooperationsgespräch“. TS

Kolberg – Ein deutscher Schützenpanzer Sd. Kfz. 251/6 ist die neue Attraktion des Waffenmuseums. Das von Mateusz Deling gekaufte Wrack des Transporters wurde saniert und ist eine Leihgabe bis 2024. Das Halbkettenfahrzeug wurde ab 1939 in vier Serien (A, B, C, D) hergestellt. Das Exponat (C) ist Baujahr 1942. TS

Tychow – Auf einem 215 Hektar großen Grundstück möchte dessen Eigentümer einen Solar-Park errichten – sehr zum Ärger der Anwohner. Auch die gewählten Bürgervertreter teilen den Unmut: Sie haben eine Petition dazu angenommen. Nun gibt es ein Gesprächsangebot. TS

VIELSEITIGER LITERAT

Ein liberaler Autor aus Pommern

Vor 150 Jahren starb der Publizist Robert Eduard Prutz – Durch seine historische Betrachtungsweise war er richtungsweisend

Robert Eduard Prutz stammte aus Stettin, erlangte einst als liberaler Herausgeber, Übersetzer, Schriftsteller und Literaturhistoriker deutsche Bekanntheit und erlebte wegen seiner gesellschaftskritischen Haltung viele Einschränkungen. Aus seinem produktiven Schaffen ragen vor allem seine politische Lyrik, Bühnenstücke wie die Komödie „Die politische Wochenstube“, die zu den herausragenden politischen Satiren des Vormärz zählt, und seine literaturwissenschaftlichen Arbeiten heraus. Er wurde durch Alexander von Humboldt gefördert, orientierte sich in seiner historischen Betrachtungsweise an Starautoren wie Charles Dickens und verarbeitete geschichtliche Ereignisse wie den schlesischen Weberaufstand.

Doch Prutz erlebte erst im Alter durch die Deutsche Schillerstiftung als „Pensionär auf Lebenszeit“ eine größere gesellschaftliche Anerkennung. Später befassten sich sogar Literaturwissenschaftler mit seinem Schaffen.

Prutz wurde am 30. Mai 1816 in Stettin geboren. Er entstammte einer Kauf-

mannsfamilie. Als Mutter ist Karoline Spielberger überliefert. Sein Vater arbeitete sich vom einfachen Fischersohn aus Messenthin in Pommern zum Holz- und Weinhändler in Stettin empor, schied aber 1826 per Freitod auf dem Leben. Das sorgte bei den Hinterbliebenen für starke finanzielle Einschränkungen.

Sein Sohn absolvierte zunächst das Marienstift-Gymnasium in seiner Vaterstadt, beschäftigte sich schon als Schüler mit der Philosophie von Georg Wilhelm Friedrich Hegel und verfasste nebenbei erste Gedichte. Nach dem Tod seiner Mutter schickte ihn sein Vormund zum Studium der Klassischen Philologie nach Berlin, Breslau und Halle.

In Halle schloss er sich nach seiner Promotion dem Kreis der Junghegelianer um Arnold Ruge an, an dessen „Hallischen Jahrbüchern“ er mitwirkte. Parallel veröffentlichte der Stettiner eigene Gedichte im „Musenalmanach“ von Adelbert von Chamisso, dessen humoristische Ader ihn zu eigenen Satiren anregte. So schrieb er über manche Liberale in sei-

nem Umfeld 1845: „Die bei schwelgerischen Mahlen / Bei gefüllten Festpokalen / Turm der Freiheit sich genannt / Und die doch um einen Titel / Zensor werden oder Büttel / Oder gar ein Denunziant.“ Doch nachdem er ganz offen mehr Freiheit und die Konstitution gefordert sowie mit Georg Herwegh, dem revolutionären Dichter des Vormärz, Freundschaft geschlossen hatte, wurde Prutz von der Obrigkeit als „Aufwiegler“ betrachtet.

Friedlicher Wandel statt Gewalt

Das hatte Folgen. Seine zwei Habilitationsversuche wurden nacheinander in Halle und Jena abgelehnt. Doch Prutz, der inzwischen mit Ida Blöde, einer Finanzratstochter aus Dresden verheiratet war, machte aus der Not eine Tugend. Er arbeitete fortan als freier Schriftsteller, brachte ein literaturhistorisches Taschenbuch in sechs Bänden heraus, das 1975 eine Neuauflage erlebte, und schrieb vier historische Dramen sowie seine satirische Komödie „Die politische Wochenstube“, die die Zensurbehörde zu echter Verfolgung

des Autors veranlasste. Angesichts der Veröffentlichungs- und Aufführungsverbote wich Prutz 1847 ins liberalere Hamburg aus, wo er zwei Monate als Dramaturg wirkte. Die Revolution 1848 erlebte er jedoch als Beobachter.

Der Autor verabscheute Gewalt und trat für einen friedlichen Wandel ein. Das trug ihm die Mitarbeit im „Konstitutionellen Klub“ in Berlin ein und die Unterstützung durch Gesinnungsfreunde wie Alexander von Humboldt, der ihm 1849 eine Berufung zum Professor für Literaturgeschichte in Halle vermittelte. Das war für ihn ein Neuanfang.

Prutz hielt neuartige Vorlesungen zur Literaturgeschichte, galt bald als „Fahnenträger der Hallenser liberalen Jugend“ und hielt sich in der politischen Dichtung zurück. Stattdessen glänzte er mit literaturhistorischen Arbeiten, die durch ihre historische Betrachtungsweise methodologisch richtungsweisend wurden, gründete mit Wilhelm Wolfsohn „Das Deutsche Museum“, Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben, und versuchte

sich zudem an historischen Romanen sowie Dramen. Größere Bedeutung erlangte davon lediglich „Das Engelchen“ mit einer sozialen Note. Prutz blieb wegen der Zensur vorsichtig. Zum Misstrauen der Königstreuen gesellten sich Krankheiten, die ihn 1859 zum Rücktritt in Halle und zur Rückkehr in seine Vaterstadt Stettin bewogen, wo er fortan, so es die Kräfte noch zuließen, als freier Autor wirkte.

Es waren nun unpolitische Schöpfungen, wie „Aus Goldenen Tagen“, „Herbstrosen“, „Stimmen der Liebe“ und „Buch der Liebe“. Nachdem Prutz am 21. Juni 1872 an den Folgen des zweiten Schlaganfalls in Stettin gestorben war, widmete ihm seine Vaterstadt auf dem Friedhof ein überlebensgroßes Denkmal.

Neben seinem Lebenswerk und seiner Witwe hinterließ er zwei Söhne und zwei Töchter. Sohn Hans war später Geschichtspräsident in Königsberg. Nach 1961 gab es Neuausgaben seiner Arbeiten inklusive einer verstärkten literaturwissenschaftlichen Beschäftigung seines literarischen Werks. Martin Stolzenau

„Eine über den Tellerrand schauende Persönlichkeit“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Einfach grandios, einen Beitrag über Anne-Sophie Mutter in Ihrer Zeitung zu lesen“

Petra Henrichs, Leipzig
zum Thema: Die erste Geige der Nation (Nr. 34)



Ausgabe Nr. 35

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ZEUGE FRÜHERER SCHÖNHEIT ZU: BERLINS ÄLTETER PLATZ KEHRT ZURÜCK (NR. 35)

Vielen Dank für den Bericht über die geplante Wiederherstellung des Molkenmarkts in Berlin. Es gehört viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, wie auf der heutigen Verkehrsbrache mal wieder so etwas wie der historische Molkenmarkt entstehen soll. Vielleicht können Gemälde wie das vom Berliner Maler Gerhard Graf (1883–1958) Anregungen für die Rekonstruktion geben. Graf, der in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts als „Der deutsche Städtemaler“ in Berlin sehr bekannt war, ist einer der wenigen Vertreter der Architekturmalerei. Seine Bilder im Stil des gemäßigten deutschen Impressionismus sind anschauliche Zeugen der Schönheit der deutschen Städte vor den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Die Rückbesinnung Berlins auf diese Stadtgestalt ist sehr zu begrüßen.

Nicht weit vom Molkenmarkt entfernt, am Übergang der Leipziger in die Gertraudenstraße, erinnert nur noch die Bezeichnung einer U-Bahn-Station an einen ebenso wunderschönen alten Berliner Platz, den Spittelmarkt, an dessen Stelle sich heute ebenfalls nur noch eine Verkehrswüste befindet. Auch dieser Platz wurde von Graf sehr schön dokumentiert.

Dr. Hansjürgen Bals, Werder

WAS WÜRD AIWANGER SAGEN? ZU: EINE DEUTSCHE AFFÄRE (NR. 36)

Die Kampagne gegen Hubert Aiwanger, losgetreten von einem linken Lehrer, ist ohne Zweifel ein Bubenstück aus der parteipolitischen Trickkiste, das schon so oft in unserm Land gespielt worden ist. Ich erinnere mich dabei an den Rücktritt des Bremer Bausenators Hans Stefan Seifriz (SPD) im Jahre 1979.

Seifriz hatte als 16- oder 17-jähriger Hitlerjunge während des Krieges zeitgemäße Texte veröffentlicht. Nach 35 Jahren wurden diese Texte wieder ausgegraben,

von der CDU mit Schützenhilfe einer Zeitung der Öffentlichkeit präsentiert, und zwar termingerecht vor der Bremer Bürgerschaftswahl. Also im Grunde dasselbe Muster wie aktuell im Fall Aiwanger.

Eine Kampagne wie gegen Aiwanger wird natürlich von dem üblichen Ritual begleitet: Politiker, „Qualitätsjournalisten“, Vorsitzende, Generalsekretäre, Präsidenten und Beauftragte liefern postwendend moralgeschwängerte und empörungsgeladene Kommentare oder fordern „vollständige Aufklärung“ wie in der Tat der vergessliche ehemalige Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz. Nur: Um Moral geht es ja gerade nicht, sondern darum, welchen parteipolitischen Profit man auch aus Hitlerjungen- oder Schülerorten ziehen kann.

Nun ist Aiwanger natürlich selbst Angehöriger unserer politischen Klasse. Deshalb würde es mich schon interessieren, wie er sich verhalten und welchen Kommentar er geliefert hätte, wenn die Angriffe nicht ihm, sondern einem politischen Konkurrenten gegolten hätten. Aiwangers Antwort hätte ich zu gerne gehört.

Edelbert Brey, Sulzbach-Rosenberg

UNKLUGE ENTSCHEIDUNGEN ZU: „ÜBER SIEG UND NIEDERLAGE ENTSCHEIDEN NICHT DIE WAFFEN“ (NR. 35)

Von Beginn an ist von politischer Seite der Ukrainekrieg im Schwerpunkt unter dem Blickwinkel der Lieferung von Waffen betrachtet worden, die den Sieg über Russland bringen sollten. Angela Merkel hat nach dem Ende ihrer Dienstzeit zugegeben, dass die Minsk-Verträge geschlossen wurden, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Vor dem Hintergrund des 2014 auf dem Majdan herbeigeführten Regierungswechsels und der damit langfristig angestrebten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine war das eine zutiefst moralisch verwerfliche und unkluge Entscheidung.

General Kujat hat in größtmöglicher Offenheit die militärische Situation und

den Stand der politischen Entscheidungen analysiert. Seine klare Diagnose, die nicht durch Mainstream-Nebelkerzen beeinflussbar ist, weist auf einen nicht eringbaren Sieg beider Seiten hin. Er beleuchtet die Auswirkungen des hohen Blutzolls (die jüngste Einschätzung der verwundeten und getöteten ukrainischen Soldaten liegt bei 400.000), den die Ukraine für eine weitere militärische Auseinandersetzung bringt und damit schon niemals zu den Gewinnern gehören kann.

Ferner sieht er deutlich die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts, wenn die Europäer hochmoderne Waffen (Kampfbomber und Marschflugkörper) aus US-Produktion liefern, wobei sich die Amerikaner als Drahtzieher des Konflikts hinter der europäischen Politik feigenblattnäßig im Hintergrund halten. Dass Verhandlungsergebnisse erzielt werden könnten, belegt er mit den Verhandlungen, die im März 2022 zwischen den Kriegsparteien geführt worden sind (deren Ergebnis aufgrund der Intervention des englischen Premiers jedoch unterminiert wurden).

Unbeschadet des weiteren Ausgangs dieses Bruderkrieges müsste, folgte man dem gesunden Menschenverstand dieses zweifelsfrei klugen Militärs, auch jeder in der Verantwortung stehende Politiker auf die Idee kommen, dass hier nur der Verhandlungsweg ein Ausweg aus der verfahrenen Situation sein kann und dass das Sterben einer ganzen Generation nur so zu verhindern ist.

Öfter wurde der Ruf nach Deutschland als europäischer Führungsmacht laut. In Berlin wird heutzutage allerdings nur von einer Zeitenwende schwadroniert und mit herbeiphantasiertem Sondervermögen für militärische Zwecke potemkinsche Dörfer aufgebaut. Es fehlt uns in der bundesdeutschen Politik ein „General“ vom Format eines Herrn Kujat, eine über den Tellerrand schauende Persönlichkeit, die Alternativen zu den unseligen Waffenlieferungen formulieren kann.

Ob wir mit einem Kanzler, der wahrscheinlich schon vergessen hat, dass ihm die wirtschaftliche Lebensader (Nordstream) weggesprengt wurde, und mit ei-

ner Regierungsmannschaft, die sich fern jeglicher Realität lieber in Gender- und Klimafragen austobt, einen Beitrag zu einem europäischen Frieden leisten können, darf herzlich bezweifelt werden.

Rudolf Neumann, Torsås/Schweden

KAUM NACHHALTIGE ANLAGEN ZU: NRW-LANDTAG SCHAFFT MINDESTABSTAND AB (NR. 35)

Als laienhafter, aber wahrhaftiger Zeitzeuge des Windparks „Jüterbog Ost“ möchte ich auf den Flächenbedarf einer bei uns um 2015 im Wald errichteten Windkraftanlage (WKA) eingehen. Diese dort errichteten Windräder haben eine Nabenhöhe von 112 Metern und wurden teils im Wald errichtet. Pro WKA wurde dazu eine Fläche von einem Hektar im Kahlschlag abgeholzt, die als Montage- und Lagerfläche benötigt wird. Dazu kommt je WKA minimal ein gleichartig großer Flächenanteil für freigeschlagene, sechs Meter breite, dauerhaft bleibende Zufahrtswege.

Bei der Montage- und Lagerfläche wird von der Politik so getan, als ob sofort nach einer WKA-Errichtung wieder Wald durch Wiederaufforstung vorhanden wäre. Wenn überhaupt eine sofortige Wiederaufforstung erfolgt, dann dauert es weitere 20 Jahre, ehe man überhaupt wieder von Wald sprechen kann.

Bei den heutigen extrem großen Nabenhöhen wird sich der Montage- und Lagerflächenbedarf um einiges erhöhen.

Karlheinz Niendorf, Jüterbog

LASST IHN HÄNGEN! ZU: STOLZE 86 ANKLAGEPUNKTE SOLLEN DONALD TRUMP ZUR STRECKE BRINGEN (NR. 35)

Es ist auffällig, dass alle Staatsanwälte, Richter und Justizminister Frauen der Demokraten sind. Was hat der Donald diesen Frauen angetan, dass sie ihn hängen sehen wollen? Die USA sind noch schlimmer dran als Deutschland mit seinen „politischen Frauen“. *Michael Holz, Boquete*

ANZEIGE

Die goldene Ära des Silbers

■ Innerhalb von 2 Jahrzehnten hat sich die globale Geldmenge verfünffacht! Bargeld hat wegen der Inflation kaum noch einen Wert. Die Covid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg beschleunigen das ungezügelte Geldrücken weiter und lösen einen Reset des globalen Finanzsystems aus.

Ist Ihnen aufgefallen, dass es immer wieder gut informierte Investoren gibt, die nicht nur völlig unbeschadet durch Krisenzeiten kommen, sondern ihr Vermögen dabei sogar noch vervielfachen?

Der größte Silber-Bullenmarkt unseres Lebens

Diese Möglichkeit eröffnet sich Ihnen nun auch. *Der große Silber-Bulle* zeigt, warum Sie in der kommenden Finanzkrise auf Silber setzen sollten und wie Sie das Edelmetall in unsicheren Zeiten zu Ihrem persönlichen Gewinn einsetzen können.

Nutzen Sie eine Gelegenheit, wie sie sich jeder Generation nur einmal in ihrem Leben bietet!

Der große Silber-Bulle ist Ihr Leitfaden, der Ihnen hilft, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Egal, ob Sie sich vorher noch nie mit dem Thema Silber auseinandergesetzt haben oder ob Sie bereits ein Profi sind – dieses Buch vermittelt Ihnen, welche Rolle Silber im Verlauf

der Geschichte gespielt hat, und erklärt, warum Silber perfekt dafür geeignet ist, von der Inflation und dem Boom der regenerativen Energien zu profitieren.

Die Explosion des Silberpreises

Der große Silber-Bulle zeigt, warum und wie Sie in Silber investieren sollten. Es eröffnen sich einmalige Möglichkeiten, die Sie reich machen und Ihnen einen sorgenfreien Lebensabend ermöglichen werden.

Wie Sie Ihr Gewinnpotenzial voll ausschöpfen und Risiken minimieren

Für Ihre Zukunft wird dieses Buch von entscheidender Bedeutung sein. Es wird Ihnen als Leitfaden dafür dienen, harte Zeiten unbeschadet zu überstehen. Mehr noch: Es wird Ihr Weg sein, auf Ereignisse, die für die meisten Ihrer Mitmenschen völlig überraschend und teilweise vermögensvernichtend eintreten werden, vorbereitet zu sein und von diesen sogar zu profitieren.

»Der bislang beste Ratgeber für Silberinvestoren!«
Smart Investor

Der große Silber Bulle
Peter Krauth
Wie Sie die Inflation abwehren und profitieren, während der Dollar stirbt
KOPP

Peter Krauth: Der große Silber-Bulle gebunden • 349 Seiten • zahlreiche Abbildungen Best.-Nr. 988 900 • 29,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

NATURSCHUTZ

Da wächst etwas zusammen

Das Grüne Band am früheren Todesstreifen der innerdeutschen Grenze – Ein europäischer Biotopverbund und Ort politischer Bildung

VON MARKUS BAUER

Einst Todesstreifen, nun ein Ort des Lebens – konkret ein Rückzugsort für bestimmte Tier- und Pflanzenarten. Aber auch der Kommunikation, wenn man an die mit der Geschichte und Gegenwart dieses Streifens verbundene Bildungsarbeit denkt. Das „Grüne Band“ sei eine „einzigartige europäische Erinnerungslandschaft, die Natur und Geschichte verbindet“, wie es der bei der Umwelt- und Naturschutzorganisation BUND für den Bereich „Grünes Band“ zuständige Projektmanager Martin Kuba bei einer Veranstaltung ausdrückte.

Blenden wir einige Jahrzehnte zurück – in die Zeit des Kalten Krieges, der Mauer und des Eisernen Vorhangs. Besonders die damalige Bundesrepublik Deutschland besaß mehr als vier Jahrzehnte eine sehr lange, direkte Grenze zum Warschauer Pakts, konkret zur DDR und zur Tschechoslowakei. Hier wurden die Grenzanlagen breit und mit mehreren Sicherungssystemen ausgebaut, sodass sich diese Naturflächen ganz speziell und meist anders entwickelten als in anderen Regionen.

Oft waren mit dem Bau der Grenzanlagen Zwangsumsiedlungen verbunden. Andererseits konnten sich im sogenannten Niemandsland wertvolle Biotope erhalten, da diese Flächen keiner Nutzung unterlagen.

Erste Kartierungen des Grenzstreifens datieren aus der Mitte der 1970er Jahre, wobei schon damals – im Landkreis Coburg – unter anderem seltene Vogelarten gefunden wurden. In den 1980er Jahren wurden auf DDR-Gebiet zum Beispiel Braunkehlchen entdeckt, was zum gegenseitigen Informationsaustausch führte und die ökologische Bedeutung des Streifens deutlich machte. Vergleichbare Erfahrungen gab es auch im Streckenverlauf der bayerisch-tschechischen Grenze, die aber hinsichtlich der Grenzanlagen sowie weiterer Aspekte etwas anders strukturiert ist.

Sehr schnell nach dem Mauerfall und der Grenzöffnung zur Tschechoslowakei war bereits am 9. Dezember 1989 die Ge-



Einst Todesstreifen, jetzt Naturschutzprojekt: Grünes Band zwischen Hessen und Thüringen bei Volkerode im Landkreis Eichsfeld

burtsstunde des Grünen Bandes durch den BUND in Bayern mit der einstimmig verabschiedeten Resolution „Grünes Band“. In dieser wird gefordert, wertvolle Habitate und Biotop dauerhaft in diesem europäischen Grenzstreifen als ökologisches Rückgrat Europas zu sichern. Die Aktivitäten nahmen in den 1990er Jahren zu, weitere Länder und Regionen traten bei, sodass die gesamte Strecke des Grünen Bandes 12.500 Kilometer, acht biogeographische Regionen und 24 Staaten umfasst.

Vor allem Bildungsarbeit war nun angesagt sowie die Gewinnung von Unterstützern aus der Gesellschaft. Neben der Artenvielfalt galt es, auch Relikte dieser Region wie Grenzsicherungsanlagen oder verschwundene Dörfer als Erinnerungstücke an diese Zeit zu sichern. Für die Waldbirkenmaus sind zum Beispiel Flächen des Grünen Bandes einer von drei noch möglichen Lebensräumen. Der

Laubfrosch findet hier ebenso eine Heimat wie viele Pflanzen wie das Breitblättrige Knabenkraut, der Gelbe Frauenschuh oder Arnika. Mitunter gab es auf diesen Flächen den Einsatz von Pestiziden, wodurch manche Areale fast wie eine „Mondlandschaft“ aussehen, aber sich auch Nischen für bestimmte Pflanzen, Bäume und Vögel entwickeln konnten.

Den deutsch-deutschen Aspekt des Grünen Bandes und der politischen Bildung drückt insbesondere die Stiftung und die Gedenkstätte „Point Alpha“ aus, die an der früheren deutsch-deutschen Grenze beziehungsweise im jetzigen Grünen Band liegt. Während des Kalten Krieges war Point Alpha der am weitesten im Westen gelegene Punkt der Grenze zwischen Ost und West. Da man vorrangig hier kriegerische Aktionen erwartete, waren auf beiden Seiten die Grenzanlagen stark ausgebaut. Heute befindet sich Point Alpha im hessisch-thüringischen Grenz-

raum mit den Gemeinden Rasdorf (nordöstlich von Fulda) und Geisa (Sitz von Point Alpha). Die Stätte sieht sich als Mahn-, Gedenk- und Begegnungsort an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, als Ort der Erinnerung und des Blicks in die Zukunft.

Auch wissenschaftliche Aufarbeitung steht im Fokus, insgesamt soll es ein anschaulicher, authentischer Lernort sein und der Archivierung dienen. Im Haus auf der Grenze gibt es eine Dauerausstellung (Kalter Krieg, Grenzregime, Bundesgrenzschutz, Zoll beziehungsweise DDR-Grenztruppen, Regionalgeschichte, Vertreibungen, Zwangskollektivierungen in der Landwirtschaft, persönliche Schicksale, Flucht). Weitere Elemente sind der Kolonnenweg, die Mustergrüne in den drei Ausbaustufen (Sperranlagen und Schlagbaum von 1952, Ausbaustufe ab Beginn der 1960er Jahre, Ausbaustufe ab Anfang der 1970er Jahre – noch original exist-

ent), ein ehemaliges US-Camp (Teile des Großgeräts, Fahrzeuge, Militärgeschichte, Zusammenleben der US-Soldaten mit westdeutschen Bürgern), der Wiesfelder Turm (DDR-Turm) und der Weg der Hoffnung (14 Skulpturen, angelehnt an die Passion Jesu mit Hinweisen auf die kommunistische Gewaltherrschaft). Ein guter Teil dieses früheren Areals ist heute frei passierbar, im Point Alpha gibt es inzwischen eine Sonderausstellung zum Thema „Grünes Band“, ebenso eine über das Biosphärenreservat Rhön.

Speziell im Grenzraum von Oberpfälzer Wald und Böhmerwald greift die Erinnerungskultur – konkret die Freilegung, so weit möglich, ehemaliger, untergegangener Siedlungen. Das bekannteste und größte Ausgrabungsprojekt ist Grafenried [Lučina]. Hier dachte man zuerst nur an die Kirche, die das tschechoslowakische Militär in den 1970er Jahren vernichtet hat. Bald gewann ein weiteres Gebäude, die Brauerei, an Bedeutung. Auch Überreste von dieser wurden freigelegt, sogar Bruchstücke alter Bierflaschen gefunden.

Es folgten das Pfarrhaus, der Friedhof, das Schloss (spätere Nutzung als Schule) und das Wirtshaus. Neben diesem „Aushängeschild“ gibt es viele weitere gelungene Freilegungen, aber auch weniger gute Beispiele. Oft verzögern oder behindern ungelöste Fragen in verschiedenen Bereichen die Arbeiten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Das Grüne Band hat seit über 33 Jahren eine völkerverbindende Wirkung und leistet grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Erwähnt sei abschließend noch das seit August 2018 und noch bis Dezember 2024 laufende Projekt „Grenzüberschreitende Renaturierung von Mooren zur Unterstützung der Artenvielfalt und des Wasserhaushalts im Böhmerwald und im Bayerischen Wald“.



● **Buchtip** Ines Godzgar: „Grenzschieksale: Als das Grüne Band noch grau war“, Verlag Janos Stekovic, Döbel 2023, 592 Seiten, 32 Euro

TANZLEGENDE

Die Frau mit dem Bananenrock

Josephine Baker: Vom Glamourgirl zur Vorkämpferin gegen Rassismus – Bonner Bundeskunsthalle widmet ihr eine Ausstellung

Die Bundeskunsthalle in Bonn zeigt noch bis 24. September die zahlreichen, oft überraschenden Facetten des Lebens der Josephine Baker (1906–1975), die als erste afroamerikanische Künstlerin in den 1920er Jahren Weltruhm erlangte. Uner-schrocken und selbstbewusst kämpfte sie ihr Leben lang gegen Rassismus und für Gleichheit und Menschlichkeit.

Als 19-Jährige kam die 1906 in St. Louis/USA am Mississippi in einem armen Schwarzenviertel geborene Freda Josephine McDonald 1925 nach Paris. Hier wurde sie als Josephine Baker der erste dunkelhäutige Weltstar und die höchstbezahlte Revuetänzerin der Welt.

In ihrem Heimatland, der – selbsternannten – „ältesten Demokratie“ der Welt, hatte Josephine als Kind Rassismus der übelsten Sorte erlebt. Unfassbar war es für sie daher, dass sie in Paris im Restaurant von einem weißen Kellner bedient wurde. In ihrer Heimat hätte sie sich dagegen noch nicht einmal auf die gleiche

Parkbank oder im Bus auf die gleiche Sitzbank mit Weißen trauen dürfen. Für sie war klar: Die Freiheitsstatue steht zwar vor der Hafeneinfahrt von New York, die von ihr erlebte Freiheit erlebte sie unterm Eiffelturm von Paris in Europa.

Baker kokettierte in den 1920er Jahren mit ihrer Hautfarbe und parodierte die auch in Europa herrschenden Klischee-Vorstellungen von den wilden Schwarzen, die halbnackt durch den Urwald laufen. Als Tänzerin im Bananenrock gekleidet, verdrehte sie die Augen und den Zuschauern ihrer Revue den Kopf. Die provokante Nacktheit kontrastierte sie im Laufe der Jahre mit mondänen Roben. Dank ihres Showtalents wurde die „Exotin“ zum umjubelten Star. Viele namhafte Fotografen und Künstler portraitierten sie. In den Medien war sie omnipräsent. 1934 galt sie als die reichste afroamerikanische Künstlerin der Welt.

Neben der Verehrung durch das Publikum erlebte Josephine Baker aber immer

wieder auch Anfeindungen. Bei einem Gastspiel 1928 in Wien ließen klerikal-konservative Kreise die Glocken der Pau-



Gut in Szene gesetzt: Josephine Baker

laner-Kirche läuten, um vor dem „schwarzen Teufel“ zu warnen. In New York wurde sie 1935 trotz ihrer inzwischen erlangten Prominenz weiterhin in Hotels abgewiesen und in Restaurants nicht bedient.

Doch von ihrem Kampf für Gleichberechtigung ließ sie sich dadurch nicht abbringen. Zurück in Europa schloss sie sich nach der Besetzung Frankreichs durch Deutschland der Résistance an und schmuggelte Geheiminformationen ins Ausland. Als Truppenunterhalterin trat die Tänzerin von 1941 bis 1945 sogar für die US-Streitkräfte in Nordafrika auf. Die Tänzerin konnte durchsetzen, dass alle Soldaten, unabhängig von ihrer Hautfarbe, im Publikum saßen.

Baker hatte keine eigenen Kinder. Doch adoptierte sie mit ihrem Ehemann Jo Bouillon zwölf Kinder aus unterschiedlichen Kulturen, um der Welt zu zeigen, dass Gleichberechtigung und Menschlichkeit unabhängig von Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht gemeinsam

gelebt werden können. Der Unterhalt dieser multikulturellen Familie bescherte ihr bis 1957 jedoch einen Schuldenberg in Millionenhöhe.

1969 war Baker dann zahlungsunfähig. Schauspielerinnen Brigitte Bardot und Fürstin Grazia Patrizia von Monaco unterstützten sie. Zum 50. Bühnenjubiläum ging Josephine Baker 1975 in Paris noch einmal auf die Bühne. Ein Schlaganfall wenige Tage danach beendete ihr Leben. In Monaco wurde sie beerdigt.

Am 30. November 2021 wurde Baker als sechste Frau überhaupt in die Ruhmeshalle der französischen Nation aufgenommen, ins Panthéon. Eine Ehrung mit Signalwirkung. Siegfried Schmidtke

● **Ausstellung** „Josephine Baker – Freiheit, Gleichheit, Menschlichkeit“, noch bis zum 24. September in der Bundeskunsthalle Bonn, Helmut-Kohl-Allee 4, 53113 Bonn, Eintritt: 5 Euro www.bundeskunsthalle.de

● FÜR SIE GELESEN

Menschen unterwegs

Der Titel führt ein wenig in die Irre: „Alle einsteigen. Die Geschichte der U-Bahn“ ist mehr als untertrieben. Das Kinderbuch, das Alexandra Litwina und die Illustratorin Anna Desnitskaya, beide aus Moskau, hier vorlegen, zeigt viel mehr als das. Obwohl auf dem Buchumschlag der größte Berliner U-Bahnhof Alexanderplatz abgebildet ist, geht es vor allem darum, wie Menschen sich von Anfang der Zeiten an fortbewegt haben. Ob Pferdewagen, Fahrrad, Dampflokomotive, Auto, U-Bahn, Straßenbahn – es ist alles dabei, was Menschen von einem Ort zum anderen transportieren kann.

Das Buch beginnt mit einer kurzen Geschichte der Fahrzeuge und des Rades auf und unter der Erde. In 22 Kapiteln wird alles, was es zu Fortbewegungsmitteln zu sagen gibt, erwähnt oder angeschnitten. Mehrere Kapitel wie die Entwicklung der Dampflokomotive oder des Autos, Stadtentwicklung, U-Bahnen in aller Welt und viele mehr, hätten eigene Bücher füllen können. Ein aufklappbares Mittelblatt zeigt, wie sich eine Stadt von den 1920er Jahren bis heute entwickelt hat.

Neben der Geschichte von Verkehrsmitteln auch die Entwicklung von Städten

Einprägsam und historisch korrekt beschreibt die Autorin die Passagen zur Straßenbahn, als der Erfinder und Unternehmer Werner von Siemens 1879 auf der Berliner Gewerbeausstellung die erste oberirdische elektrifizierte Eisenbahn vorstellte. Später wird sie Straßenbahn genannt und kommt ohne Kohlen aus, da der Strom über die Fahrschienen zur kleinen Elektrolokomotive geleitet wird. Mit großer Liebe zum Detail sind hier Stationen der Fortbewegungsmittel in historisch wunderschöne Bilder eingepackt. Nicht nur, dass man Berliner Bürger sich lautstark über die „Elektrische“ freuen sieht und in der Kleidung des 19. Jahrhunderts sehen kann, auch die Veränderung der Haltestellen von 1900 bis heute sind zu bewundern.

Für den U-Bahnbau nimmt sich Litwina besonders viel Zeit in den Kapiteln 13 bis 20, wo man die Bauarbeiten, aber auch eine U-Bahnstation in Berlin, den Alexanderplatz, einmal genauer betrachtet. Auch gibt es in der Mitte des Buches ein Würfelspiel, das zu einem unterirdischen Stadtbummel einlädt. Ebenso wird der Eurotunnel und sein Aufbau nicht vergessen. Am Ende dürfen kleine Leser noch zeigen, dass sie genau aufgepasst haben, um zehn Fragen zu beantworten. Außerdem fordert eine Doppelseite dazu auf, den Verkehr der Zukunft in 100 Jahren zu zeichnen.

Ein prallgefülltes und hochinformatives Werk für Groß und Klein. Inhaltlich ist es viel spannender als die Geschichte auf wenig Raum und von daher einfach ein großartiges Buch.

Silvia Friedrich



Alexandra Litwina/Anna Desnitskaya: „Alle einsteigen! Die Geschichte der U-Bahn“

Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2023, gebunden, 48 Seiten, 24 Euro

RATGEBER DER WOCHE

Beweglich bis ins hohe Alter

Tai Chi ist eine Möglichkeit, mit sanften Bewegungen fit zu bleiben. Wie es geht, verrät die Wellness-Trainerin Barbara Reik



FOTO: SHUTTERSTOCK

Richtige Bewegungen Der handliche Kompakt-Ratgeber „Tai Chi für zwischendurch“ von Barbara Reik beginnt mit den Grundlagen des Tai Chis und gibt Hinweise auf die richtige Praxis.

Im nächsten Kapitel wird anhand von Fotos gezeigt, wie die Vor- und Basisübungen ausgeführt werden sollen. Am Schluss wird noch über die fünf Elemente Wasser, Holz, Feuer, Erde und Metall berichtet. Für Menschen mit einem Interesse an sanftem Entspannungssport ist Tai Chi das Richtige, um bis ins hohe Alter beweglich zu bleiben.

Das Buch ist ein nützlicher Ratgeber. Es empfiehlt sich aber, die Übungen vorher im Fernsehen anzusehen oder einen Kurs zu belegen. Wenn man dann weiß, wie man sich zu bewegen hat, ist dieses Buch eine sehr gute Hilfe. Zusätzlich kann man noch eine CD für Audio-Übungen und Entspannungsmeditation erwerben.

Das kleine Handbuch kann man sehr gut mitnehmen, wenn man beispielsweise die Tai Chi Übungen in der freien Natur machen möchte oder in der Mittagspause, um Stress abzubauen. Reik ist selbstständige Tai Chi und Wellness-Trainerin und bereits durch viele

Workshops und Seminare einem großen Publikum bekannt.

Angela Selke



Barbara Reik: „Tai Chi für zwischendurch“, mankau Verlag, Murnau 2023, Taschenbuch, 126 Seiten, 8,99 Euro

AFRIKA

Geschichte des Schwarzen Kontinents

Howard W. French erklärt, welche Rolle afrikanische Staaten für die Entstehung der Moderne hatten

VON DIRK KLOSE

Der afro-amerikanische Historiker Howard W. French nennt sein Afrika-Buch im Untertitel selbstbewusst „eine Globalgeschichte“. Das mag etwas hoch gegriffen sein, aber tatsächlich wird die Geschichte zwischen den Anrainerstaaten beiderseits des Atlantiks zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert derart aufrüttelnd und packend mit derart vielen Einzelheiten zu historischen Abläufen erzählt, dass dem am Verlauf der europäischen Geschichte gewohnten Leser stellenweise regelrechte Aha-Erlebnisse bevorstehen.

In der europäischen Geschichtsschreibung wird mit der Renaissance um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert der Beginn der Neuzeit datiert. Zur gleichen Zeit aber, noch bevor Kolumbus Amerika entdeckte, hatten beispielsweise die Portugiesen intensive Handelskontakte mit westafrikanischen Gesellschaften geknüpft. Zu einer Zeit, als mit Luthers Reformation in Mitteleuropa langandauernde Ordnungen brüchig wurden, hatten Portugiesen und bald auch Spanier feste Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und ihren neuen Besitzungen in Mittel- und Südamerika etabliert. Und zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges war – und das ist dann freilich der düstere Aspekt der ganzen Darstellung – ein florierender Sklavenhandel für alle Europäer eine Selbstverständlichkeit.

Der Autor war lange Zeit Auslandskorrespondent für die „New York Times“ und hat dabei viele Länder in Afrika und Asien kennengelernt. Seit mehreren Jah-

ren ist er Professor of Journalism an der New Yorker Columbia University. Ebenso wie seine Frau hat er Vorfahren, die noch die Sklavenzeit in den USA erlebt hatten. So ist sein Buch auch mit großer Sensibilität und Anteilnahme für das Leiden der aus Afrika verschleppten, in Silberminen, auf Zuckerrohr- und Baumwollplantagen zu extremer Arbeit gezwungenen Menschen geschrieben.

Lange Zeit terra incognita

Lange waren die Länder südlich des Mittelmeeres für die Europäer eine terra incognita. Vereinzelt Reisen mutiger Europäer hatte es zwar immer mal gegeben, doch ein regelrechter Entdeckertrieb erwachte erst Anfang des 15. Jahrhunderts, wofür bei Portugal dessen legendärer Seefahrer Heinrich der Entdeckter steht. Die Portugiesen tasteten regelrecht die afrikanische Westküste ab, und als sie bei den dortigen Bewohnern überraschende Goldfunde ausmachten, gab es kein Halten mehr. Als sich auch Spanien einmischte, kam es bereits 1478 zum ersten innereuropäischen Kolonialkrieg, an dessen Ende durch päpstlichem Bescheid Portugal alle Gebiete südlich der Sahara erhielt, Spanien die begehrten Kanaren.

Als Symbol für den frühen europäischen Anspruch auf Afrika gilt dem Autor das schon 1481 von den Portugiesen errichtete Fort Elmina westlich der ghanaischen Hauptstadt Accra, das noch heute als Elmina Castle besichtigt werden kann. Für die Portugiesen war es jahrzehntelang zentraler Ort des Gold- und Sklavenhandels. Bis ins 18. Jahrhundert gab es mehr als 60 europäische Außenposten, sogar Preußen unter dem Großen Kur-

fürsten mischte kurzzeitig mit. Alle Europäer prägte die Vorstellung, die primitiven Völker Afrikas und Amerikas mit europäischen Vorstellungen und Werten „beglücken“ zu müssen.

Es sind fast schon abenteuerliche Geschichten, die der Autor erzählt. Der Goldrausch der Europäer wurde schon bald abgelöst durch den noch lohnenderen Handel mit Menschen, also mit Sklaven aus innerafrikanischen Gebieten, die den Europäern massenweise zugeführt wurden. Bis zum frühen 19. Jahrhundert sollen etwa zwölf Millionen Afrikaner als Arbeitssklaven verschleppt worden sein. Deren Lebensdauer betrug danach in der Regel nicht mehr als sieben Jahre.

Statt Goldrausch Sklavenhandel

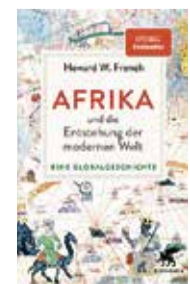
Es waren die hier entwickelten frühkapitalistischen Wirtschaftsformen, in denen der Autor, obwohl sie Sklavenarbeit zur Voraussetzung hatten, den Beginn der modernen Welt sieht. Bald schon entdeckte man, dass sogar noch lohnender als Gold der intensive Anbau von Zuckerrohr war. Auf der portugiesischen Insel Sao Tomé wurde erstmals Zucker in großem Stil produziert. Bald folgten die fruchtbaren Gebiete im brasilianischen Pernambuco, im 18. Jahrhundert – von den Briten ins Extrem getrieben – die Karibikinsel Barbados und die von Frankreich okkupierte Insel Saint Domingue, das heutige Haiti.

Haiti hat sich mit einem Sklavenaufstand von 1791 bis 1804 von der europäischen Herrschaft befreit. Der Autor schildert das für ganz Amerika epochale Ereignis mit spürbarer Sympathie für die mutigen Sklaven und ihrem legendären

Anführer Touissant Louverture. Selbst Napoleon musste am Ende den Inselstaat aufgeben. Andere Aufstände etwa auf Sao Tomé oder im US-Bundesstaat Virginia wurden blutig niedergeschlagen. Zuletzt fragt der Autor, was in Musik (Blues) und Tanz das „Geschenk des Schwarzen Mannes“ an die Welt gewesen sei.

Viele Fragen aufgeworfen

Viele Fragen bleiben am Ende, etwa warum sich die Afrikaner so wenig dem Sklavenhandel widersetzt haben, ja, warum überhaupt die teilweise doch starken afrikanischen Gemeinschaften so rasch vor dem europäischen Ansturm kapitulierten, auch, ob die Moderne nicht mehr durch innereuropäische Entwicklungen in Technik und Wissenschaft vorangetrieben wurde oder die großen Zivilisationen Indiens und Chinas für die Weltgeschichte relevanter sind. Aber das sind keine kritischen, sondern vom Buch selbst aufgeworfene Fragen. Solche Reaktionen beim Leser herauszufordern, zeichnet letztlich ein gutes Buch aus. Hier sei es, so French, der Versuch, „Afrika endlich den Platz in der ersten Reihe einzuräumen, der dem Kontinent bei der Entstehung unserer Moderne gebührt“.



Howard W. French: „Afrika und die Entstehung der modernen Welt. Eine Globalgeschichte“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023, gebunden, 510 Seiten, 35 Euro

LANDESKUNDE

Letzte Zeugnisse des barocken Königsberg

Zur Geschichte zweier bis heute erhaltener Barockhäuser in der Königstraße

VON WULF D. WAGNER

Man hielt in Königsberg nicht viel auf seine barocken Häuser. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und vor allem im Bauboom der Gründerzeit fiel ein Haus nach dem anderen der Spitzhacke zum Opfer, und mehrgeschossige Wohn- und Geschäftshäuser eines hier selten anspruchsvolleren Historismus und Jugendstils wuchsen empor. Provinzialkonservator Richard Dethlefsen konnte noch in den 1920er Jahren fast nur von den neuesten Abrissen berichten, zu schützen war wenig.

Die einheitliche Schönheit Danziger Straßenzüge, die den Ruhm dieser Stadt als baugeschichtliches Juwel begründen, war in Königsberg schon lange vor dem britischen Bombenangriff 1944 nicht mehr vorhanden: Die Beischläge in der Kneiphöfischen Langgasse waren dem Verkehr ebenso geopfert worden, wie die giebligen Bürgerhäuschen vor dem Schloss einer Terrassenanlage weichen mussten. Und dann sanken auch das Schloss, alle alten Kirchen und die letzten mittelalterlichen Bürgerhäuser beim Bombenangriff in Trümmer und die Ruinen wurden nach 1945 abgeräumt. Dennoch blieben inmitten Kaliningrader Tristesse zwei Barockpalais – Königstraße 55 und 56 (heute uliza Frunse 13) – wie durch ein Wunder erhalten. Zusammen mit dem unter König Friedrich I. errichteten Waisenhaus sind sie heute die letzten Zeugnisse des barocken Königsberg.

Spektakuläre Archivfunde

Die Geschichte beider Häuser war bisher unbekannt. In verschiedenen Veröffentlichungen geistern widersprüchliche Baudaten und Erzählungen zu ihnen umher. Nun konnte Dank der sogenannten Königsberger Hausbücher im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu Berlin, in dem das bei Kriegsende gerettete Königsberger Staatsarchiv bewahrt wird, ihre Geschichte seit ihrer Erbauung im späten 17. Jahrhundert geklärt werden.

Beide Häuser lagen auf dem Gelände des herzoglich-kurfürstlichen Jägerhofes, dessen Bauten der Forst- und Jagdverwaltung des Preußenlandes dienten. Warum und wann sie von diesem abgetrennt worden waren, war schon 1687 nicht mehr bekannt. Bereits vor 1685 war die Königstraße 55 an Christoph Hildebrand von Nettelhorst gelangt, der sich damals entschloss, ein Haus zu errichten. Es wurde der heute als linke Haushälfte erhaltene, zweigeschossige, siebenachsige Bau mit einer eleganten Fassade mit ionischen Pilastern. Das ursprünglich steile Walmdach und die prächtig geschnitzte Treppe im Innern existieren heute nicht mehr.

Das Grundstück kam vor 1692 an die Familie von Götzen, dann an Landhofmeister Christoph Graf von Wallenrodt, nach dessen Tod 1711 an seinen Sohn, Hofgerichtsrat Graf Adam Christoph. In seiner Zeit wurde die Straße sozusagen zur Via Triumphalis Königsbergs, denn König Friedrich Wilhelm I. erwarb 1731 das nur ein paar Häuser weiter östlich, auf derselben Straßenseite liegende von Ostausche Palais, in dem später, bei seinen wenigen Aufenthalten in Königsberg, auch Friedrich der Große abstieg.

Graf Adam Christoph von Wallenrodt's Erben einigten sich 1748, dass ihr ältester Bruder Johann Ernst Graf von Wallenrodt das Königsberger Palais für 10.000 Gulden von ihnen annahm. Nach seinem Tod 1783 wurde es mit allen darin befindlichen Tapeten an Philipp Carl von Borcke veräußert, der es wiederum 1798 für 27.000 Gulden an Carl Albrecht Baron



Zeugnis des barocken Königsberg: Das Tettau-Eulenbursche Palais in der Königsberger Königstraße 56

Foto: privat

von der Trenck abtrat. Aus dessen Nachlass wurde das Haus Königstraße 55 an Carl Friedrich Graf von der Schulenburg verkauft, von dem es 1813 mit zahlreichen Möbeln der jüdische Unternehmer Hirsch Pollack erwarb. Dieser gründete auf dem rückwärtigen Gartenland eine Zucker-Raffinerie mit modernen Fabrikgebäuden. Pollack verblieb das Haus nicht allein in den folgenden Jahrzehnten, sondern es gelang, noch das benachbarte Eulenbursche Palais Königstraße 56 anzukaufen.

Diese Königstraße 56 war im späten 17. Jahrhundert aus dem Besitz der Witwe des Generals Johann Friedrich von Schlieben, Catharina geborene Gräfin Dönhoff, ihrem Mann in zweiter Ehe, Dietrich von Tettau, Herr auf Wicken, zugefallen. Dieser ließ ein älteres Gebäude abbrechen und gleich seinem Nachbarn zur Linken 1694/95 ein zweigeschossiges Haus mit Walmdach neu aufführen. Die barocke Fassade ist aufgrund der Veränderungen von 1794 nicht bekannt; auch hier befand sich im Inneren eine nun nicht mehr erhaltene recht eigentümliche, halbrunde Treppe unter einem Gewölbe.

Stadtsitz der Tettaus und Eulenburs

Dietrich von Tettau, der 1719 zum Oberburggrafen aufstieg – also mit an der Spitze der ostpreussischen Provinzialverwaltung stand –, starb 1730. Das Grundstück fiel an seinen Bruder Minister Friedrich von Tettau, der wiederum laut Testament von 1742 bestimmte, dass die Witwe Oberburggräfin Catharina von Tettau „so lange als sie lebet, freye Wohnung in dem Hause“ haben sollte und ihr jährlich 4.500 Gulden zu ihrem Unterhalt aus den Wickenschen Gütern zu zahlen waren; nach ihrem Tod aber sollte das Haus mit den „Mobilien“ an den Erben seiner Güter, seinen Großneffen Ernst Dietrich von Tettau, gelangen.

Mit Ernst Dietrich von Tettau wurde 1752 erneut ein hoher Beamter Eigentümer dieses Hauses, denn er stieg 1753 zum Kanzler des Königreichs Preußen auf. Dreizehn Jahre blieb er im Amt und in der Königstraße, bis er 1766 ausgezeichnet durch „Menschenliebe und eine ungeheuchelte Frömmigkeit nach kurzer schmerzhafter Krankheit im 51sten Jahre“ starb.

Die Ernst Dietrich von Tettau beerbenden Geschwister entschlossen sich zur Teilung des großen Güterbesitzes. Dafür wurde der Nachlass geschätzt und da-

bei für das Palais Königstraße 56 ein Wert von 26.450 Gulden ausgemittelt. In der nur unter den Tettauschen Erben stattfindenden Versteigerung im September 1766 nahm Henriette Charlotte Baronin zu Eulenbursche geborene von Tettau das Haus für sogar 28.500 Gulden an; sie wurde außerdem Herrin Wickens, das bis 1945 Eulenburscher Besitz blieb.

1782 entschloss sich die mittlerweile verwitwete Baronin Henriette Charlotte, ihr Haus nicht etwa an ihren Sohn Ernst Christoph Baron zu Eulenbursche, sondern an dessen Frau, ihre Schwiegertochter Hedwig geborene von der Groeben zu verkaufen. Die „Groeben“ bewahrte durch ihre große Kinderzahl die vor dem Erlöschen stehende Familie – alle heutigen Nachfahren aller Zweige der Eulenburschen gehen auf sie zurück –, und auch der Grafentitel kam mit dem Ehepaar Ernst Christoph und Hedwig bei der Huldigung 1786, als Friedrich Wilhelm II. ihnen diesen verlieh, an die Familie.

Seit dem Hauserwerb pendelten Eulenbursche mit ihren elf Kindern in der Kutsche oder zu Ross zwischen ihren Gütern und Königsberg hin und her. Vor allem zu den Bällen und Lustbarkeiten im Januar ging es in die Stadt. Die kleinen Jungs fanden diese aber im Vergleich zum Landleben recht langweilig, denn im Mittelpunkt ihres Lebens standen die Pferde; diese konnte die Familie aber auch in Königsberg halten, denn zum Haus gehörten – wie bei allen Grundstücken der Königstraße – noch Stallungen und große Gärten. Vieles wissen wir durch im Familienbesitz erhaltene Briefe der 1790er Jahre, die nicht nur ein Bild des herzlichen Umgangs zwischen Eltern und Kindern vermitteln, sondern neben manchem Tratsch und kleineren Ereignissen aus Stadt und Land auch gut unterrichtet über die großen Geschehnisse in Europa berichten.

Ab und an finden sich in Briefen Angaben zur Königstraße 56 und dem Haus des Großvaters Groeben in der Königstraße

45/46. Hierzu schrieb die Schwester Friederike (*1777) im Juli 1794 an ihren im Krieg gegen das revolutionäre Frankreich stehenden Bruder Wilhelm (*1778): „Das[s] der Großvater einen Flügel an seinem Hause baut, von zwey Etagen nach der Seite der Caserne, wird der Vater dir schon gesagt haben. Wenn du nach Königsberg kömst, so wirst du recht schöne Verschönerungen finden, auch bey uns, unser Haus bekömt große [Fenster-]Rauten und wird auch neu abgeputzt werden.“

Die Witwe Hedwig Gräfin Eulenbursche übertrug nach und nach ihren umfangreichen Güterbesitz – die bis 1945 im Familienbesitz verbliebenen Güter Wicken, Prassen und Gallingen – an ihre ältesten Söhne, während das Königsberger Haus wohl erst bei ihrem Tod 1817 an den jüngsten, ohne Güterbesitz gebliebenen Sohn Friedrich Leopold (*1787) gelangte. Er hatte 1811 Amalie von Kleist (*1792) geheiratet, die ihm das Gut Perkuiken im Kreis Wehlau in die Ehe brachte. Nach dem Verlust desselben und dem Tod Amalies 1830 lebte Friedrich Leopold mit seinen Kindern in der Königstraße. Hier sorgte sich die Großmutter Eleonore von Ostau um die beiden Enkelsöhne, darunter den in diesem Haus 1815 geborenen, späteren preußischen Minister des Inneren Fritz Graf zu Eulenbursche. Das Obergeschoss hingegen an Friedrich Leopolds Schwester Emilie Hedwig und seinen Schwager den Kanzler Carl Ludwig August von Wegnern vermietet. Als Graf Friedrich Leopold 1845 starb, müssen sich die Erben vor 1850 entschlossen haben, das Haus an den Nachbarn Pollack zu verkaufen. Pollack vermietete es, und so wohnten hier noch 1852 Major Ludwig Graf zu Eulenbursche, ein weiterer Sohn der Gräfin Hedwig, und weiterhin Wegners.

Königsbergs Untergang überlebt

Etwa im Herbst 1877 wurde die Königstraße 56 von dem Königsberger Landkreis „ganz besonders zur Unterbringung des Landratsamts“ angekauft; „neben den nöthigen Bureauräumen sind in dem Hause noch Wohnungen zur Vermietung an Private übrig, die auch vermietet sind“. Unter denen, die ihre Wohnung in dem Haus nahmen, waren stets die Landräte, deren erster, Otto Carl Freiherr von Meerscheidt genannt von Hüllessem, als Gutsherr von Kuggen nahe Königsberg nicht sonderlich erfreut war, beständig in der Stadt wohnen zu müssen, und schließlich für die Landräte eine Zulassung des doppelten Wohnsitzes, also auch auf dem je eigenen Gut, erwirkte.

Noch manches Mal wechselten in den Häusern Königstraße 55 und 56 Eigentümer, Mieter und Teile der Nutzungen. Dem Provinzialkonservator gelang es, beide Palais unter Denkmalschutz zu stellen. Eine Luftaufnahme nach dem Bombenangriff von 1944 zeigt, dass sie noch mit Dach standen, während rundum nur noch ausgebrannte Ruinen lagen.

Heute befinden sich beide Häuser unter einem neuen gemeinsamen Dach, dienen als Verwaltungsgebäude für die Elektrizitätsversorgung der Oblast Kaliningrad und stehen klein als letzte Zeugnisse der einst prächtigen Königstraße zwischen zahlreichen Neubauten.

● **Dr. Wulf D. Wagner** ist Architekturhistoriker und Publizist. Zu seinen Arbeiten gehören eine zweibändige Geschichte des Königsberger Schlosses (Schnell & Steiner 2008 und 2011) sowie „Die Altertumsgeellschaft Prussia. Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“ (Husum 2019).

www.verlagsgruppe.de



Eigentümerin des Hauses Königstraße 56 von 1782 bis nach 1810 sowie Ahnherrin aller heutigen Linien ihrer Familie: Hedwig Gräfin zu Eulenbursche

Foto: privat

● AUFGESCHNAPPT

Die Berliner Senatsverwaltung hat mit einer Werbekampagne möglicherweise mehr von der inneren Einstellung gewisser Kreise preisgegeben, als ihr lieb ist. Unter der Überschrift „Berliner Kulturlandschaft – geht auf uns“ wirbt die Verwaltung um neue Mitarbeiter für die Finanzämter. Zu sehen sind zwei Frauen, eine mit Kopftuch und eine, die äußerlich ein wenig an eine jüngere Version der früheren Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), erinnert. Schon lange hegen skeptische Zeitgenossen den Eindruck, als betrachte der Staat das Geld der Bürger eigentlich als das seine, während Politiker und Bürokraten kaum noch präsent hätten, dass jeder Cent, den sie ausgeben, Geld anderer Leute sei. Diese merkwürdige, nein, anmaßende Einstellung findet sich auch wieder in Begriffen wie „Steuer-geschenk“, den Politiker gern verwenden, wenn sie den steuerzahlenden Bürgern nur etwas weniger wegnehmen. Der gönnerhafte Slogan von Berlin fügt sich perfekt in diese Denkweise. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

„Nein!“ Oder doch?

Warum Nancy Faeser ihren Cyberchef wirklich entlassen hat, und was ich mir hätte sparen können

VON HANS HECKEL

Das hätten die mir auch früher sagen können: Da müht man sich mehr als drei Jahrzehnte lang, bloß nichts zu schreiben, was nicht stimmt. Man bohrt, prüft, schlussfolgert und prüft wieder – anstrengend und zeitraubend. Dabei hätte ich mir das alles sparen können. Wie wir nämlich gelernt haben, kann man nicht nur ungestraft jeden Blödsinn behaupten, du darfst sogar richtig hinterhältig schmutzeln und einen Menschen grundlos persönlich beschädigen mit deinem Dreck – sobald sie dich dafür zur Rechenschaft ziehen wollen, behaupte einfach, es sei doch nur „Satire“ gewesen, und der sei bekanntlich alles erlaubt.

Aber als der Verfasser dieser Zeilen in den Journalismus einstieg, war die „Methode Böhmermann“ leider noch nicht erfunden. Auch waren die Kabarettisten und Satiriker damals irgendwie anders drauf. Im 20. Jahrhundert hielten es solche Leute für ihre Aufgabe, den Mächtigen auf die Finger zu schauen und ihnen mit dem Werkzeug des Humors einen mitzugeben. Jan Böhmermann und seinesgleichen tun praktisch das Gegenteil. Sie suchen die politische Landschaft ab nach Personen, die vom Kurs einer linken Polit-Elite abweichen, um die Unbotmäßigen ganz im Sinne der Mächtigen an den Pranger zu stellen.

Ob sie das in direkter Absprache mit den Mächtigen tun oder ob sie aus eigenem Antrieb immer ganz zufällig auf deren Seite landen, wissen wir nicht. Böhmermanns Redaktion hatte jedenfalls schon Kontakt zum Bundesinnenministerium der Frau Faeser lange bevor die Ministerin ihren Chef der Cybersicherheit, Arne Schönbohm, strafversetzt hat, kurz nachdem ihm Böhmermann in seiner Sendung unstatthafte Kontakte zu einem dubiosen russischen Verein andichtete – ein Vorwurf, der sich nicht bestätigen sollte.

Bei dem Kontakt soll es aber nicht um Schönbohm gegangen sein, sondern um das Thema „Hetze“. Wir sind sicher, dass dem Böhmermann dazu einiges eingefallen wäre. Er ist schließlich ganz und gar vom Fach. Schönbohms Anwalt sieht die Kontakte zwischen dem „Satiriker“ und den Faeser-Mitarbeitern dennoch als klares Zeichen für ein „Komplott“ gegen seinen Mandanten. Warten wir ab, was die Ermittlungen ergeben. Es sind ja Klagen rausgegangen, gegen den ZDF-

Mann ebenso wie gegen das Ministerium. Übrigens: Böhmermanns neueste Idee für seine Show segelt unter der Überschrift „Lass Dich überwachen!“

Laut Beschreibung des Senders wird das „die einzige Show im deutschen Fernsehen, die nur aus den persönlichen Informationen und Internetaktivitäten ahnungsloser Studiozuschauerinnen und -zuschauer entsteht ... Ob Instagram-Accounts, gelöschte TikTok-Clips, anonyme Blog-Einträge oder längst vergessene Internet-Jugendsünden: Die „Lass dich überwachen“-Redaktion findet alles im Netz ... Vor der Aufzeichnung hat das „Lass dich überwachen“-Team die Internetaktivitäten und Profile aller Studiozuschauer durchleuchtet.“ Daraus soll am kommenden Mittwoch, dem 20. September, eine „bunte, lustige, überraschende und schockierende Show mit verrückten Spielen, irren Aktionen und tollen Preisen“ werden.

Ja, das wird bestimmt ... warten wir's ab. Vielleicht will Böhmermann den Zuschauern im Studio nur auf die harte Tour klar machen, wie leicht sie zu durchleuchten sind, sie also „sensibilisieren“, wie es in solchen Fällen heißt. Trotzdem fügt sich das Format in un-nachahmlicher Weise in das Selbstverständnis linker „Comedians“ unserer Tage, wie wir es vorhin beschrieben haben.

„Deutschlandpakt“ im Papierkorb

Und was ist jetzt mit Nancy Faeser? Die Bundesinnenministerin rudert ausgesprochen hilflos herum. Es sieht so aus, als wollte sie Schönbohm nur weghaben, egal wie und mit welcher Begründung. Möglicherweise störte sie vor allem, dass er CDU-Mitglied ist. Dass sie den Verfassungsschutz auf Schönbohm angesetzt hatte, nachdem sich zuvor partout nichts Nachtteiliges über den Mann finden ließ, hat die SPD-Politikerin schließlich in argen Bedrängnis gebracht.

Aber auf eines legt sie großen Wert. Natürlich seien es nicht die Behauptungen in der „Satire“-Sendung von Jan Böhmermann gewesen, welche den Anlass gegeben hätten zur Versetzung Schönbohms: „Nein!“ Oder doch? Faesers Parteigenosse Lars Castellucci, seines Zeichens Chef des Innenausschusses des Bundestages und damit ganz nah dran am Geschehen, sagte dem „heute journal“ des ZDF: Schönbohm solle „sich die Nachrichtenlage der damaligen Zeit noch einmal anschauen. Es ist schon in der Öffentlichkeit eine starke Resonanz gewesen auf eine Sen-

dung des ZDF.“ Bei besagter „Sendung des ZDF“ kann es eigentlich nur um die Böhmermanns gehandelt haben. Also – wie jetzt? Können sich diese Figuren nicht einmal auf eine gemeinsame Legende verständigen, wenn ihnen die Wahrheit doch oft so schwerfällt? Wir Wähler sind es ja gewohnt, belogen zu werden. Aber die Geschichte muss dann auch rund sein, wir erwarten Qualität.

Sollte Faeser stürzen (und vielleicht ist sie es ja schon, wenn Sie das hier lesen), kann sie erhabenen Hauptes aus dem Amt scheiden. Niemand kann ihr abstreiten, dass sie in ihrer nur zweijährigen Ministerzeit tiefe Spuren hinterlassen hat. Als Chefin des Innenressorts ist die Sozialdemokratin auch für den Schutz unserer Außengrenzen zuständig. Dort verbietet es Faeser der Bundespolizei nach wie vor, stationäre Grenzkontrollen durchzuführen, obwohl gerade die gewaltigste Welle an illegaler Immigration ins Land schwappt, die wir seit 2015/16 gesehen haben.

Bürger geraten in Aufruhr, Bürgermeister funkeln SOS und Landräte sehen ihre Kreise unter der Last der Asylsucher-Aufnahme zusammenbrechen – aber Nancy Faeser zuckt nur mit den Schultern und bleibt standhaft. Heißt: Sie tut nichts. (Siehe Seite 4)

Für ihren Bundeskanzler ist diese Standhaftigkeit, bei der sich Faeser von Teilen der SPD und von den Grünen gestützt sieht, womöglich ein Problem. Denn eine wachsende Zahl von Deutschen sieht diese notorische Nichtsteuer der Ampel-Regierung inzwischen ziemlich kritisch, Umfragen zeigen es. Nur Cannabis legalisieren und die Biologie bei der Geschlechterfrage abschaffen reicht nicht, um eine abstürzende Industrienation, die unter einer Asylflut absäuft, vor dem Abgrund zu retten.

Das weiß auch Kanzler Scholz, der bekanntlich abzulenken weiß. Also verkündete er nun emphatisch den „Deutschland-Pakt“. Nur eigenartigerweise scheint die Fanfare niemanden beeindruckt zu haben. Bei der „Zeitenwende“ hielten noch alle den Atem an: historisch! Beim „Doppelwumms“ machten sich schon viele Leute lustig über die Comic-Sprache. Der „Deutschlandpakt“ aber landete gleichsam ungelesen im Papierkorb der Zeitgeschichte. Warum? Nun: Faulen Zauber kann man nicht unbegrenzt oft in so kurzer Zeit wiederholen. Die Leute merken irgendwann, dass sie mit dem pathetischen Getöse nur veräppelt werden. Schade, aber so dumm ist das Volk auch wieder nicht.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Parviz Amoghli kommentiert auf dem Blog von Alexander Wallasch (5. September) das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz („Trans-Gesetz“):

„Wenn die wissenschaftliche Erkenntnis von der Zweigeschlechtlichkeit des Menschen zur Lüge erklärt, ein Mann nicht mehr ein Mann und eine Frau nicht mehr eine Frau genannt werden darf – dann triumphiert die Lüge über die Wahrheit. So was kennen wir ansonsten nur aus totalitären Bewegungen- und Ideologiestaaten.“

In bemerkenswerter Schärfe hat NDR-Journalist Holger Ohmstedt in den „Tages-themen“ (6. September) mit der Ampel-Regierung abgerechnet:

„Eine Innenministerin, der zur ungesteuerten Zuwanderung in die Sozialsysteme nichts einfällt. Eine Familienministerin, die steigende Sozialausgaben per se für einen Erfolg hält. Ein Arbeitsminister, der vom Umbau des bald unfinanzierbaren Rentensystems lieber die Finger lässt ... Wer glaubt daran, dass mit dem sogenannten Deutschlandpakt von Kanzler Scholz alles besser wird? Der Pakt einer Ankündigungsregierung, die Milliarden-Verbindlichkeiten in den Sozialversicherungen versteckt. Eine Regierung, die nur mit Tricksereien von Sondervermögen, die ja in Wirklichkeit Sonderschulden sind, die Schuldenbremse überhaupt einhält. Der Bundeskanzler sagt, er sei den Stillstand in diesem Land leid. Ich habe den Eindruck, dass jeden Tag mehr Wählerinnen und Wähler diese Regierung leidhaben.“

In der „Berliner Zeitung“ (5. September) wundert sich André Mielke über die forsche Art, mit der Olaf Scholz auf Hubert Aiwanger losgegangen ist:

„Im Fall Aiwanger dürfe nichts ‚vertuscht oder verwischt‘ werden, fordert Olaf Scholz – kurz nachdem er selbst wieder mal wegen uneidlicher Falschaussage im Warburg-Skandal angezeigt worden ist. Selbstironie? ... Aber selbstverständlich vertuscht oder verwischt Scholz keine Absprachen mit Cum-Ex-Bankern. Er kann sich nur nicht erinnern. Alles ist ja schon sechs Jahre her und nicht erst, wie bei Aiwanger, 35.“

Zum Anspruch Deutschlands, „Vorreiter beim Klimaschutz“ zu sein, stellt Michael Höfling in der „Welt“ (11. September) nüchtern fest:

„Bei der Frage, wohin die Welt beim Klimaschutz steuert, werden nur die Länder ernst genommen und folglich mitreden dürfen, die die Transformation wirtschaftlich erfolgreich umsetzen. Nicht jene, die Ideologien folgen und dann andere belehren wollen, wie Klimaschutz geht.“

● WORT DER WOCHE

„Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag.“

Ngozi Okonjo-Iweala, Chefin der Welthandelsorganisation (WTO) und nigerianisch-amerikanische Ökonomin, gegenüber der Züricher „Weltwoche“ vom 10. September